

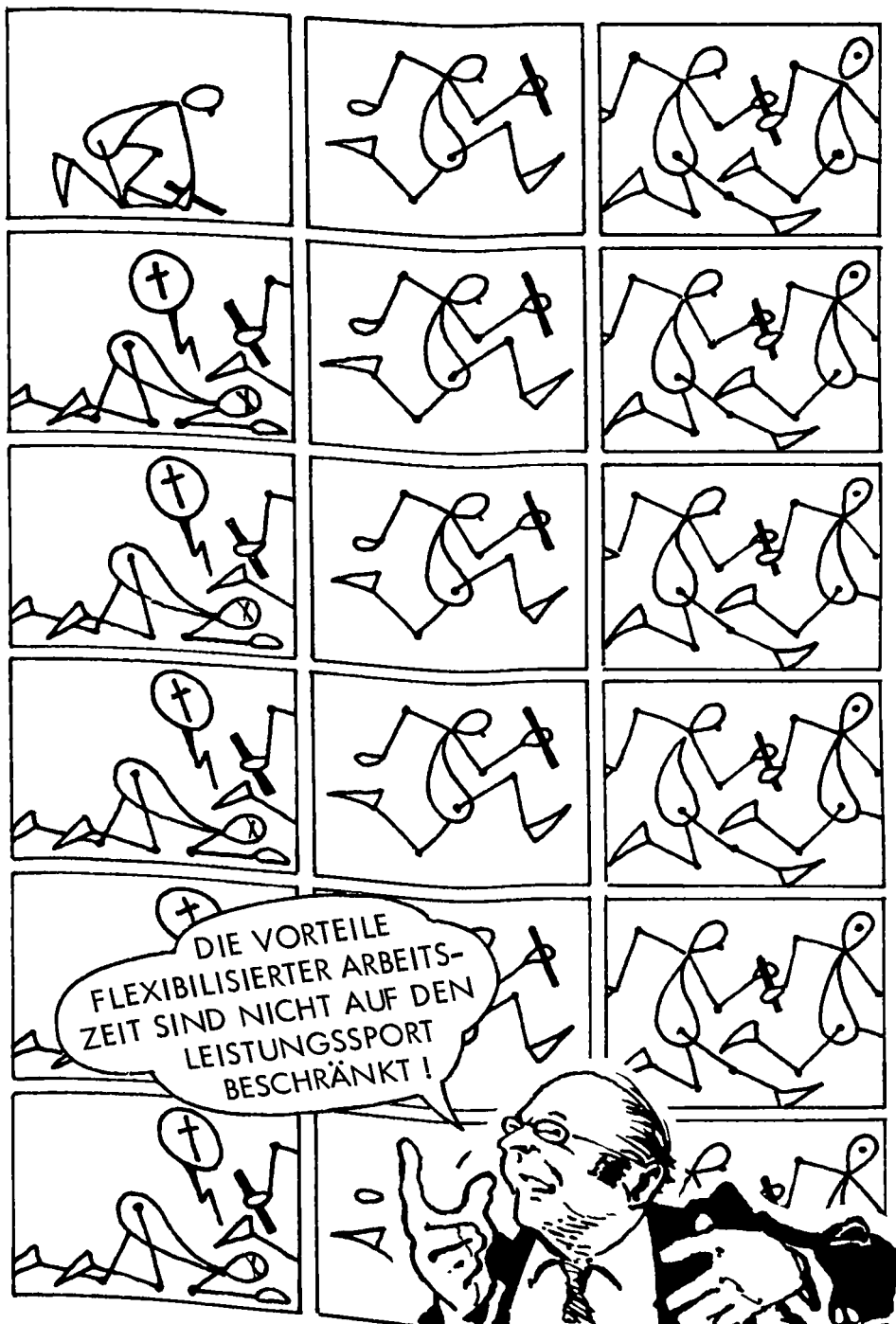
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



25. Februar 1984
Jg. 5 Nr. 4

G 7756 D Preis:
2,50



§ 218: Geburtenförderung: Prämien und Kinderhandel Seite 11



Landtagswahlen Baden-Württemberg: Kein gemeinsames Vorgehen der politischen Opposition gegen die Reaktion, aber Anknüpfungspunkte Seite 13



Libanon: US- und EG-Imperialisten — Rückzug, um erneutes Eingreifen vorzubereiten Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Jahreswirtschaftsbericht: Die Bundesregierung kündigt an: Noch in diesem Jahr sollen die Arbeitszeit- und Arbeitsschutzschränken fallen	Seite 3
Stellungnahme des DGB zum Arbeitszeit-Gesetzentwurf der Bundesregierung.	Seite 4
Im Gespräch: Die Einführung der Samstagsarbeit	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Justiz: Bundesrat beschleunigt Weg zum kurzen Prozeß.	Seite 7
Friedensbewegung: Wenig Kritik an der Politik der BRD	Seite 7
Andropow: Ein Nachruf auf Ronald Reagan wäre uns lieber gewesen	Seite 8
Pressestimmen zum Tod J. Andropows.	Seite 9
Tarifbewegung Chemie: Neuerliche Lohnsenkung verhindern	Seite 9
Lohnstruktur Druck: BVD verhindert Absicherung der Übertarife	Seite 9
Kießling-Affäre: Die CDU-Spitze putzt den Staatsapparat und duckt die Karrierebeamten	Seite 10
Aus Zeitschriften revolutionärer sozialistischer Organisationen	Seite 11
§ 218: Geburtenförderung: Prämien und Kinderhandel	Seite 11
Flugsicherung: Bundeswehr soll Luftverkehr kontrollieren	Seite 12
Landtagswahl Baden-Württemberg: Kein gemeinsames Vorgehen der politischen Opposition gegen die Reaktion, aber Anknüpfungspunkte	Seite 13
Späth: reaktionäres Konzept wissenschaftlich untermauert	Seite 14
DGB-Prüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg.	Seite 16
Der „Grüne“ Späth: gewiefter Wahltaktiker, Konservativer neuen Typs oder was?	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Öffentliche Dienste: ÖTV Hamburg: Kein Stellenabbau durch Rationalisierungsmaßnahmen	Seite 19
Nixdorf: Lohnerhöhung gegen Arbeitszeitverkürzung ..	Seite 19
Verfaßte Studentenschaft: Mit dem Strafrecht soll der AStA mundtot gemacht werden	Seite 20
Hoesch Stahlwerke: Spitzenposition bei Rationalisierung	Seite 21
Ausbildungsprogramm: Tarifverträge außer Kraft gesetzt	Seite 21
Niedersachsen: Sozialer Wohnungsbau: Wohnmindeststandards weitgehend beseitigt	Seite 22

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Detjen; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Wohngeld statt Sozialer Wohnungsbau	Seite 22
Kernenergie: Baustopp für das KKW Isar 2 bei Ohu	Seite 23
Ausländer: Abschiebepolitik gegen Ausländer in München	Seite 23
Schleswig-Holstein: Chauvinistisches von der Kieler Schülerunion	Seite 24
Neo-Nazis: Kandidatur zu Kommunalwahlen in Würzburg	Seite 24
Rufbusprobebetrieb: Wo nicht fast kostendeckend gefahren werden kann, sei eigentlich kein Bedarf	Seite 25
„... realistisch am tatsächlichen Bedarf orientiert ...“	Seite 26
Stichwort: Nahverkehrssysteme	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
VR Polen: Preiserhöhungen für Lebensmittel bei stärkerem Verschleiß der Arbeitskraft	Seite 29
Großbritannien: 4,5% Lohnerhöhung für Gemeindearbeiter	Seite 29
EG: Militärische Weltraumpläne	Seite 30
Mexiko: Lohnsenkung für die Schuldenzahlung	Seite 30
Azania: BMW-Kapitalisten unterdrücken Streik	Seite 31
Türkei: Wirtschaft „öffnet sich dem Ausland“	Seite 31
Libanon: US- und EG-Imperialisten – Rückzug, um erneutes Eingreifen vorzubereiten	Seite 32
Äußerungen der libanesischen Opposition zu ihren Zielen	Seite 32
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Aktionen zum 51. Jahrestag des Machtantritts der Faschisten.	Seite 34
Staatstragende Parteien: Mit der Propaganda einer neuen „Schicksalsgemeinschaft“ befaßt	Seite 34
Machtübergabe	Seite 35
Westdeutsche Presse zum 30. Januar 1984	Seite 35
Staatslehre: „Gehorsam“ und „nationale Geschlossenheit“ werden praktisch und theoretisch entfaltet	Seite 36
Der nationalsozialistische Rüstungsminister Speer zeigt Reue – über die Niederlage	Seite 36
Im Namen der „Menschenwürde“ – Freiheit für Kriegsverbrecher	Seite 37
Rezensionen von Taschenbüchern zum Faschismus	Seite 37
AEG – „Krisenmanagement“ zum Nutzen des Kapitals	Seite 38
Die Kosten der Konzernpolitik für die Beschäftigten	Seite 39
Wer die „Geschicke“ bestimmt – Einfluß der Banken	Seite 39

Die Bundesregierung kündigt an: Noch in diesem Jahr sollen die Arbeitszeit- und Arbeitsschutzschränken fallen!

Als „ordnungspolitische Weichenstellung“ haben die Kapitalistenverbände den Jahreswirtschaftsbericht begrüßt, den die Bundesregierung Anfang Februar vorgelegt hat. Welche „Weichenstellung“ sie damit insbesondere meinen, stellten sie auch gleich klar. Die Arbeitgeberverbände begrüßten, daß der Bericht „wieder eindeutig auf das Leistungsprinzip, auf Privatinitiative und die Investitionsfähigkeit“ setze und „zu Recht“ hervorhebe, „daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit Lohnausgleich mit diesem Ziel nicht in Einklang zu bringen sei“. Der BDI betonte ebenfalls seine Zustimmung zum Jahreswirtschaftsbericht. Die Bundesregierung müsse nun „zur handfesten In-die-Pflichtnahme aller“ für den Aufschwung schreiten. Dies erfordert jetzt insbesondere:

– Verstärkte Privatisierung und Entbürokratisierung, die den angekündigten Ab-

sicht im Jahreswirtschaftsbericht ebenfalls bekräftigt. Unter der Überschrift „Handlungsschwerpunkte 1984“ kündigt sie an, noch in diesem Jahr sowohl die gesetzlichen wie die tarifvertraglichen Schranken der Arbeitszeit weitgehend aufheben zu wollen:

„Es sollen ... flexible Regelungen angestrebt werden, die den einzelnen Arbeitnehmern und Unternehmern eine individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten ermöglichen.“ (Hervorhebung vom Verf.) Im einzelnen führt die Regierung dann aus:

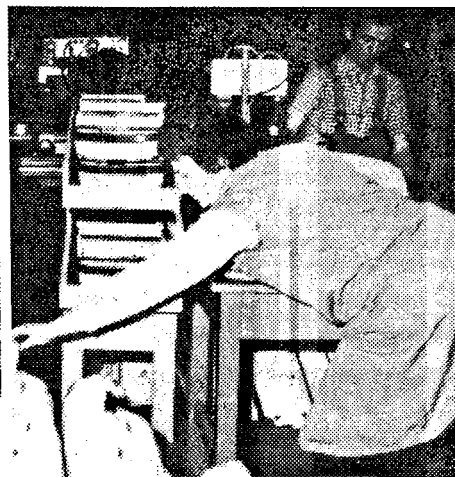
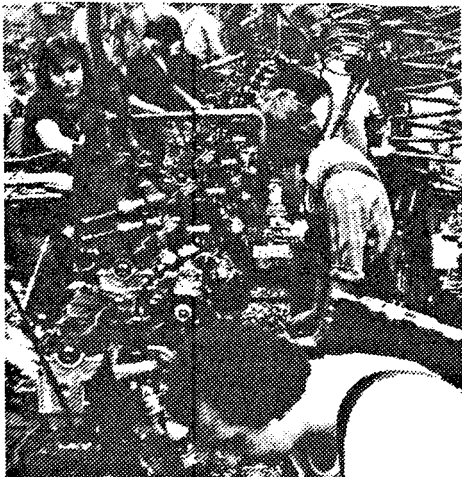
„a) Neuregelung der Arbeitszeitschriften mit dem Ziel, den Tarifvertragsparteien – im Rahmen gesetzlicher Grenzen – mehr Gestaltungsmöglichkeiten für eine praxisnahe, sachgerechte und effektive Arbeitszeitregelung zu übertragen.“

b) Aufhebung oder Anpassung von Vorschriften im Frauenarbeitsschutz, die – bei Aufrechterhaltung des medizinisch notwendigen Schutzes von Mutter und Kind – zur

gänzt um die weitreichende Aufhebung des Jugendarbeitsschutzes und um die Ausweitung von Saisonarbeitsverhältnissen. Das Jugendarbeitsschutzgesetz soll noch in diesem Jahr novelliert werden, damit die Kapitalisten den Arbeitsbeginn für Jugendliche auf vier Uhr nachts (für Jugendliche ab 17 Jahren in Bäckereien) vorverlegen können und das Ende der täglichen Arbeitszeit auf 23 Uhr nachts verschieben können (für Jugendliche aller Altersstufen in sämtlichen Schichtbetrieben). *Verboten* wäre dann nur noch die Ausbeutung von Jugendlichen nachts zwischen 23 Uhr und vier Uhr. Zusammen mit der unter Punkt d) angekündigten Ausdehnung von Saisonarbeitsverhältnissen hätte die Regierung damit, zwei Jahre nach ihrem Amtsantritt, eine Umgestaltung der Arbeitszeit- und Arbeitsschutzgesetze erreicht, die für Millionen von Lohnabhängigen die Ruinierung ihrer Gesundheit binnen weniger Jahre und das Absinken auf den Status von Tagelöhnern und Saisonarbeitern zur Folge haben würden.

Schon zwei Tage vor Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichts hatte Blüm durch die Ankündigung eines weiteren Gesetzes unterstrichen, daß es der Bundesregierung mit dieser Absicht bitterernst ist. Nach diesem „Gesetz zur Förderung der Beschäftigung“ sollen:

„für eine Übergangszeit von vier Jahren ... befristete Arbeitsverträge bis zu einem Jahr ohne weiteres zulässig sein, wenn ein Arbeitsloser eingestellt wird“. Bei „Unternehmensneugründungen“, (die die Kapitalisten etwa durch eine Betriebsaufteilung vor-täuschen könnten, d. Verf.) sollen sogar befristete Arbeitsverträge bis zu zwei Jahren Dauer möglich sein. Auf diese Weise würden die Kapitalisten je nach „Bedarf“, sprich: Geschäftslage, Saisonarbeiter rekrutieren und auch wieder entlassen können. Sodann überlegt man sich im Hause Blüm, „die bisher auf drei Monate begrenzte Höchstdauer bei der Überlassung von Leiharbeitnehmern ebenfalls für eine Übergangsfrist von etwa vier Jahren zu erweitern“ – auf sechs Monate mindestens, vielleicht sogar auf 16 Monate. Teilzeitarbeit soll durch nähere gesetzliche Festlegungen für solche Schönheiten wie „Arbeit auf Abruf“ und „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“ weiter gefördert werden. Alle drei Maßnahmen zielen darauf ab, den Kapitalisten eine Lage zu schaffen, in der sie ihre Belegschaften weiter ver-



Demagogie aus dem Hause Blüm zur Begründung des „Beschäftigungsförderungs-Gesetzes“: „Es könnte uns ja passieren, daß wir einen gespaltenen Arbeitsmarkt erleben. Die, die drinnen sind, richten sich häuslich in der Arbeit ein, verteidigen ihre Gewohnheiten ... Und die, die draußen stehen, bleiben draußen. Diesen Zustand nicht als Dauerzustand zu akzeptieren, ist der Anlaß unserer Überlegung.“ Nachdem jegliche „Zumutbarkeitsschränken“ für Arbeitslose beseitigt sind, gilt es nun, Arbeitsschutz und Arbeitszeitschränken aufzuheben – schon aus Gründen der Gerechtigkeit!

bau beschäftigungs- und ausbildungshemmender Regelungen sowie die Flexibilisierung des Arbeitsrechts einschließt.“

Mit anderen Worten: Die mit dem „Entwurf eines Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetzes“ eingeleitete Aufhebung selbst der Arbeitszeitschränken der Arbeitszeitordnung von 1938, die Ausdehnung des gesetzlich zulässigen Arbeitstags auf 14 Stunden, die Beseitigung der 5-Tage-Woche, die Verringerung des Urlaubs usw. müßten zügig durchgesetzt werden.

Die Bundesregierung hat diese Ab-

wehr von Gefährdungen und Schädigungen verzichtbar sind.

c) Flexiblere Gestaltung der Arbeitszeitschriften für Jugendliche, um ihre Ausbildung und Beschäftigung ohne Beeinträchtigung des notwendigen Gesundheitsschutzes zu erleichtern.

d) Mehr Flexibilität bei der Handhabung von befristeten Arbeitsverträgen mit dem Ziel, Überstunden weniger notwendig zu machen.“

Das ganze Paket umfaßt also die von Blüm mit seinem Arbeitszeitgesetz schon angekündigten Maßnahmen, er-

kleinern können und diese Belegschaften je nach Geschäftslage um befristet eingestellte, Leih- oder Teilzeitbeschäftigte ergänzen können. Zusammen mit der gesetzlich angestrebten Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit auf 14 Stunden hätten die Kapitalisten damit eine „Flexibilität“ in der Arbeitszeit, die sie den Lohnabhängigen aufzwingen können, erreicht, die ihnen enorme Kosten erspart, während große Teile der Lohnabhängigen in die elende Existenz von unregelmäßig beschäftigten, dann aber zu äußerster Anstrengung gezwungenen Tagelöhnern und Saisonarbeitern gezwungen wären. Der Raubbau, den die Kapitalisten bei dieser Gesetzlage mit den Lohnabhängigen treiben könnten, wäre ungeheuerlich. Zusätzlich will Blüm mit seinem Gesetz die „Teilarbeitsunfähigkeit“ gesetzlich einführen. Wer krank, aber nur „teilarbeitsunfähig“ geschrieben ist, hat dann künftig beim Kapitalisten eben halbtags zu arbeiten. Schließlich sollen die Lohnabhängigen künftig „frei“ wählen können, ob sie bei Kuren zehn

DM pro Tag bezahlen wollen oder auf ein Sechstel ihres Urlaubs verzichten, sollen Schonungszeiten nach der Kur auf jeden Fall mit dem Urlaub verrechnet werden.

Wohl wissend, welchen Angriff auf die Lohnabhängigen sie da eröffnet hat, ist die Bundesregierung bestrebt, eine systematische Hetze gegen die Arbeiterklasse und gegen die Gewerkschaften zu entfalten. Die Gewinne der Kapitalisten sind 1983 um 12% auf 361 Mrd. DM (Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) gestiegen, die Nettolöhne dagegen nur um 0,3%, nach Abzug der Preissteigerungsrate also um *durchschnittlich 2,5%* gefallen? „Die Arbeit sei in der Bundesrepublik nach wie vor zu teuer“, berichtet das Handelsblatt von der Pressekonferenz des Grafen Lambsdorff bei Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts und zitiert den Grafen weiter: „Es gäbe mehr Arbeit – aber nicht zu den geforderten Preisen.“ Die Geschäfte der Automobilkapitalisten laufen großartig, die flüssigen Geldmittel des

Siemens-Konzerns sind auf 15 Mrd. DM gestiegen, die Gewinne der Chemiekapitalisten Hoechst, Bayer und BASF stiegen 1983 *nach Steuern* um 57% auf 2,4 Mrd. DM? „In die konjunkturelle Landschaft des Jahres 1984 passen Arbeitskämpfe ... nicht“, droht Blüm im Bundestag.

Wer gehofft hatte, von seiten der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion würde sich Protest gegen die Pläne der Regierung äußern, sieht sich getäuscht. Obwohl die Regierung alle ihre Pläne, einschließlich des Vorruhestandsgesetzes, als ein einheitliches „Maßnahmenbündel“ behandelt, ließ die sozialdemokratische Bundestagsfraktion seit Bekanntwerden der Blümschen Arbeitszeitpläne zwei Debatten im Bundestag über das Vorruhestandsgesetz verstreichen, ohne mit einem Wort die Arbeitszeitgesetz-Pläne der Bundesregierung anzugreifen.

Dafür liegt von seiten des DGB eine erste offizielle Stellungnahme zu Blüms Plänen vor, die wir auf S. 4 vollständig dokumentieren. Auch das „Be-

Stellungnahme des DGB zum Arbeitszeit-Gesetzentwurf der Bundesregierung

„Auf Ablehnung und scharfe Kritik ist der Referentenentwurf des Bundesarbeitsministers für ein neues Arbeitszeit- und Frauenarbeitsschutzgesetz in der jetzt offiziell vorgelegten Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes gestoben.“

In Verbindung mit seiner Kritik erinnert der DGB daran, daß er aus arbeitsmarkt-, gesundheits- und familienpolitischen Gründen seit langem darum bemüht ist, eine Anpassung des derzeit geltenden, noch aus dem Jahre 1938 stammenden gesetzlichen Arbeitszeitrechts an die Bedürfnisse der modernen Arbeitswelt zu erreichen. Leitgedanke einer vom Gesetzgeber betriebenen Reform muß es hiernach sein, die inzwischen für 99% der Beschäftigten auf der Grundlage von Tarifverträgen erreichte regelmäßige 40-stündige Wochenarbeitszeit durch entsprechende Gesetzesvorschriften nachzuvollziehen. Anstelle dessen schreibt der vorgelegte Entwurf die bereits im Jahre 1918 durch die damaligen Demobilisationsverordnungen eingeführte und durch den nationalsozialistischen Gesetzgeber übernommene 48-Stunden-Woche für nicht absehbare Zeit fest. In diesem Beharren auf der Beibehaltung der 48-Stunden-Woche sieht der DGB zugleich den Versuch, die Unternehmer in ihrer Strategie gegen die von den Gewerkschaften geforderte und schon aus Gründen der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zwingend notwendige weitere Verkürzung auch der Wochenarbeitszeit zu unterstützen.

Angeichts von mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen, einer Zahl, die seit Bestehen der Bundesrepublik noch nicht zu verzeichnen war, mutet es schlechterdings unverständlich an, daß der Entwurf nicht mit einem Wort auf die Überstundenproblematik eingeht. Dabei liegt es auf der Hand, daß der Abbau der auch heute noch von einem Teil der Arbeitnehmer teilweise in erheblicher Zahl zu leistenden Überstunden zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde. Nach statistischen Erhebungen soll die durchschnittliche Überstundenleistung pro Arbeitnehmer gegenwärtig bei 2 Wochenstunden liegen. Rechnet man diese Überstunden, die sich allerdings nicht auf alle Beschäftigten gleichmäßig verteilen, sondern bei einem geringeren Prozentsatz der Arbeitnehmer massiert auftreten, auf 20 Millionen Beschäftigte hoch, sind das 40 Millionen Arbeitsstunden in jeder Woche. Ausgehend von einer 40-Stunden-Woche entspricht dies der Vollarbeitszeit von rund 1 Million Arbeitnehmern. Solche Zahlen sprechen für sich.

Nicht von ungefähr fordern die Gewerkschaften seit langem eine drastische Beschränkung der Anordnungsbefugnis von Mehrarbeit. Der Entwurf des Bundesarbeitsministers geht erkennbar einen entgegengesetzten Weg, denn die Möglichkeiten, unter denen Mehrarbeit durch die Arbeitgeber angeordnet werden kann, sollen zu Ungunsten der Arbeitnehmer gegenüber der derzeit gesetzlichen Rechtslage eher erweitert werden. Allein durch andere Verteilung der Arbeitszeit oder durch Einbeziehung von Vor- und Abschlußarbeiten, die eben-

falls in größerem Umfang als bisher von den Beschäftigten abgefordert werden können sollen, läßt sich die regelmäßige gesetzliche Wochenarbeitszeit im Grunde über das ganze Jahr hin auf 54 Stunden oder über mehrere Wochen hinweg auf 60 Stunden ausdehnen. Aber selbst über diese Arbeitszeitgrenzen hinaus soll aufgrund der gleichfalls erweiterten Ausnahmeregelungen des Referentenentwurfs Mehrarbeit durch den Arbeitgeber mit leichterem Begründung angeordnet werden können als bisher.

Wenn diese erhebliche Verschlechterung des gesetzlichen Arbeitszeitrechts damit begründet wird, daß man den Tarifvertragsparteien in Zukunft mehr Gestaltungsspielraum einräumen wolle, so ist dies reine Augenwischerei. Dies gilt jedenfalls, wenn man unter Tarifvertragsparteien nicht nur die Unternehmensebene, sondern auch die Gewerkschaften versteht. Von den Vorschriften der AZO unterscheidet sich der Referentenentwurf insoweit nur dadurch, daß er den Tarifvertragsparteien gestatten will, den gesetzlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu Ungunsten der Arbeitnehmer noch weiter zu verschlechtern. So soll es zulässig sein, die tägliche Arbeitszeit durch Tarifvertrag in zahlreichen Fällen bis zu zwölf Stunden und unter bestimmten Voraussetzungen sogar darüber hinaus zu verlängern, und zwar an sechs Tagen wöchentlich. Dies ist aus sozialer und gesundheitspolitischer Sicht eine Wende zurück in die Anfänge der Sozialpolitik des vergangenen Jahrhunderts, mit denen allein den Wunschvorstellungen der Unternehmer entsprochen wird. Das Bestreben der Gewerkschaften jedenfalls zielt auf eine Verbesserung des Arbeitszeit- und Arbeitsschutzes

schäftigungsförderungsgesetz“ Blüms hat der DGB zurückgewiesen, freilich mit dem merkwürdigen Argument, damit würden die Kapitalisten „nicht einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen“. Und wenn doch?

Auch die Stellungnahme zu Blüms Arbeitszeitgesetzplänen ist an mehreren Stellen auffällig unbestimmt. Warum zum Beispiel verlangt der DGB nirgends ausdrücklich die gesetzliche Festschreibung der 5-Tagewoche? Warum nicht eine sehr viel strengere Begrenzung der Nacht- und Schichtarbeit? Warum verurteilt er mit keinem Wort die „Flexibilisierungs“-pläne der Kapitalisten? Die Beschlußlage der Gewerkschaften würde eine sehr viel deutlichere Ablehnung der Regierungspläne und eine entschiedene Mobilisierung der Mitglieder ermöglichen!

Quellenhinweis: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 10/952 vom 2.2.84; Arbeitsministerium: „Minister Blüm im Pressegespräch über den Stand der Arbeiten am geplanten Gesetz zur Förderung der Beschäftigung am 30. Januar 1984“, Bonn, 30.1.84; BDI, Informationen und Meinungen 2/84, Köln, 15.2.84; DGB-Informationsdienst 4/84 vom 9.2.84, Nachrichtendienst vom 30.1.84 – (rül, maf)

ab, nicht auf eine Verlängerung zulässiger Höchstarbeitszeiten noch über das geltende Recht hinaus.

Auch im übrigen weist der Referentenentwurf keinerlei zukunftsorientierte Perspektiven für eine weitere auf Fortschritt bedachte gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklung auf. In einer Vielzahl weiterer Einzelfragen würde eine Realisierung des Entwurfs zu gravierenden Verschlechterungen führen. So würde z.B. der bisher geltende besondere Frauenerwerbschutz weitgehend beseitigt. Die Ansprüche der weiblichen Arbeitnehmer auf Erholungspausen würden reduziert, das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen aufgeweicht und Beschäftigungsverbote, die im Interesse des Schutzes vor körperlicher Überbeanspruchung gegenwärtig bestehen, vielfach aufgehoben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften wenden sich im Interesse der von ihnen vertretenen Arbeitnehmer mit aller Entschiedenheit gegen die mit dem Referentenentwurf des Bundesarbeitsministers zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen, die überholten, noch aus der Zeit des Nationalsozialismus stammenden und für die heutigen Verhältnisse in der Arbeitswelt völlig unzureichenden Vorschriften des Arbeitszeitrechts sogar noch weiter zu verschlechtern. Sie appellieren und fordern mit aller Entschiedenheit, daß von einem solchen Vorhaben unverzüglich Abstand genommen und stattdessen eine Reform des Arbeitszeitrechts in die Wege geleitet wird, die als fortschrittlich und sozialstaatlich bezeichnet werden kann.“

Quellenhinweis: DGB, Informationsdienst 4/84 vom 9.2.1984



Erstmals seit acht Jahren konnten die Kapitalisten der verarbeitenden Industrie 1983 die Lohnstückkosten senken – um mehr als 3%. Das meldet die Bundesbank. Sinkende Lohnstückkosten heißt: schwere Lohnsenkungen und Intensivierung der Arbeit für die Lohnabhängigen.

Im Gespräch: Die Einführung der Samstagsarbeit

Die bei den Fuldaer Gummiwerken geschlossene Betriebsvereinbarung über Einführung der 38,5-Stunden-Woche stößt auf starkes öffentliches Interesse.

Nach telefonischen Auskünften des dortigen Betriebsrates enthält die Betriebsvereinbarung u.a. folgendes.

Am Samstag wurde bisher bereits eine Frühschicht von morgens 6 Uhr bis 14 Uhr gefahren. Jetzt werden stattdessen zwei Sechs-Stunden-Schichten, von 6 Uhr bis 12 Uhr und von 12 Uhr bis 18 Uhr gefahren.

Am Sonntag wurde bisher keine Schicht begonnen, die Arbeitswoche begann am Montag um 6 Uhr. Jetzt beginnt die Arbeitswoche am Sonntag um 22 Uhr.

Die Produktionsdauer pro Woche wird erheblich ausgedehnt, die Kapitalisten sagen von 120 auf 132 Stunden, also um 10%. Tatsächlich muß die Produktionsdauer aber mit vorher 128 zu jetzt 140 angesetzt werden; die Kapitalisten kommen auf kleinere Zahlen, weil sie die einzelne Schicht nur mit 7,5 Stunden bezahlen und eine halbe Stunde der achtstündigen Schichtdauer als Pause führen. Ob 140, 120, oder 168 Stunden, kann das nicht dem Lohnabhängigen egal sein, der ja nicht diese Zeit pro Woche, sondern im Rahmen dieser Zeit arbeitet? Ist da nicht entscheidend, wieviele Stunden?

Wir kennen den genauen Schichtplan nicht, aber diese 38,5-Stunden-Woche ist ein Durchschnitt aus 24 Wochen. In zwölf dieser 24 Wochen muß auch stundenmäßig mehr gearbeitet werden als vorher, ist das Wochenende gegenüber vorher verkürzt worden. Die Gesamtverkürzung wirkt sich über Freischichten aus. Ein Vorteil also sowohl für die Kapitalisten, deren Kapital besser beschäftigt

ist, und für die Arbeiter, deren Arbeitszeit verkürzt ist?

Wir glauben nicht, gar nicht. Betrachten wir einmal die Wirkung auf die sogenannte Freizeit. Egal, ob man glaubt, daß der Arbeiter da viel Zeit übrig hat oder nicht, daß ein beträchtlicher Teil der Zeit, die der Lohnabhängige außerhalb der Firma verbringt, fest gebunden ist, bestreitet keiner und schon gleich gar keine. Der Zeitbedarf für alle diese Verrichtungen wird zunehmen. Die Verstetigung des Produktionsflusses des Kapitals spart den Kapitalisten Zeit und Geld. Die Verunstetigung des Reproduktionsflusses, d.h. der Arbeiten, die zur Wiederherstellung der Arbeitskraft nötig sind, kostet die Arbeiter Zeit und Geld. Die dabei unvermeidlichen Verluste an Lebensfreude sind nicht zu beziffern.

Ein schlechtes Geschäft! Anderer Überzeugung ist leider Franz Steinkühler. Er erklärte in der „Neuen Hannoverschen Presse“ (nach „Stuttgarter Zeitung“ vom 20.2.):

„Wenn wir uns über die Arbeitszeitverkürzung einig geworden sind, kann man anschließend mit uns auch sehr aufgeschlossen über Art und Weise der Verteilung der Arbeitszeit reden.“

Zu dem Modell einer 38,5-Stunden-Woche bei den Fuldaer Gummiwerken sagt Steinkühler – so fährt die „Stuttgarter Zeitung“ in ihrem Bericht fort –, Samstagsarbeit müsse nicht unbedingt die Einführung der Sechs-Tage-Woche bedeuten. Steinkühler bietet Samstagsarbeit an.

Damit ist die nächste Aufgabe im sog. Kampf um die 35-Stunden-Woche in der Metallindustrie klar. Verhindern, daß zuerst die Samstagsarbeit normal und dann Arbeitsruhe am Sonntag die Ausnahme wird.

Aktionswoche gegen Ausländerfeindlichkeit

Mit dieser Aktionswoche vom 10. bis 17. März will der „Koordinationsausschuß Frankfurter Appell“ gegen die von der Bundesregierung geplante Verschärfung des Ausländergesetzes protestieren. Der Aufruf zur Aktionswoche wendet sich dagegen, daß die Ausländer unter ein Ausnahmerecht gestellt werden:

„Dies ist eine Bedrohung nicht nur für die ausländische Bevölkerung; es ist eine Bedrohung für alle Demokraten. Denn wer heute die Rechte der ausländischen Minderheit vernichtet, wird morgen nicht davor zurückschrecken, die demokratischen Freiheiten anderer Bevölkerungsgruppen zu beseitigen ... Mit dieser Woche fordern wir eine Politik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern die volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Gleichberechtigung heißt für uns: Uneingeschränktes Niederlassungsrecht für alle in der BRD lebenden Ausländer. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß ausländische Arbeiter und ihre Familien seit Jahren oder Jahrzehnten in diesem Land leben. Viele sind hier eingewandert, viele sind hier geboren oder aufgewachsen. Es ist ihr Recht, so lange hier zu bleiben, wie sie es wollen. Schluß mit der Politik der Ausweisung und Abschiebung! Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen in der Bundesrepublik zusammenzuleben. Alle Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung müssen aufgehoben werden! Die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung mit den Staatsbürgern der Bundesrepublik. Kein Arbeitsplatzverlustrisikozwang, freie

Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf uneingeschränkte politische Betätigung einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechts. Das diskriminierende Ausländergesetz muß verschwinden.“

In mindestens sechzig Städten der Bundesrepublik und in Westberlin sollen Veranstaltungen, Filmvorführungen, Kulturabende, Informationsstände und andere Aktionen durchgeführt werden. Zum Abschluß der Aktionswoche werden Demonstrationen und Aktionen mit regionalen Schwerpunkten in Westberlin, Köln, Hannover, Frankfurt und Stuttgart stattfinden. Die Volksfront, die auch den Frankfurter Appell unterzeichnet hat, unterstützt die Aktionswoche und nimmt an den verschiedenen Aktionen teil. Nähere Informationen können bezogen werden über: Koordinationsbüro „Frankfurter Appell“, Mainzer Landstraße 239-241, 6 Frankfurt.

Ermittlungsverfahren gegen „Grußaktion“

Zehn Beamte des Landeskriminalamts München haben am 9.2. die Redaktionsräume der Münchner Stadtzeitung „Blatt“ durchsucht. Die Redaktion sei der „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ verdächtig, hatte das Bayerische Oberlandesgericht am 1.2. beschlossen, da sie den Aufruf „Grüße an politische Gefangenen“ ihrer Zeitschrift beigelegt habe. Der Aufruf, der inzwischen von 150 politischen Organisationen und Initiativen in der BRD unterstützt wird, richtet sich gegen die Informations- und Kontaktsperre, die der Staatsapparat über mehr als 100 seiner politischen Gefangenen (RAF, 2. Juni und andere Organisationen) verhängt hat. Um seine weitere Verbreitung zu verhindern, hatte das Bayerische OLG „die Beschlagnahme der in den Verlags- und Redaktionsräumen ... noch vorhandenen Exemplare der Flugschrift ... ferner der Unterlagen, aus denen sich Hinweise auf Verfasser, Hersteller und Verbreiter dieser Flugschrift ergeben“, angeordnet und ein Verfahren nach § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) gegen die Redaktion eingeleitet. Die Redaktion von „Blatt“ schreibt in einer Presseerklärung: „Die Unter-

stützung der Forderung der Gefangenen nach ihrer Zusammenlegung wird mit dem § 129a kriminalisiert; gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Blatt Nr. 263 ist nun ein Verfahren nach § 129a eingeleitet worden. Der Betroffene, der auch während der Durchsuchung selbst im „Blatt“ anwesend war, wurde anschließend unter Androhung körperlicher Gewalt im LKA München erkennungsdienstlich behandelt, und zusätzlich wurden von ihm Stimmproben genommen. Diese Aktion ... sehen wir in der Strategie der Staatsschutzbehörden, systematisch jede Öffentlichkeit über die Situation und die Forderungen der Gefangenen aus RAF und Widerstand ausschalten.“ Protesterklärungen gegen das Verfahren sollten gerichtet werden an: „Der Ermittlungsrichter des Bayerischen Obersten Landesgerichts, Schleißheimer Straße 139, 8000 München 35“ und zur Kenntnis an: „Blatt“, Georgenstr. 123, 8 München 40.

Gnadengesuch für H. Sautmann abgelehnt

Seit September 1983 sind Cornelia Koepsell und Hans Sautmann in bayerischen Gefängnissen inhaftiert. Sie sind von Heidelberger Gerichten zu 19 bzw. 20 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt

worden, weil sie 1976 einen Streik von Germanistikstudenten als Fachschaftsvertreter mit organisiert hatten. Nachdem der Landtag von Baden-Württemberg einen Antrag auf Amnestie für alle verurteilten Heidelberger Studenten mit den Stimmen der CDU abgelehnt hatte, hatten die GRÜNEN nach der Inhaftierung erneut beim Justizminister angefragt, ob eine Begnadigung o.ä. für Hans Sautmann und Cornelia Koepsell möglich sei und sich dafür eingesetzt. Das Ministerium antwortete, daß es gegen eine generelle Amnestie sei und im vorliegenden Fall die Angelegenheit neu geprüft werden könne, „wenn die Verurteilten einen nicht unerheblichen Teil ihrer Strafe verbüßt haben“. Anfang Januar hat die Familie von Hans Sautmann ein Gnadengesuch gestellt. Dies wurde nicht einmal vier Wochen später durch Entscheidung des Heidelberger Staatsanwaltes Fillbrunn abgelehnt. Über ein ähnliches Gnadengesuch für Cornelia Koepsell ist noch nicht entschieden. Die Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik hat ein Plakat für die Freilassung von Hans Sautmann und Cornelia Koepsell und für eine Generalamnestie erstellt. Dieses Plakat kann zum Stückpreis von 15 Pfennig bezogen werden über: Berthold Häßlin, Rohrgraben 7, 7800 Freiburg.

Feindbild und Ernstfall

Auf der 21. Wehrkundetagung am 11.2. und bei der 27. Kommandeurstagung der Bundeswehr am 14.2. hat Verteidigungsminister Wörner umrissen, welche „Gemeinsamkeit der sicherheitspolitischen Grundauffassungen“ die staatstragenden Parteien möglichst schnell herstellen sollten. Erstens brauche die Bundeswehr ein Feindbild. Das ist neu. Bisher ist auf die Frage, mit welchem Feindbild die Soldaten der Bundeswehr ausgestattet würden, immer geantwortet worden, die Bundeswehr brauche als reine Verteidigungsarmee kein Feindbild, den Soldaten würde vermittelt, daß sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen jeden Angreifer zu verteidigen hätten. Wörner hält das nun nicht mehr für ausreichend, um die Bundeswehr für einen Krieg gegen die Sowjetunion zu motivieren: „Wir sollten unsere Bürger wieder überzeugen, daß es Bedrohung gibt, wer uns bedroht ...“ Es müsse klargestellt werden, daß die Sowjetunion mit ihren „völlig anderen Vorstellungen ... zum Wert der Menschenwürde, zu Freiheitsrechten oder zum Einsatz militärischer Gewalt“ eine ernsthafte Bedrohung darstelle. Mit dieser Feindbildpropaganda wendet Wörner sich in erster Linie an das Offizierskorps, um bei diesem die „Bereitschaft zu Eigenverantwortung und zum Risiko“ insbesondere bei der Indoktrination und Unterdrückung der Wehrpflichtigen zu fördern. Zweitens müsse die Truppe nämlich für den Ernstfall ausgebildet werden. In diesem Zusammenhang bedauerte Wörner, daß „die letzten Soldaten mit Kriegserfahrungen aus der Truppe ausscheiden“. Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Altenburg, führte aus, was der Verteidigungsminister vom Offizierskorps erwartet: „In der Ausbildung müssen wir mehr als bisher die psychischen und physischen Strapazen des Gefechtsbildes verdeutlichen.“ Damit kündigt er eine Schinderei und Schleiferei der Wehrpflichtigen an, die zum Beispiel Todesfälle bei Manövern mit einkalkuliert. So soll den Wehrpflichtigen das richtige Feindbild eingeblutet werden. Ausbildungsziel ist die Bereitschaft zum Töten, die im Ernstfall noch durch die Angst vor dem Offizier und vor dem Kriegsgericht gefördert wird.

Bundesrat beschleunigt Weg zum kurzen Prozeß

Kaum hatte die Bundesregierung am 23.12.83 ihren Entwurf eines „Strafverfahrensänderungsgesetzes“ 1984 (StVAG 1984) dem Bundesrat zur Zustimmung zugeleitet (1), meldete dieser in seiner Stellungnahme vom 3.2.1984 weitere Verschärfungen an (2). Es handelt sich dabei um Kernstücke jener Entrechtungsmaßnahmen, welche die Reaktion seit Jahren im Strafverfahrensrecht durchzusetzen versucht (3).

Die Möglichkeit der Sprungrevision, also der Anfechtung eines amtsrichterlichen Urteils direkt beim Oberlandesgericht, soll gestrichen werden. Dabei geht es offensichtlich nicht um die künftige Verhinderung der gerade 733 Fälle von Sprungrevisionen im Jahr

landesgericht abhängig gemacht werden. Nach dem Gesetzentwurf soll diese Zulassung nur möglich sein, wenn dies „zur Fortbildung des Rechts oder zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung geboten ist“. Zur Verdeutlichung: Lehnt das Landgericht einen Beweisantrag des Angeklagten auf Vernehmung eines wichtigen Zeugen in rechtswidriger Weise ab, so ist dies kein Grund, die Revision zuzulassen. Das Urteil wird rechtskräftig. Die vom Bundesrat auch hier erstrebte Wirkung: „Vor allem ist aber eine spürbare Entlastung der Berufungsgerichte zu erwarten, da nunmehr die strengen Anforderungen eines ‚revisionssicheren‘ Verfahrens und Urteils abgesenkt werden.“ Das „herkömmliche Rechts-

ser Auffassung, so kann es dem Verteidiger für den jeweiligen Verfahrensabschnitt, also z.B. die Vernehmung eines Zeugen, endgültig das Wort entziehen. Eine Überprüfung dieser Entscheidung durch das Revisionsgericht muß es – siehe oben – ohnehin nicht befürchten.

Direkt gegen das Beweisantragsrecht richtet sich ferner die von den Unionsländern vorgesehene Regelung, die Kosten für eine „schuldhaft“ Unterbrechung einer Hauptverhandlung dem Verteidiger aufzuhalten. Müßte etwa eine Hauptverhandlung unterbrochen werden, weil der Verteidiger aus prozeßtaktischen Gründen einen Beweisantrag erst unmittelbar vor Schluß der Beweisaufnahme stellt und der Zeuge innerhalb der Zehn-Tages-Frist nicht geladen werden kann, so könnte das Gericht die gesamten bisherigen Verfahrenskosten dem Verteidiger auferlegen.

Bisher können mit Strafbefehlen nur Geldstrafen verhängt werden. Der Bundesrat will, daß in Zukunft in diesem schriftlichen Verfahren auch zu Freiheitsstrafen mit Bewährung verurteilt werden kann.

Eine weitere Neuerung: Die Verwendung von Trennscheiben bei Verteidigerbesuchen, bislang nur bei Beschuldigungen wegen „terroristischer Vereinigung“ zulässig, soll ausgedehnt werden.

Bekanntlich stießen die ersten Vorschläge „zur Entlastung der Justiz“ noch aus der Ära des sozialdemokratischen Justizministers Schmude auf großen Unmut und Widerstand in der Anwaltschaft. Das Projekt wurde von der Regierung Kohl/Genscher zunächst scheinbar auf Eis gelegt, und es wurde beschwichtigt. Wer diesen Beschwichtigungen geglaubt hat, befand sich in einem großen Irrtum.

Quellenhinweis: (1) Politische Berichte 26/83, S.7; (2) Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Strafverfahrensänderungsgesetzes 1984, Drucksache 546/83; (3) Politische Berichte 16/82, S. 3 – (mim)

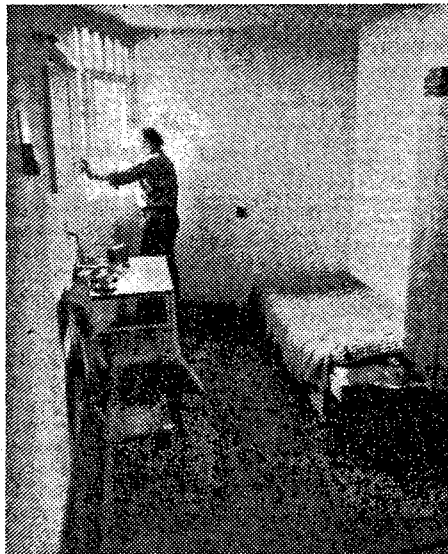
Friedensbewegung Wenig Kritik an der Politik der BRD

Die „bundesweite Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ hat am 11./12. Februar in Köln den Vorschlag des Koordinationsausschusses für eine „selbstorganisierte Volksbefragung“ bestätigt. Die geänderte Fragestellung, die sich jetzt gegen die NATO wie gegen die Staaten des Warschauer Paktes und dafür überhaupt nicht mehr gegen die Bundesregierung richtet, wurde ohne Debatte übernommen.

Die Entscheidung darüber war praktisch schon in der Diskussion und Ab-



„Normalvollzug“ in Stuttgart-Stammheim: Mit der Einführung des „kurzen Prozesses“ soll das Verurteilungstempo beschleunigt, die Polizeiwillkür gesteigert und juristisch abgesichert werden.



1980. Es geht um die über eine Million erledigter Strafverfahren pro Jahr vor den Amtsgerichten. Entfällt die Sprungrevision, so entfällt damit auch der Zwang für diese Amtsgerichte, das Urteil revisionssicher zu machen, also die Gesetzes- und Rechtslage zu Straf- und Verfahrensrecht zu beachten. Der Bundesrat schreibt so auch in seiner Begründung: „Darüber hinaus wird durch die Existenz der Sprungrevision der Amtsrichter gezwungen, bei den schriftlichen Urteilsgründen die besonderen Anforderungen zu beachten, die sich allein aus der revisionsrechtlichen Rechtsprechung im Interesse der revisionsgerichtlichen Kontrolle ergeben.“

Die bislang immer mögliche Revision gegen Urteile des Landgerichts soll von der Zulassung durch das Ober-

mittelsystem“ dürfe „nicht ausgeklammert werden“, meint der Bundesrat. Seit über 100 Jahren zählt dieses Rechtsmittelsystem zu den Mindestgarantien des Strafverfahrensrechts. Mit der Vorlage des Bundesrats zeichnet sich die Abschaffung dieses Rechtsmittelsystems und das Strafverfahren ohne Rechtsmittelgarantie ab, u.a. vom neuen Bundesverfassungsgerichtspräsidenten Zeidler im vergangenen Jahr vor dem Richtertag als „Jahrhundertaufgabe“ propagiert.

Von ebenso prinzipieller Bedeutung ist die vom Bundesrat vorgesehene Möglichkeit, dem Verteidiger das Frage-, Erklärungs- und Antragsbegründungsrecht abzuschneiden, wenn „der sachliche Zusammenhang zum Verfahren“ fehle. Ist das Gericht die-

stimmung über einen „neuen Minimalkonsens“ gefallen. A. Zumach von der Aktion Sühnezeichen, J. Leinen von der SPD und leider auch R. Schmidt für die GRÜNEN vertraten, daß die Friedensbewegung ihre Stoßkraft nicht nur gegen die westlichen, sondern auch gegen die östlichen Raketen richten müsse, um glaubwürdig zu bleiben. Entsprechende Absätze wurden in den neuen „Minimalkonsens“ aufgenommen.

Obwohl der Gesetzantrag der GRÜNEN für eine konsultative Volksbefragung nach wie vor noch nicht vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung behandelt wurde und obwohl in Hessen und Baden-Württemberg Volksbegehren für einen Volksentscheid gegen die Raketenstationierung durchgeführt werden, hat die Aktionskonferenz nicht beschlossen, diesen zu unterstützen. Stattdessen hat sie eine Propagandaaktion mit Schwerpunkt am 17. Juni, dem Tag der Europawahlen, beschlossen: „Die selbstorganisierte Volksbefragung ist kein Plebiszit, sondern eine Demonstration.“ Die Konferenz hat so die Kampagne für eine gesetzliche Volksbefragung gegen

die Stationierung der Mittelstreckenraketen in eine europaweite Demonstration für ein atomwaffenfreies, aber trotzdem starkes und vereintes Europa überführt.

Die Opposition auf der Konferenz lehnte diese Propagandaaktion ab. Auf ihre Initiative hin wurde ein Aufruf verabschiedet, der zur Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes auffordert. Der Kommunistische Bund und Teile der „unabhängigen Friedensgruppen“ sowie die Volksfront in ihrem „Vorschlag für einen gemeinsamen Aktionsnenner“ kritisierten die konventionelle Aufrüstung und den Rüstungshaushalt der BRD.

Dieser Versuch, durch andere Schwerpunktsetzung, aber ohne direkte Kritik von Nationalismus und Chauvinismus Einfluß auf die Zielsetzungen der Konferenz zu nehmen, ist nicht erfolgreich ausgegangen. So richtet sich der von den „unabhängigen Friedensgruppen“ vorgeschlagene Aufruf für Aktionen zu den Herbstmanövern gleichermaßen gegen die NATO und gegen den Warschauer Pakt.

Quellenhinweis: Politische Berichte Nr. 26/83; diverse Flugblätter, Anträge und Stellungnahmen – (clm, wof)

Andropow

Ein Nachruf auf Ronald Reagan wäre uns lieber gewesen

Der imperialistische Teil der Weltöffentlichkeit hat den Tod des Generalsekretärs der KPdSU, Juri Andropow, zum Anlaß für eine Hetzkampagne gegen die Sowjetunion genommen. Die auf Seite 9 zusammengestellten Auszüge aus Kommentaren von Zeitungen verschiedener imperialistischer Staaten sind keineswegs besonders ausgesucht: Andropow, so ist die einhellige Meinung, sei am besten zu vergessen, und der neue Generalsekretär Tschernenko täte gut daran, anders als sein Vorgänger dem Westen entgegenzukommen, was allerdings kaum zu erwarten sei.

Die Imperialisten schlagen einen rüde fordernden Tonfall gegenüber der Sowjetunion ein. Ein Grund mag sein: Nach Beginn der Stationierung von Mittelstreckenraketen sehen die NATO-Staaten neue Möglichkeiten der Erpressung, des politischen Drucks und auch der direkten militärischen Drohung gegenüber der UdSSR und den mit ihr verbündeten Staaten. Allerdings bleibt als Problem, daß die dieser militärischen Aufrüstung entsprechende ideologische Kriegsvorbereitung nicht Schritt hält. Denn:

Die sowjetische Armee ist nicht nach Polen marschiert. Sie ist nicht nach Westeuropa marschiert, bevor die neuen Raketen sie militärisch schwächten. Selbst die US-Provokation mit dem

Spionageflug eines südkoreanischen Jumbos über der UdSSR konnte nicht den Eindruck erwecken, „die Russen kommen“, eine Vorstellung, die derzeit eher Kabarett-Vorlagen abgibt, als daß sie ernsthaft Befürchtungen bei irgendwem erweckte.

Die Imperialisten versuchen, dem mangelnden Bewußtsein über die „russische Gefahr“ nachzuhelfen. So etwa soll ausgerechnet im Nahen Osten Andropow eine starke Position der Sowjetunion hinterlassen haben. Eine Lüge, mit der die Imperialisten bei ihrer Aggression gegen Syrien die UdSSR provozieren und verwickeln wollen.

Dem Aufpolieren des Feindbildes dient auch die Behauptung, Andropow habe die Sowjetunion in die „Isolation“ geführt und eine „Festung Rußland“ errichtet. Wahr ist daran soviel, daß Hoffnungen enttäuscht wurden, die Abhängigkeit der UdSSR vom kapitalistischen Weltmarkt verstärken und sie dadurch schwächen zu können. Tatsächlich hat die Führung der Sowjetunion eine Korrektur ihrer früheren Politik der Ausdehnung der Geschäfte mit dem Westen vollzogen. So sank die Goldausfuhr der UdSSR im vergangenen Jahr, was die Imperialisten als Zeichen einer deutlichen Verbesserung der Devisenlage werten. Die Möglichkeiten, die Kreditabhängigkeit

der Volkswirtschaften des RGW von imperialistischen Gläubigern zu Erpressungen nutzen zu können, scheinen inzwischen eher geringer. Die BRD-Imperialisten melden, daß die DDR den mit der Erwartung auf politische Zugeständnisse versehenen Milliardenkredit aus der BRD bisher nicht einmal voll ausgeschöpft hat, geschweige denn, daß sie um weitere Gelder nachgesucht hätte.

Wer erinnert sich nicht noch an die Propaganda, jedem Arbeitslosen in der BRD ginge es besser als selbst dem Facharbeiter in der DDR? Die bürgerliche Presse vermeidet inzwischen solche Vergleiche, ganz zu schweigen von dem Vergleich etwa der Lage der schwarzen und mexikanischen Arbeiter in den USA mit der der Arbeiter in der UdSSR. Tatsächlich hat sich die Erwartung der Imperialisten, daß die notwendigen technologischen Umwälzungen in der UdSSR und den anderen RGW-Staaten zu scharfen sozialen Widersprüchen führen, bisher nicht erfüllt. Die Führung der UdSSR hat zwar die rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsleitungen erweitert und Kampagnen zur Ausdehnung der Schichtarbeit und Erhöhung der Arbeitsintensität eingeleitet. Die Gewerkschaften in der UdSSR und damit die Arbeiterbewegung scheinen jedoch stark genug, um wie bisher eine aus den kapitalistischen Staaten bekannte Entwicklung der massenhaften Entwertung der Arbeitskraft im Gefolge von Produktionsumwälzungen zu verhindern.

Was bleibt, ist der Vorwurf, die UdSSR werde weiter von „alten Männern“ regiert – wir meinen, immerhin von solchen, die durch den Kampf gegen den deutschen Faschismus Bedeutendes zur Zerschlagung imperialistischer Weltherrschaftspläne geleistet haben.

Quellenhinweis: versch. Tageszeitungen; Pressemitteilungen Nowosti – (alk)



Juri Andropow

Pressestimmen zum Tod J. Andropows

USA: *Wall Street Journal*, 13.2.: „Andropow hat offensichtlich keine bedeutenden Leistungen in den US-sowjetischen Beziehungen hinterlassen ... Tatsächlich erlitten die Sowjets während seiner Amtszeit einen ihrer schwersten außenpolitischen Rückschläge der vergangenen Jahre, als es den USA ... gelang, mit der Stationierung einer neuen Generation von Mittelstreckenraketen in Europa zu beginnen. Aber Andropow hat ein Zeichen im Nahen Osten hinterlassen. Unter seiner Führung hat der Kreml Syrien kräftig wieder aufgerüstet ...“

Newsweek, 8/84: „Der Abschuß des (südkoreanischen) Flugzeugs war der Tiefpunkt im ersten Jahr Andropows. Er zeigte das Fehlen einer starken Führung und schlechtes Urteilsvermögen.“

Großbritannien: *The Daily Telegraph*, 11.2.: „Sowohl Thatcher als auch Präsident Reagan ... hoffen, daß der neue Führer einsieht, daß es im Interesse seines Landes ist, an den Genfer Verhandlungstisch zurückzukehren und aus der Festung Rußland herauszukommen.“

Frankreich: *Le Monde*, 13.2.: „Andererseits gelang es ihm ..., einer gewissen Zahl jüngerer Männer Zutritt ins Politbüro zu verschaffen ... Diese neue Generation hat die Aufgabe, die Beziehungen mit dem Westen zu erneuern, die unter der kurzen Regierungszeit Andropows stark gestört wurden.“

BRD: *Die Welt*, 11.2.: „Andropow war kein erfolgreiches Mitglied der älteren Generation, die jetzt vielleicht noch einmal einen Übergang schafft, bevor sie endgültig abtritt. Im Inneren hinterließ er Stückwerk, in der Außenpolitik vermochte er weder Europa von den USA zu trennen, noch die Nachrüstung auf andere Weise zu verhindern.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.2.: „Andropow setzte die Hochrüstungspolitik seines Vorgängers ... fort. Er nahm auch die Ziele der Moskauer Ausdehnungspolitik nicht zurück.“

Handelsblatt, 13.2.: „Die neue Führung wird nicht umhin können, dort weiter zu machen, wo Andropow aufhören mußte ... Das Land erwartet ungeheure technologische Umwälzungen ... Die neue Technologie wird sich die Sowjetunion am einfachsten in Kooperation mit dem Westen besorgen können.“

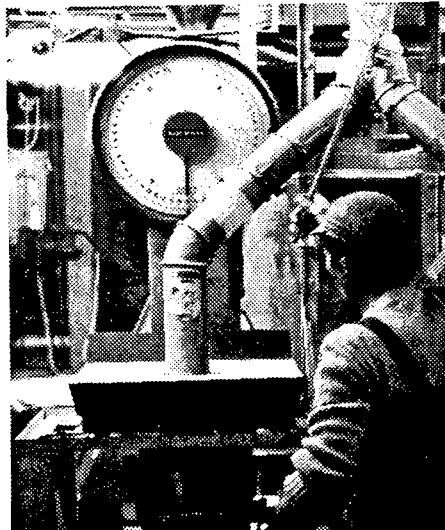
Süddeutsche Zeitung, 13.2.: „Trotz seines undurchsichtigen Images als früherer KGB-Chef ging Andropow der Ruf voraus, ... ehrgeizige Ziele zu verfolgen, vor allem die Belebung und Reform der bürokratisch erstarrten sowjetischen Wirtschaft. Seine außenpolitischen Vorstellungen blieben von vornherein unklarer und konventioneller, doch ließ seine innen- und wirtschaftspolitische Zielsetzung den Schluß zu, daß er außenpolitisch einen Waffenstillstand mit den USA suchen würde.“

Stern, 8/84: „Bleibt also die Partei, an ihrer Spitze die graue, versteinerte Landschaft des Zentralkomitees ... alte Männer, die den Stalinismus am eigenen Leibe erlebt und den ‚großen vaterländischen Krieg‘ durchgestanden haben.“

Tarifbewegung Chemie Neuerliche Lohnsenkung verhindern

Anfang Februar hat sich der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik mit folgender Forderungsempfehlung für die Tarifbewegung 1984 an die Organisation gewandt:

„1. Begrenzung der Mehrarbeit durch grundsätzliche Gewährung eines Freizeitausgleichs für Mehrarbeitsstunden ... 2. Verkürzung der Wochenar-



Schwere körperliche Arbeit in der chemischen Industrie

beitszeit und der Lebensarbeitszeit, entsprechend den jeweiligen Bedingungen und Kündigungsfristen ... 3. Die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sind um einen Prozentsatz zu steigern, der neben dem Ausgleich der Preissteigerungsrate den Produktivitätszuwachs beinhaltet, soweit dieser nicht durch arbeitszeitverkürzende Maßnahmen zur Finanzierung heranzuziehen ist. Entsprechend der Entwicklung der Unternehmensgewinne in den einzelnen Tarifbereichen sollte die aufzustellende Prozentforderung eine Umverteilungskomponente beinhalten, die erreicht, daß die Arbeitnehmerreinkommen im gerechten Verhältnis mit den Unternehmensgewinnen steigen ...“

Der Tarifexperte des Hauptvorstandes Horst Mettke schreibt: „In den Jahren 1981, 1982 und 1983 sind in vielen Tarifbereichen die Tarifierhöhungen niedriger ausgefallen als die Inflationsrate. Die Arbeitnehmer haben damit zu einer wesentlichen Kostenentlastung der Unternehmen beigetragen. Die Kaufkraft jedoch ist gesunken, Ersparnisse mußten angegriffen werden ... In der Tarifrunde 1984 wird es daher darauf ankommen, die Gesamtarbeitnehmerreinkommen wieder real zu steigern.“

Tatsächlich haben die Zugeständnisse der vergangenen Jahre den Lohnabhängigen geschadet. Das Geschäft der westdeutschen Chemiekapitalisten floriert, und sie sind verwundbar. Der Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Professor Dr. Heinz-Gerhard Franck, gibt für 1983 eine Umsatzsteigerung von sieben Prozent auf 127 Mrd. DM bekannt, was nach seiner Auskunft einer realen Steigerung der Produktion um sieben Prozent entspricht. Dieses Ergebnis wurde aus einer um weitere 1,8% auf 549000 reduzierten Zahl von Arbeitskräften herausgeholt. Entsprechend stiegen die Gewinne um 20%.

Daß die IG Chemie sich für die Tarifbewegung 1984 ausdrücklich dafür ausspricht, neuerliche Lohnsenkungen verhindern zu wollen, ist wichtig. Ebenso ist die Empfehlung der „Begrenzung der Mehrarbeit“ unterstützenswert, soweit die flexible, grenzenlose Vernutzung der Arbeitskraft eingeschränkt und der Acht-Stunden-Normalarbeitstag verteidigt werden soll. Das wesentliche aber ist doch: Kann der Mehrarbeit überhaupt begegnet werden, wenn es beim Lohn nicht stimmt? Wenn nur der durch Überstunden erzielte Lohn für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen Reproduktion ermöglicht, ist dann nicht erfolgreicher Lohnkampf die Bedingung für erfolgreiche Begrenzung der Mehrarbeit?

Eine Bejahung dieser Fragen kann nur zu der Konsequenz führen, daß ohne besondere Berücksichtigung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen ein neuer Tarifvertrag kaum als Erfolg gewertet werden kann, wobei bei der Forderung sowohl der Preisanstieg als auch erhöhte Versicherungsabzüge zu berücksichtigen sind, allein um den Nettolohn zu halten.

Quellenhinweis: FAZ v. 26.1.84; Forderungsempfehlung Tarifrunde 1984 des HV der IG CPK (s. auch BWK Nachrichtendienst 03 v. 25.2.84) - (mio)

Lohnstruktur Druck BVD verhindert Absicherung der Übertarife

Nach der dritten Verhandlung um die neue Lohnstruktur für die gewerblichen Arbeiter der Druckindustrie erklärte die IG Drupa die Verhandlungen für gescheitert. Der Grund: Die Kapitalisten machten die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche zur Bedingung für die weitere Verhandlung.

Die Schlichtungsverhandlungen, die am 20. Februar 1984 begannen, wurden auf den 15. März vertagt, da keine Einigung erzielt werden konnte. Auf Grund des Schiedsspruchs vom Februar 1982 sollte die neue Lohnstruktur schon ab 1.1.84 in Kraft sein und

bis 1.4.84 in den Betrieben umgesetzt sein. Die Druckkapitalisten verschleppen bewußt die Verhandlungen: Die Vertagung der Schlichtung auf fast einen Monat später führt dazu, daß immer noch Friedenspflicht besteht, die dringend beendet werden müßte.

Ohnehin ist die Forderung nach Beibehaltung der 40-Stunden-Woche nur das I-Tüpfelchen auf die Vorstellungen der Kapitalisten für die neue Lohnstruktur selbst.

1) Der Bundesverband Druck (BVD) hat der Expertenkommission der IG Drupa eine Liste von 51 Arbeitsaufgaben in einer Rangfolge zu akzeptieren aufgezwungen. Und dies, obwohl die Forderung der IG Drupa ursprünglich gerade solche konkreten Tätigkeitsbeispiele nicht benannte, sondern nur allgemeine Anforderungen beschrieb, um die Durchlässigkeit der Lohngruppen nach oben zu ermöglichen.

2) Die Rangfolge der Arbeitsaufgaben ist entgegen allen Behauptungen vor allem von Seiten des BVD Ergebnis einer analytischen Arbeitsbewertung auf Grundlage des sog. „Genfer Schemas“. So wird jede Tätigkeit nach den Anforderungsarten „Können“ (Gewicht: 30%), „geistige Belastung“ (25%), „muskelmäßige Belastung“ (20%) und „Verantwortung“ (25%) untersucht. Und es wird die „Ausprägung“ jeder Anforderungsart von „gering“ bis „sehr groß“ für jede Tätigkeit bewertet.

Die Folge ist, daß durch die sehr starke Überbewertung der selbständigen Denktätigkeit und der Verantwortung alle Tätigkeiten mit hoher Arbeitsbelastung ganz schlecht bewertet werden. Dadurch kann der BVD Hilfstätigkeiten gegenüber der alten Lohnstruktur abruppieren, ebenso wie Facharbeitertätigkeiten, gerade was den Satzbereich betrifft. Z.B. Bildschirmkorrektur von 120% auf 100%, dafür Maschinenführer an Rotationen von 100% des Ecklohns auf 110%.

3) Der BVD fordert eine Erweiterung der Lohngruppen von acht auf neun, statt fünf soll es dann sechs Hilfsarbeiterlohngruppen geben. Die neue sechste Lohngruppe liegt bei 95% knapp unter dem Ecklohn und soll ehemalige Facharbeiten beinhalten (Setzen z.B.). Der Lohnschlüssel soll von 74% (wie bisher) auf 110% (statt bisher 120%) gehen. Die IG Drupa fordert demgegenüber fünf Lohngruppen von 90% bis 120%, davon nur eine Hilfsarbeiterlohngruppe (90%). Die vom BVD geforderte Lohnstruktur ist für die IG Drupa unannehmbar.

Einige Belegschaften haben vor der Schlichtung spontane Arbeitsniederlegungen durchgeführt, in anderen Betrieben wurden Unterschriften gesammelt für die Forderungen der IG Drupa. Betriebsräte stimmten Überstunden nicht zu. - (nir)

Kießling-Affäre

Die CDU-Spitze putzt den Staatsapparat und duckt die Karrierebeamten

Die Bundesregierung hat einen der höchsten Offiziere der Bundeswehr mittels Hinweisen auf Überwachungsergebnisse zum Rücktritt gezwungen. Nach den Auseinandersetzungen um die Überwachungsergebnisse ist der Bundeswehrminister Wörner weiter im Amt, der Offizier muß gehen. Die auf der Kommandeurstagung vom 14. bis 16.2.84 versammelten 400 Generäle und Kommando-Offiziere ab Oberst haben in einer halbstündigen Aussprache mit Minister Wörner in drei Beiträgen wegen der Entlassung von General Kießling nachgefragt. Ansonsten haben sie vorhandenen Unmut über den Rauswurf des Generals nicht laut werden lassen.

Minister Wörner hätte die Möglichkeit gehabt, die Entlassung des Generals ohne Angabe von Gründen zu verfügen. Er hat das nicht gemacht. Sein Ministerium verbreitete stattdessen angebliche Erkenntnisse der staatlichen Sicherheitsdienste über den General. Wörner hat bisher nicht erklärt, diese Methode, mißliebige Offiziere kaltzustellen, nicht mehr anwenden zu wollen. Eine solche Erklärung ist auch kaum zu erwarten. Denn diese Art des Vorgehens drückt das Verhältnis der CDU-Spitze zum Staatsapparat aus. Die CDU-Führung fertigt sich das Instrument für ihre politischen Ziele. Wer ihr von den höheren Beamten nicht paßt, den stellt sie kalt oder wirft ihn raus. Die CDU putzt den Staatsapparat von oben nach unten, vergleichbar dem Vorgehen von Bund und Länderregierungen, mittels Berufsverbot den Staatsapparat unten zu säubern und die unteren Beamten auszurichten. Zu

meinen, daß das Vorgehen der CDU-Führung allein das Verhältnis Regierung und Militär beträfe, ist nicht richtig. Es zielt auf die höheren Beamten des gesamten Staatsapparates.

Ist nicht jeder der Karrierebeamten auf das Wohlwollen dieser Regierung angewiesen, um im Amt zu bleiben und in der Karriere weiter zu kommen? Wird nicht jeder der führenden Beamten sich fragen müssen: Wenn die CDU-Spitze mit dem zweithöchsten General derart umspringt, wie wird sie dann erst gegen andere, niedriger eingestufte Karrierebeamte vorgehen? Die staatlichen Überwachungsapparate haben über jeden dieser Karrierebeamten den Dreck, den diese am Stecken haben, in Akten zusammengestellt. Bei Nichtkuschen wird die Regierung diese Erkenntnisse gegen die Beamten vorbringen. Diese Beamten werden sich das Vertrauen der CDU-Spitze erhalten müssen oder es zu erlangen trachten, anderenfalls werden sie geduckt, kaltgestellt oder rausgeworfen.

General Kießling geht anderthalb Jahre vor seiner Pensionierung. Mit dem erzwungenen Rücktritt schafft der Minister Platz für seine Gefolgschaft, die beträchtlich schneller nachrücken kann. Wenn die einen geduckt werden, können die anderen, die eigenen Leute gefördert werden. Beide Seiten des CDU-Vorgehens gehören zusammen.

Wie beurteilen andere linke Organisationen die Vorgänge? In dem Kasten haben wir Auszüge aus Zeitungen und Zeitschriften revolutionärer sozialistischer Organisationen dokumentiert. Uns beunruhigt, daß in der Mehrzahl der Veröffentlichungen nicht



Wörner, Kohl und Altenburg auf dem Weg zur Kommandeurstagung, 19.2.

Aus Zeitschriften revolutionärer sozialistischer Organisationen

Roter Morgen, 3.2.84, KPD: „Im Hintergrund die Generale ... Die Leute, die hier so sehr in den Vordergrund kommen, die hier bedauert werden, das sind üblicherweise jene, die Militärputsche zu machen pflegen. Bei uns undenkbar? Man wird noch sehen. „Die Regierung muß das Vertrauen einer gedemütigten Armee wiedergewinnen.“ Das ist die Forderung von Kießlings Vorgänger, dem General a. D. Gerd Schmückle. ... Es geht darum, daß hier ein Augenblick gekommen ist, in dem die Generalität der Bundeswehr die politische Bühne offen betritt, indem sie einen A. D. Schmückle vorschickt, der ihre Forderungen an die Regierung hart und deutlich formuliert ...“

Roter Morgen, 10.2.84: „Der Sieger der ‚Affäre‘ ist nicht das ‚Menschenrecht‘, um dieses ging es nie. Gesiegt haben die Generale. Ihr Ehrenwort gilt wieder. Und wenn jetzt auch vielleicht untere Chargen im Ministerium und im MAD geopfert werden, so bleibt doch die Tatsache, daß da ein Minister amtiert, dem sie eine schwere politische Niederlage bereitet haben ...“

Rote Fahne, 4.2.84, MLPD: „Kießling/Wörner und der ‚Erstschlag in die Tiefe‘. Wörner versucht, durch eine Ehrenerklärung für General Kießling zu verhindern, daß die politischen Hintergründe der Affäre offengelegt werden ... Um welche Art Widersprüche es geht, darauf verweist ein Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 30.1.84: ... In Brüssel will man das geltende Konzept der flexiblen Reaktion zumindest modifizieren; gedacht wird dabei an eine stärkere Betonung der Fähigkeit einen Angreifer bereits in der sogenannten ‚Tiefe des Raumes‘ treffen zu können. Zwar neigt die Mehrheit der Planer offensichtlich zu ei-

ner Beschaffung konventionell bestückter Raketen und Flugkörper, allerdings gibt es starke Minderheiten, die in diesem ‚Schlag in die Tiefe‘ eine neue Aufgabe der Kurz- und Mittelstreckenraketen sehen.“ ... Man kann davon ausgehen, daß Kießling nicht der einzige bleiben wird, der ausgewechselt wird, um aus einer ‚starken Minderheit‘ eine Mehrheit zu machen ...“

MSZ, Februar 1984, Zeitschrift der Marxistischen Gruppen: „So bleibt einem nur übrig, die Mitteilungen der Staatsgewalt über einen in Unnade gefallenen General so zur Kenntnis zu nehmen, wie sie gemeint sind. Aufklärung enthalten diese Mitteilungen an den Bürger reichlich, es kommt nur auf den Willen an, sie auch wahrzunehmen. Die Sicherheitsorgane dieses Staates sind so gut ausgebaut und arbeiten so gut, daß ihnen, wenn es darauf ankommt, auch ein höchster General nicht durch die Lappen geht, der stets nur durch seine pflichtbewußte Dienstauffassung auffallen wollte ... Eine eindeutige Perspektive, mit der die Obrigkeit im Fall Kießling gehandelt hat: Für sie besitzt die Gefahr der Wehrkraftzersetzung nicht nur viele Gesichter, es existiert auch keine Sphäre der Gesellschaft, die nicht von ihr betroffen wäre ... Verschiedene Fälle, ein Problem: Erhaltung demokratischer Wehrbereitschaft. Diesem Zweck wird auch einmal ein General geopfert ...“

was tun, 9.2.84, GIM: „Ganz offen formulieren die Vertreter der ‚moralischen Wende‘, daß sie eine Politik des reinen Machterhaltes betreiben, daß sie auch die selbsternannten Normen bürgerlicher Verantwortung fortgesetzt zu mißachten gedenken, daß die Oggersheimer Schlittenfahrt auch ohne personelle Veränderung

fortgesetzt wird, wenn die Besatzung ein ausgesprochenes Gruselkabinett darstellt ... ein Kriegsminister, der mit seinen Untergebenen umspringt, als wäre bereits Krieg und das feudale Befehlsprinzip wieder voll hergestellt. Diese Minister wären nach allen ‚objektiven‘ Regeln der bürgerlichen Politikerzunft längst abtrittreif ...“

Arbeiterkampf Nr. 243, 13.2.84, KB: „Kohl deckt jeden! Es gibt Affären und Affären. Solche, die das Land erschüttern, und solche, über die man zur Tagesordnung übergeht. Solche, die die Ehre der ganzen Streitmacht beleidigen, und solche, die keinem wehtun. Sie werfen ein Licht auf die Regierung, aber auch auf die Opposition ... Die Grünen ... amüsieren sich über den ‚Trottel‘ Kohl. Der kennt doch nur eins: ‚Hauptsache Strauß bleibt in München‘ ... Der ‚Trottel‘ Kohl stolpert also von einer Affäre in die nächste. Freund Wörner hält er, und Kurt Ziesel nimmt er in der Kanzlermaschine mit nach Israel ... Typisch für Kohls ‚mangelndes Fingerspitzengefühl‘. Eben ein ‚Trottel‘ ... Man wird den Eindruck nicht los: Vor lauter Affärenwonne übersieht die Linke, wie die Faschisierung marschiert. Aber das war hier noch nie Anlaß für Skandal-Geschrei.“

Politische Berichte 1/84, 14.1.84, BWK: „Wörner hat mit Einverständnis der Regierung demonstriert, daß der Arm des Verteidigungsministers tief in den persönlichen Bereich faßt und daß seine Dienste über jeden die Lügen oder Wahrheiten wissen, deren Veröffentlichung schmerzt. Ob der General den Unwillen Wörners erregte oder ob bloß wer anders zu befördern war, ist zweitrangig. Wörner schafft ein Klima, in dem jeder Bundeswehrangehörige, der nicht auf Entlassung aus ist, sich nicht nur hundertmal überlegen wird, was er sagt, sondern hundertfünfzigmal, was Wörner will, das er sagt.“

tatsachenorientiert geurteilt wird. Nicht die Vorgänge, wie sie waren, werden untersucht, sondern die jeweiligen Vorstellungen des Schreibers über Ziele, Absichten und Hintergründe der tatsächlichen Vorgänge werden ohne stichhaltigen Beleg zusammengestellt und auf der Grundlage dieser Vorstellungen dann Folgerungen gezogen.

So kommt der „Rote Morgen“ der KPD zu der eigentümlichen Schlußfolgerung, die Entlassung Kießlings sei ein Sieg der Generale. Wer hat in dieser Auseinandersetzung angegriffen? Die Generale oder der Minister Wörner? Wer ist im Amt geblieben? Wer geht? Bisher doch wohl Kießling. General a. D. Schmückle, der den Rücktritt Wörners gefordert hatte und dessen Äußerung der „Rote Morgen“ als Beleg anführt, klatschte eben diesem Wörner auf der Wehrkundetagung am 11.2. demonstrativ Beifall: Sieg der Generale oder Kuschen der Generale?

Die „Rote Fahne“ der MLPD beschreibt den General Kießling als Ver-

treter einer Mehrheit in Brüssel, die für konventionelle Raketen eintritt. Für die Konstruktion des guten deutschen Generals contra die wilden US-Atomkrieger nebst CDU-Regierung hat die „Rote Fahne“ nicht die Spur eines Beweises dargelegt. Selbst die „Süddeutsche Zeitung“, aus der die „Rote Fahne“ zitiert, hat diese Behauptung nicht aufgestellt.

Die Zeitung „was tun“ der GIM beschreibt die Bundesregierung mit dem Jahrmarktsbegriff „Gruselkabinett“. Die Wachsfiguren auf dem Jahrmarkt rufen zwar Schauern hervor, weitere Auswirkungen haben sie nicht. Die Taten der Regierung werden durch diese Beschreibung verharmlost.

Für richtig halten wir die Bewertung durch den „Arbeiterkampf“ des Kommunistischen Bundes und die Sorge darüber, daß die Bundesregierung Schranken gesetzlicher und moralischer Art für die Reaktion aus dem Weg räumt.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung 15., 16.2.84 - (gba)

§218

Geburtenförderung: Prä-mien und Kinderhandel

74 Abgeordnete aus CDU und CSU haben am 31.1. einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, wonach künftig die Krankenversicherungen nicht mehr für die Kosten eines mit sozialer Notlage begründeten Schwangerschaftsabbruchs aufkommen sollen. Die Unionsabgeordneten betrachten ihren Gesetzentwurf als ersten Schritt, dem weitere (z.B. Beseitigung der Lohnfortzahlung bei Abtreibung) folgen müßten.

Ihr Vorstoß zielt nicht nur darauf, daß die Lohnabhängigen für die Kosten bei Abtreibung aufkommen sollen. In der Begründung ihres Gesetzentwurfs schreiben die christ-konservativen Abgeordneten auch, das „Problem“, das eine Gesetzesänderung nö-

tig mache, seien „ethisch sowie gesundheitlich bedenkliche Schwangerschaftsabbrüche im Rahmen der Indikation der „sonstigen schweren Notlagen“. Die Unionsabgeordneten wollen die Abtreibung aus sozialer Not nicht mehr zulassen oder wenigstens stark einschränken – immerhin sind das 76,9% aller Fälle von Schwangerschaftsabbruch. 1982 nannten 70000 Frauen, so die Statistik der Bundesregierung, zu niedriges Einkommen, schlechte Wohnverhältnisse oder fehlende Möglichkeiten, ein Kind zu versorgen, als Grund für Abtreibung.



Zum 25.2. rufen in Hamburg verschiedene Organisationen, hauptsächlich Frauengruppen, zu einer Demonstration „Weg mit dem § 218“ auf. Bild: 5000 demonstrierten vor einem Jahr in Karlsruhe.

Die von SPD und FDP reformierte und 1975 vom Bundesverfassungsgericht abgesegnete Fassung des § 218 erlaubt eine solche Einschränkung der Abtreibung, wie sie diese Unionsabgeordneten fordern. Denn nach § 218a bleibt eine Abtreibung nur dann unbestraft, wenn eine staatlich anerkannte Beratungsstelle festgestellt hat, daß „der Abbruch der Schwangerschaft ... angezeigt ist, um von der Schwangeren die Gefahr einer Notlage abzuwenden, die (a) so schwer wiegt, daß von der Schwangeren die Fortsetzung der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann und (b) nicht auf eine andere für die Schwangere zumutbare Weise abgewendet werden kann.“

Die Bundesregierung hält sich scheinbar zurück. Sie verbreitet, daß sie ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten will, das über den Antrag einer Redakteurin der katholischen „Bildpost“ zu entscheiden hat, die ihrer Krankenkasse die Übernahme der Kosten von Abtreibungen bei sozialer Indikation untersagen will.

Die Bundesregierung ist aber keineswegs untätig. Ende Dezember hat eine interministerielle Arbeitsgruppe – beteiligt waren das Familien-, das Justizministerium, Bundeskanzleramt und das Ministerium für Arbeit und Soziales – einen Bericht zum Programm

„Schutz des ungeborenen Lebens“ vorgelegt. Verschiedene Geburtenprämien sollen künftig einen Schwangerschaftsbruch aus sozialer Not überflüssig erscheinen lassen.

Die Kommission schlägt zunächst ein „Erziehungsgeld für Alleinstehende“ vor, denn fast 50% aller Frauen, die legal abtreiben, seien unverheiratet. Die ledige Mutter, wenn sie mit einem Kind weniger als 1550 DM verdient, erhalte dann ein Jahr lang monatlich 600 DM, wobei allerdings das Mutterschaftsurlaubsgeld (510 DM während vier Monaten) angerechnet würde.

Auch ein weiterer Vorschlag zielt auf ledige Mütter. Das Jugendamt soll künftig sechs statt wie bisher drei Jahre Unterhaltsvorschuß in Höhe von monatlich 207 DM zahlen, wenn der Vater des Kindes keinen Unterhalt leistet.

Schließlich wünscht die Kommission „Verbesserungen im Bereich Adoption“. Sie will dazu die Frist, innerhalb derer eine Mutter die Adoptionsfreigabe widerrufen kann, von bisher acht auf sechs Wochen nach der Entbindung verkürzt haben. Weiter soll die Frau, die ihr Kind zur Adoption freigibt, schon vor der Geburt von jeder Unterhaltspflicht befreit werden, auch dann, wenn das Kind, z.B. weil es behindert ist, nicht adoptiert wird und in einem Heim landet. Die Kommission rechnet allerdings nicht damit, daß allein dadurch die Zahl der Frauen zunehmen wird, die einem staatlichen geförderten Kinderhandel zustimmen. Sie fordert daher einen Abbau „bestehender Vorurteile“. Sollten sich lohnabhängige Frauen weigern, sich zu Gebärmaschinen für bessere Kreise degradieren zu lassen, so ist bereits als Drohung herauszuhören, sollen Polizei und Justiz in Aktion treten.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/941; Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zum Programm Schutz des ungeborenen Lebens, 23.12.83 – (alk)

Flugsicherung Bundeswehr soll Luftverkehr kontrollieren

Seit dem 1. Februar sollen nach einer Vereinbarung zwischen dem Verteidigungsministerium und dem Bundesverkehrsministerium in der Flugsicherung Düsseldorf Bundeswehr- und zivile Fluglotsen nebeneinander den Luftraum kontrollieren nach dem Modell: Militärflugzeuge fliegen, wo und wie sie wollen, ziviler Verkehr dagegen ist streckengebunden, und nur nach Koordination mit den Militärs sind Abweichungen erlaubt. Die Düsseldorfer Neuerung ist als erster Feldversuch für ein neues Konzept der Flugsicherung deklariert, das spätestens ab 1990 im gesamten Bundesgebiet gelten soll.

Danach ist auch in Friedenszeiten die Bundeswehr an der Verkehrsregelung im gesamten Luftraum beteiligt, bis auf wenige begrenzte Lufträume, in denen die Flugsicherung entweder dem Militär oder der zivilen Flugsicherung obliegt.

Bislang obliegt die Kontrolle des Luftraums der zivilen Flugsicherung während das Militär reservierte Gebiete für Übungen zugewiesen bekommen hat. In Zukunft soll die Bundeswehr den gesamten Luftraum kontrollieren, während die zivile Flugsicherung nur die Nahbereiche der Flughäfen und die Luftstraßen überwacht. Schon 1981/82 hatte die damalige SPD-FDP-Koalition dies mit der Begründung durchzusetzen versucht, die militärischen Lotsen in den Stand zu setzen, entsprechend den Notstandsgesetzen im Spannungsfall sofort die gesamte Flugsicherung übernehmen zu können. Dieser Vorstoß scheiterte an ÖTV, DAG und am Verband der Flugleiter (VF).

Die Umorganisation der Flugsicherung ist Teil der Militarisierung des gesamten Luftverkehrs für den Krieg gegen die Staaten des Warschauer Paktes. Die NATO-Angriffsstrategie gegen Osten bedarf der schnellstmöglichen Heranführung von Nachschub aus den USA und der sofortigen Herstellung der Luftüberlegenheit gegenüber der SU. Im 1978 beschlossenen NATO-Langzeitprogramm ist dementsprechend der Ausbau der Flughafenkapazitäten und -infrastruktur und der Ausbau der Luftverkehrsleitorgane nach militärischen Gesichtspunkten vorgesehen. Zudem gibt es zahlreiche Hinweise auf die Umrüstung von Zivilflugzeugen, die im Bedarfsfall für militärische Zwecke eingesetzt werden sollen, und auf die Vorbereitung des zivilen Flugpersonals für den militärischen Einsatz. 1983 wurden zum Manöver erstmals Tausende US-Soldaten über den Zivilflughafen Düsseldorf eingeflogen. Mit der Militarisierung der Flugsicherung ist die Sicherheit gegeben, daß auch in „Friedenszeiten“ Kriegsübungen Priorität bei der Verkehrsregelung im Luftraum bekommen, daß ein erneuter Streik der zivilen Fluglotsen wie 1973, den die sozialliberale Koalition mit allen juristischen Mitteln und der faktischen Zerschlagung des Verbandes der Flugleiter beantwortete, künftig wirkungslos wäre und daß im Spannungsfall die Lotsen auf ihre Kriegsaufgaben vorbereitet sind.

ÖTV, DAG und VF haben gegen den Düsseldorfer Feldversuch Widerstand angekündigt. Nach Informationen der Düsseldorfer Flugsicherung hat der Einsatz von Bundeswehrlotsen bisher noch nicht begonnen.

Quellenhinweis: Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN, Bundestagsdrucksache 10/944; Presseinformation der GRÜNEN vom 2.2.84 – (wom)

Kein gemeinsames Vorgehen der politischen Opposition gegen die Reaktion, aber Anknüpfungspunkte

Stuttgart. Zum Jahresanfang, rechtzeitig zur Landtagswahl am 25.3.1984, hat der Vorsitzende des Landesverbandes der baden-württembergischen Industrie, Freiländer, dessen Interessen bezüglich der nächsten Landesregierung deutlich gemacht. Wie hätte er den Wunsch, daß wieder die CDU die Regierung stellt oder doch zumindest führt, besser ausdrücken können als mit einer rundum zufriedenen Bilanz der letzten vier Jahre Regierungstätigkeit? Die Landesregierung habe nichts versäumt, sie habe den Unternehmer durchaus hoffnungsfroh gestimmt, war sein Urteil, begründet mit der staatlichen Technologieförderung, der Bildungspolitik, der Finanzpolitik.

Die CDU demonstriert also Siegesverzucht. Sie will wieder die absolute Mehrheit und will die Stimmen für ein ausgesucht arbeiterfeindliches und antigewerkschaftliches Programm: für mehr Technologieförderung auf Kosten des Konsums der Lohnabhängigen, für die Aufhebung von Beschränkungen bei der Anwendung der Arbeitskraft durch Flexibilisierung tariflicher und gesetzlicher Bestimmungen, für weitergehende Entrechtung der ausländischen Arbeiter usw.

Die FDP will nach dem Bonner Muster auch in Stuttgart in die Koalition mit der CDU. Sie führt dazu einen Wahlkampf gegen die „Arroganz der Macht“ einer „satten CDU“ und zielt auf Rückgewinnung von Wählern, die zur Zeit der sozialliberalen Koalition in Bonn zur CDU gewechselt hatten.

Die SPD strebt als Wahlziel die Beseitigung der absoluten Mehrheit der CDU an, wohl wissend, daß es dann zu einer CDU/FDP-Koalition käme. Die einzige theoretische Möglichkeit, eine Regierungsmehrheit gegen die CDU zu bilden, eine Koalition von SPD und GRÜNEN, spielt bei der SPD nicht nur keine Rolle, sondern die SPD gibt sich alle Mühe, die GRÜNEN zu schwächen und grüne Landtagsmandate zu verhindern. Die SPD propagiert vor allem „Zukunft für alle“. Sie verspricht dem großen und kleinen Eigentum Förderung mit Maßnahmen, die über weite Strecken der konservativen Politik abgekauft sind; es soll aber auch für die Lohnabhängigen etwas abfallen. Das Pfund, mit dem sie dabei gegenüber dem Eigentum wuchert: „Der soziale Friede ist unser wichtigster Produktionsfaktor, um den uns auch andere Völker beneiden.“ Obwohl alles andere als sozialer Frieden Arbeiterinteressen Geltung verschafft,

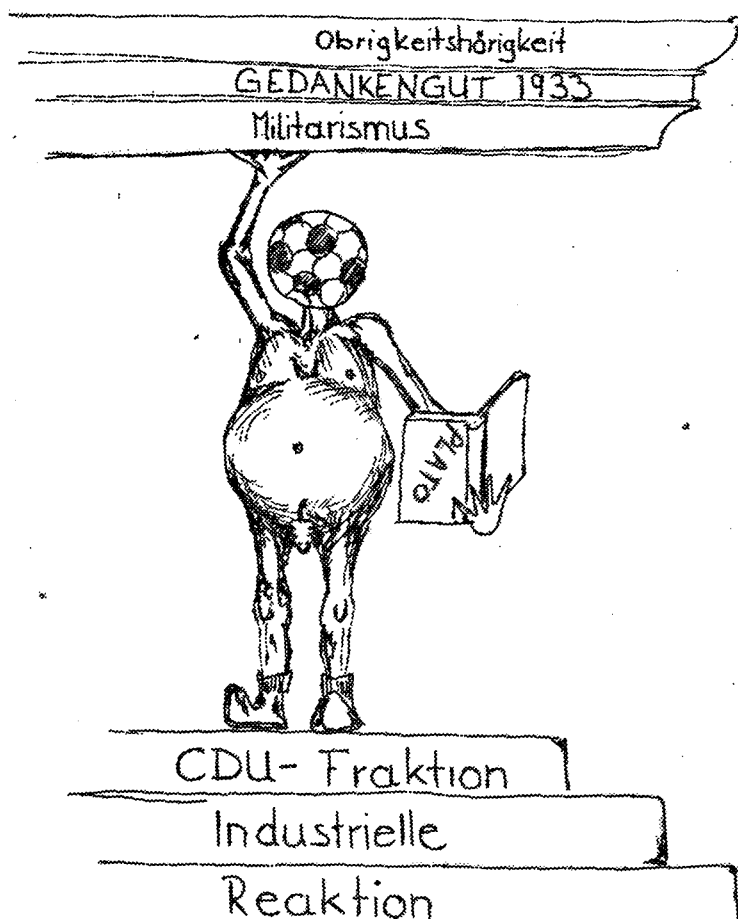
will die SPD eben den garantieren und verlangt dafür gebührende Anerkennung, die sie von den Kapitalisten nicht kriegen wird.

Die politische Opposition: Keine gemeinsamen Wahlbemühungen

Die GRÜNEN haben das Angebot der DKP, gemeinsam gegen die hiesige Reaktion zu kandidieren, mit der Forderung abgelehnt, die DKP solle sich erstmal von Verhältnissen hier und da im Ausland distanzieren. Die GRÜNEN streben allein an, wieder in den

ihre Unterstützung für zahlreiche erhobene Forderungen, wobei auffällt, daß ihre konkrete Kritik an der Tätigkeit der Landesregierung trotz vier Jahren im Landtag zu dünn ausfällt. Daß die GRÜNEN in drei Wahlkreisen die Einreichung der Wahlunterlagen verschwitzt haben, ist der bürgerlichen Öffentlichkeit ein willkommener Anlaß, den Wiedereinzug der GRÜNEN in den Landtag als fragliche Sache hinzustellen.

Auch die DKP kandidiert wieder allein. Sie stellt in den Mittelpunkt ihrer



Kritik an Kultusminister und Präsident des Stuttgarter VfB Mayer-Vorfelder aus „Kopfstütze“, Schülerzeitung, Friedrich-Schiller-Gymnasium Fellbach, 17.11.81

Landtag zu kommen. Der „fundamental-oppositionelle“ Flügel hat weitgehend die Auseinandersetzungen um das Landtagswahlprogramm der GRÜNEN bestimmt, ohne daß der wertkonservative oder bei Nationalem seine Anleihen machende Mist damit ausreichend abgetragen worden wäre. Noch immer steht am Anfang des Bild von der BRD als „Geisel der Supermächte“. Ansonsten erklären die GRÜNEN

Kandidatur die Unterstützung für zahlreiche aktuell erhobene Forderungen u.a. der Gewerkschaften. Sie stellt die Unterstützung dieser Forderungen entsprechend ihrem Programm in einen auf die Verfassung verpflichtenden Zusammenhang ihrer Strategie der „Zurückdrängung und Beseitigung der Macht des Großkapitals“ und verknüpft sich leider auch nicht Bemerkungen über „unser schönes und rei-

Späth: reaktionäres Konzept wissenschaftlich untermauert

Im November 1983 hat die von der CDU-Landesregierung eingesetzte Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“ ihren Bericht vorgelegt. Ausgearbeitet von 20 Wissenschaftlern sowie einem Direktor von IBM Deutschland gibt der Bericht vor, ausdrücklich nicht „unmittelbare politische oder pragmatische Stellungnahmen für Organisationen zu erarbeiten“. Das vorliegende Landtagswahlprogramm der CDU, aber auch z.B. die Flexibilisierungs-Argumentation der Kapitalisten in den derzeit stattfindenden Tarifverhandlungen, machen schnell klar, welche Politik hier begründet und wessen Interessen wissenschaftlich untermauert werden sollen.

In der zentralen Frage, wie die Kapitalisten unter Berücksichtigung der speziellen baden-württembergischen Wirtschaftsstruktur – wenig Grundstoffindustrie, hoher Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der mittleren Industrie, vor allem im Maschinenbau – am besten im Konkurrenzkampf um Weltmarktanteile unterstützt werden können, kommt die Kommission „Zukunftsperspektiven“ zu folgendem Ergebnis:

„Die spezifische Faktorausstattung legt eine Konzentration auf technologieintensive Produkte nahe ... Die Wirtschaftspolitik sollte das Aufspüren gewinnträchtiger Produktionen erleichtern. Die Richtung des Strukturwandels sollte sie dem Markt überlassen und nicht versuchen,

selbst künftige ‚Gewinner‘ auszusuchen.“

„Konsequenter Abbau von Erhaltungssubventionen ... Für mehr Forschungsförderung und Technologietransfer, zur Unterstützung von Existenzgründungen und zur Verbesserung der Exportförderung unserer Unternehmen“, formuliert das CDU-Wahlprogramm die Umstrukturierung der Wirtschaftsförderung. Die Kapitalisten wollen eine umfassende Modernisierung ihres Produktionsapparates und ihrer Produktpalette. Die Landesregierung stellt die Mittel dafür zur Verfügung. 25% aller Sonderforschungsbereiche der BRD befinden sich an baden-württembergischen Hochschulen; 1984 werden die Forschungsausgaben 3 Mrd. DM übersteigen. Ein Regierungsbeauftragter für Technologietransfer soll die „direkte Verbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wirtschaftlicher Ergebnisse“ gewährleisten. Die Grundlagenforschung der öffentlichen Einrichtungen soll so ausgebaut werden, daß für die Kapitalisten auch eine spürbare Einsparung an anwendungstechnischer Forschung erzielt werden kann.

Die Landesregierung hat die Einrichtung einer Reihe von Forschungseinrichtungen bereits beschlossen, darunter ein gentechnologisches Zentrum in Heidelberg, Forschungszentrum Informatik Karlsruhe, Zentrum für Mikroelektronik Stuttgart usw. Für kleinere und mittlere Betriebe soll bei Wirtschaftsorganisationen, Universitäten und Fachhochschulen ein flächen-

deckendes Netz für Technologieberatung und -vermittlung aufgebaut werden. Existenzgründungsprogramme und das Projekt „Technologiepark“ werden bereits durchgeführt (vgl. Politische Berichte 24/83 und 26/83).

Die gezielte Förderung und Propagierung kleiner Existenzen dient wesentlich zur Erhaltung einer Schicht, die sich unter der Losung „Leistung muß sich wieder lohnen – Weg mit dem Anspruchsdenken“ für den Angriff auf alle kollektiven Schutzrechte und Interessen der Lohnabhängigen und für die Aufrechterhaltung des Privateigentums mobilisieren läßt. Tatsächlich haben auch die Existenzgründungsprogramme den Rückgang der Zahl der Selbstständigen nicht verhindert, wenngleich z.B. die Zahl der Selbstständigen im Dienstleistungsbereich ständig steigt. Die damit verbundene Möglichkeit der Auslagerung von Teilbereichen der Produktion in kleine, sehr spezialisierte Betriebe mit geringem Fixkostenanteil und in der Regel schlechteren Arbeitsbedingungen ist aber auch für die großen Konzerne wirtschaftlich sehr interessant und wird heute schon genutzt (z.B. Reparoarbeiten für Druckereien, Software-Herstellung). Nicht umsonst weist auch die Kommission „Zukunftsperspektiven“ auf die Möglichkeiten dieser Entwicklung hin:

„Das qualitative Potential der neuen Technologien eröffnet nicht nur ungeahnte Optionen für Arbeitsplatz und Arbeitsorganisation, sondern ist zugleich Basis für Neugründungen sowie eine extensive Entwicklung von klein- und mittelständischen Unternehmen.“

ches Land“, womit sie doch nur den reaktionären Ideologen und ihrem „Musterlände Baden-Württemberg“ einen Gefallen erweist.

Der BWK hat sich seit dem Herbst für ein gemeinsames Vorgehen gegen nationalistische und reaktionäre Politik eingesetzt und hat eine Kandidatur der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg vorgeschlagen. Dafür hat sich aber in der Volksfront nicht die erforderliche Übereinstimmung gefunden. Übereinstimmung bestand dagegen bei dem Vorschlag, ein Seminar der Volksfront zur Tätigkeit der Landesregierung durchzuführen. Was die Haltung anderer revolutionär-sozialistischer Organisationen betrifft, soweit sie bekannt ist: Die KPD hat sich um örtliche Wahlbündnisse mit jeweiligen Einzelkandidaten entsprechend der Bremer BAL bemüht, wofür aber nach Scheitern der Versuche in Bremen und Hessen nirgends mehr In-

teresse bestand. Die KPD setzt jetzt Schwerpunkte in der Unterstützung des Kampfs für die 35-Stunden-Woche und Aktionen des Frankfurter Appells.

... aber Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten

Die rege Beteiligung am Seminar der Volksfront zur Tätigkeit der Landesregierung im Januar, darunter auch etliche Leute außerhalb der Volksfront, zeigte das Interesse an einer gemeinsamen Erörterung der Aufgaben gegen die politische Reaktion und der Vorbereitung praktischer Schritte.

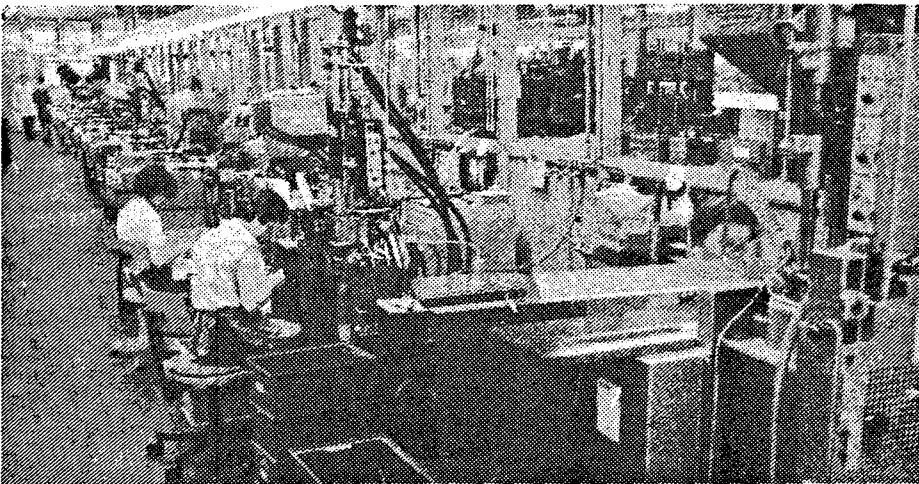
In der *Arbeitsgruppe Schulpolitik* wurde erörtert, was die Landesregierung bei ihrer reaktionären Schulpolitik erreicht hat und wo die Opposition dagegen steht, speziell auch bei der Entrechtung der Lehrer. Die Debatte, ob heute auch das Beamtenrecht als eine Basis der reaktionären Schulpolitik bekämpft werden soll und ob die

Volksfront dazu einen Beitrag leisten soll, konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die *Arbeitsgruppe Ausländerpolitik* diskutierte die Ziele der Reaktion, speziell der Landesregierung, auf diesem Gebiet und Schritte zur Unterstützung der Aktionen im Rahmen des Frankfurter Appells.

Die *Arbeitsgruppe Innenpolitik* erörterte die innere Aufrüstung und praktische Aufgaben dagegen (u.a. die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, das Polizeigesetz und das Personalausweisgesetz). Die Arbeitsgruppe befürwortete mehrheitlich eine Unterstützung der Kampagne für ein baden-württembergisches Volksbegehren durch Kritik an den Maßnahmen der Landesregierung für Kriegsvorbereitung. In der *Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik* wurde erörtert, wie die Kritik an der staatlichen Technologieförderung und an der gewerkschaftsfeindlichen Mittelstands- und Eigentumsförderungs politik verbessert wer-

Die Frage, welche „Zukunftsperspektiven“ die derart geförderte Profitmaximierung denn für die Lohnabhängigen bieten soll, bleibt nicht unbeantwortet. Wie kann der Lebensstandard weiter gesenkt werden? Wie können die Arbeitsbedingungen weiter den Erfordernissen der Kapitalisten angepaßt werden und damit für die Beschäftigten verschlechtert werden? Wie kann dies vor allem gegen eine organisierte Arbeiterbewegung durchgesetzt werden? Wissenschaftlich begründet und mit erfreulicher Deutlichkeit werden folgende Ziele offengelegt:

1. Flexibilisierung der Arbeitszeit
2. Flexible Struktur der Arbeitsentgelte z.B. mit Erfolgs- und Kapitalbestandteilen
3. Wahlmöglichkeiten bei organisatorischen Arbeitsbedingungen
4. Wahlmöglichkeiten zwischen mehr oder weniger Sozialleistungen



Modellversuch bei RAFI: 23-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich für 40 Beschäftigte.

und mehr oder weniger Geldeinkommen.

Tarifverträge als Rahmenverträge, Flexibilisierung der entsprechenden Rechtsnormen, größerer individueller Gestaltungsspielraum.

An diesem Punkt trifft sich das Programm gegen die kollektiven Schutzrechte und Organisationen der Lohnabhängigen mit dem erwähnten Existenzgründungsprogramm: Beide, Lohnabhängiger und kleiner Selbstständiger, sollen dem Großkapital, von dem beide auf ihre Art abhängen, in „individueller Freiheit“ als einzelne Verkäufer ihrer Ware – der Arbeitskraft oder eines Teilprodukts – gegenüber treten.

Dieses reaktionäre Gesamtkonzept, das auf dem Wandel der Produktionsverhältnisse beruht, wird ergänzt durch die anderen Teile der Späthschen Regierungspolitik und -programm.

Mit Unterstützung der Landesregierung laufen mehrere Modellversuche für flexible Arbeitszeit in Schichten; im Bundesrat hat Späth Ende 1983 flexible Arbeitszeit und mehr Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst verlangt. Auf neue Formen der Arbeitsorganisation – insbesondere unter Berücksichtigung neuer Informationstechnologie – wird hingewiesen: „Entkoppelung von Mensch-Mensch und Mensch-Maschine-Systemen“, man kann auch sagen, zunehmende Möglichkeit z.B. von Heimarbeit an Bildschirmen zu flexiblen Arbeitszeiten.

Späths Vorstöße in Sachen „familien- und frauenfreundlicher Gestaltung des Arbeitslebens“, „Generationsolidarität“ wären ein Stück weiter gekommen, denn „die zu erwartenden Tendenzen einer flexiblen Arbeitsgestaltung werden auch die Frage einer sozial sinnvollen Nutzung der Freizeit“ weiterbringen (CDU-Wahlprogramm). Vielfältige Grundlagen für die Senkung der Reproduktionskosten und damit für Lohnsenkungen durch die Kapitalisten werden geschaffen. Umgekehrt sind die Reproduktionsbedingungen bereits auf einem Niveau, daß für viele Teilzeitarbeit, Wechselschicht, Kinderbetreuung durch die Großeltern usw. der einzige Ausweg sind. Deswegen muß die Späthsche Konzeption zwangsläufig Anhänger finden, solange nicht ein grundlegendes Gegenkonzept entwickelt wird. Leider finden sich dafür auch bei der SPD praktisch keine Anhaltspunkte.

Quellenhinweis: Bericht der Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen“, Nov. 1983; Wahlplattform der CDU zur Landtagwahl 1984; Wirtschaftsförderungsprogramm Bad.-Württ., Jan. '84

den kann. Die Arbeitsgruppen wollen ihre Ergebnisse in Veröffentlichungen oder Arbeitsmaterialien verarbeiten.

Wir halten aber auch für nötig, daß die politische Opposition über die gemeinsame Erörterung der Aufgaben gegen die Reaktion hinaus einige spürbare Schritte unternimmt. Als Anknüpfungspunkte dafür erachten wir die Unterstützung der aktuellen Tarifbewegungen durch eine Bekämpfung der Kapitalistenabsichten nach einer „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse zwecks intensiverer Vernutzung der Arbeitskraft. Späth ist einer der Erfinder des Flexibilisierungskonzepts, er hat es propagiert, noch ehe die Kapitalisten in den Tarifverhandlungen damit gekommen sind. Der DGB hat die Ablehnung der „Flexibilisierung“ in seine Wahlprüfsteine aufgenommen, und die IG Metall wendet sich in ihrer Aktion „Unternehmer auf dem Prüfstand“ in den Betrieben dagegen.

Aktionswoche gegen die reaktionäre Ausländerpolitik

„Die Unterzeichnenden des ‚Frankfurter Appells‘ fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebenslagen garantiert ...“ vor allem: Die sofortige Rücknahme der diskriminierenden Vorschläge der Bund-Länder-Kommission „Ausländerpolitik“ (Zimmermann-Papier). Im Rahmen der Aktionswoche vom 10. bis 17. März finden zahlreiche Aktivitäten in verschiedenen Orten der BRD statt. Als Höhepunkt der Aktionswoche sind Demonstrationen und Abschlussskundgebungen in Westberlin, Köln, Stuttgart geplant, eventuell Hamburg, Frankfurt.

Nico, Du bist der baden-württembergische Vertreter in der Gruppe der Unterstützer des Frankfurter Appells.

Wie wird die Aktionswoche in Baden-Württemberg aussehen?

Nico: In Baden-Württemberg bestehen örtliche Vorbereitungsgruppen zur Aktionswoche bzw. finden Aktionen in folgenden Städten statt: Stuttgart, Heilbronn, Freiburg, Reutlingen, Tübingen, Mannheim, Ludwigsburg, Pforzheim, Tuttlingen, Ravensburg. In Stuttgart finden an jedem Tag Veranstaltungen oder Aktionen statt, z.B.: Samstag, den 10.3., von 10 bis 14 Uhr großer Infostand mit Straßentheater und Folkloregruppen. Bei der CDU-Veranstaltung um 14 Uhr kommt der Kohl in die Hanns-Martin-Schleyer-Halle, und da werden wir den Protest zum Ausdruck bringen gegen die Ausländervertreibungspolitik der CDU. Am Mittwoch, den 14. März, werden wir zwischen 13 und 15 Uhr vor den Ausländerbehörden protestieren, um 16 Uhr Pressekonferenz. Am Samstag, den 17.3., findet ab 11 Uhr die landesweite Demonstration in

DGB-Prüfsteine zur Landtagswahl in Baden-Württemberg

Der DGB empfiehlt den Arbeitnehmer/innen, durch ihre Wahl „aktiv“ Einfluß zu nehmen, „ob künftige Politik in Baden-Württemberg arbeitnehmerfreundlich sein wird oder nicht“. Dazu legt er Prüfsteine vor als seine „wesentlichen Forderungen ... an die neue Landesregierung sowie an die Parteien allgemein“. Kaum überraschend, daß der zentrale Punkt die Forderung nach „Arbeit für alle“ ist, zu verwirklichen durch Arbeitszeitverkürzung und ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm über 2,2 Mrd. DM. Damit sollen u.a. zusätzliche Stellen im Gesundheits- und Bildungswesen (10000 neue Lehrerstellen), bei der Gewerbeaufsicht, und auch bei Polizei und Justiz geschaffen werden. Von der Gründung einer Beteiligungsgesellschaft der öffentlichen Hand mit Landeskreditbank und Landesarbeitsamt als Gesellschafter, die gefährdete Betriebe zusammen mit der Belegschaft fortführen, verspricht er sich die Verhinderung von Betriebs-schließungen. Neben der Selbstfinan-



Demonstration des DGB gegen Sozialabbau 1982

zierung über geringere Ausgaben für Arbeitslose und mehr Steuereinnahmen sollen dafür auch „alle Erwerbstätigen“ durch einen Arbeitsmarktbeitrag zur Kasse gebeten werden.

Mit einem solchen Vorschlag legt der DGB nahe, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit finanzielle Opfer *aller* gerechtfertigt sind. Deutlich warnt er vor Flexibilisierungsbestrebungen, die einen „riesigen Verarmungsprozeß“ einleiten. Mit seinem Nein zu Teilzeit- und Heimar-

beitsplätzen, Job-Sharing und dem geforderten Verbot der Leiharbeit hebt er sich klar – und nicht nur an dieser Stelle – vom SPD-Programm ab. „Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu immer höherer Belastung des Arbeitnehmers führen.“ Deshalb will er im Rahmen einer Novellierung von Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungsgesetz Vetorechte „bezüglich Zeitpunkt, Art, Ausmaß und Tempo der Einführung der neuen Technologien“, unterläßt es aber leider, an dieser Stelle Forderungen nach definierten Leistungsbedingungen vorzutragen und damit zum Diskussionsgegenstand in der Öffentlichkeit zu machen. Wichtig sein Verlangen nach einer neuen AZO mit dem Ziel, die „gesetzliche Arbeitszeit den tarifvertraglichen Regelungen anzupassen“.

Darüberhinaus stellt er Forderungen zu den Komplexen: Mitbestimmung, Ausbildungsplätze, gleiche Rechte für Ausländer und ihre Familien, für besseren Arbeitsschutz, Chancengleichheit im Bildungswesen, dabei u.a. die „Wiederherstellung des Bafög, notfalls durch Länderegelung“, keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, auch nicht bei den Medien, und fordert die „Sicherung des Friedens“ u.a. durch Abrüstungsverhandlungen „mit dem Ziel, alte und neue ABC-Waffen aus unserem Land zu entfernen“. Dies sollten sich die „blockübergreifenden“ GRÜNEN zu Herzen nehmen. Die Kriegsgefahr liegt für den DGB jedoch im zufälligen technischen und menschlichen Versagen, eine Auffassung, die den Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen der Reaktion nicht gerade stärkt.

Auffallend ist, daß die Domäne der GRÜNEN, Umwelt und Natur, unüblicherweise völlig ausgeklammert ist. Dies läßt vermuten, daß die GRÜNEN von der Arbeiterbevölkerung isoliert werden sollen.

Sicher nicht ungefährlich ist es, wenn der DGB auf eine Kritik der Spätschen Mittelstandspolitik, die ein Potential rücksichtsloser Gegner der Arbeiterklasse zeugen soll, verzichtet, und unverständlich, daß er sich mit keinem Ton gegen Bestrebungen zum weiteren Abbau demokratischer Rechte und Ausrüstung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee äußert. In ihrem wirtschaftspolitischen Teil sind die Prüfsteine ansonsten durchaus geeignet, Arbeiterinteressen gegenüber den bürgerlichen Parteien zur Geltung zu bringen.

Stuttgart statt, um 12 Uhr die Kundgebung mit Redebeiträgen von Gewerkschaftlern und aus Vereinen.

Welche der zahlreichen Angriffe der CDU auf ausländische Arbeiter werden im Mittelpunkt der Aktionswoche stehen?

Nico: Im Mittelpunkt der Aktionswoche stehen die Themen „Familienzusammenführung, Abschiebung und Auslieferung, Asylrecht, Arbeitsplatz und Arbeitssuche sowie Wahlrecht“. Weil die Landesregierung hier Vorreiter der Reaktion bundesweit ist und weil wir uns auch im Wahlkampf befinden, setzen wir als Schwerpunkt den Erlaß der Landesregierung von 1981, der die Familienzusammenführung von Ausländern zunehmend verhindert. Schwerwiegend sind dabei u.a. folgende Bestimmungen:

- Kein Nachzug von Kindern über 16 Jahren, – Ehegattennachzug erst nach dreijähriger Dauer der Ehe, – Anwendung des Wohnraumerlasses, wobei auch nachzugsberechtigte Kinder im Heimatland mitgerechnet werden, – kein Nachzug von Kindern, wenn nur ein Elternteil in der BRD lebt. Inzwischen sind noch weitere, schärfere Bestimmungen in der Diskussion, wie z.B. die Begrenzung des Nachzugsalters auf sechs Jahre oder das Verbot des Ehegattennachzugs aus der Türkei. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim kommt 1982 zum Schluß, daß „Folter mit politischer Verfolgung nichts zu tun habe“. Hier wird den Asylanten das Leben systematisch erschwert: – Sammellager (obwohl sie nicht verpflichtend vorgeschrieben sind, hat Baden-Württemberg diese als Vorreiter eingeführt), – Arbeitsverbot, – Auszahlung der Sozialhilfe nicht in Bargeld. Und Späth ist stolz, daß die Asylanträge im letzten Jahr drastisch gesunken sind.

Das SPD-Landtagsprogramm verspricht, im Bundesrat auf ein neues Ausländerrecht hinzuwirken: „Ausländer, die dauerhaft bei uns leben wollen, haben Anspruch auf mehr Sicherheit, um eine langfristige Lebensplanung vornehmen zu können.“ Was hältst Du von diesen Vorstellungen. Wo endet bei der SPD die Gleichberechtigung?

Nico: Volle Gleichberechtigung bedeutet für uns: Aufhebung des Ausländergesetzes. Die SPD ist die Partei, die die Ausländergesetze eingeführt hat, und nun will sie gegen Zimmermanns Verschärfungen mit einem „neuen“ Ausländergesetz antreten.

Die Wahlprüfsteine des DGB fordern „gleiche Rechte für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien“. Welche Unterstützung der Aktionswoche soll von den Gewerkschaften eingeholt werden?

Nico: Die Gewerkschaften sind auf die ausländischen Kollegen angewiesen,

z.B. im Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Der Angriff auf die Ausländer ist doch auch ein Angriff auf die demokratischen Rechte und die Gewerkschaften. Deshalb muß man sich zusammenschließen und Schulter an Schulter kämpfen: gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung, für die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Personalausgleich.

Was ist bundesweit weiter geplant? Wie wird die Kampagne weitergehen und mit welchen Zielpunkten?



Späth berät sich mit „Führungskräften der Wirtschaft“. Bild: Verleger Klett, rechts Wirtschaftsminister Eberle.

Nico: Diese bundesweite Aktionswoche hat den Charakter, politisches Klima zu schaffen gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung. Nach gut unterrichteten Quellen wird die Bundesregierung im Frühsommer einen neuen Entwurf zum Ausländergesetz vorlegen. Wir verstehen diese Aktionswoche als Einstieg für weitere bundesweite Aktionen. Mit diesem Thema wird sich die Aktionskonferenz am 7./8. April in Frankfurt befassen. Es wird z.B. überlegt, ob ein „Stafettenmarsch“ im Frühsommer stattfinden sollte.

Für Einheitsfrontbemühungen zu den Kommunalwahlen!

Daß keine gemeinsamen Wahlbemühungen gegen die Reaktion in diesem Landtagswahlkampf zustande gekommen sind, ist eine traurige und der Lage der Dinge nicht angemessene Tatsache. Der BWK hält es für wichtig, daß gemeinsame Schritte in wichtigen Fragen der kommenden Wochen und Monate auch positive Ergebnisse für ein gemeinsames Vorgehen zu den Kommunalwahlen im Oktober 1984 zeitigen. So steht z.B. auch zu hoffen, daß die MLPD, von der man hört, daß sie zu den Kommunalwahlen kandidieren will, sich frühzeitig an gemeinsamen Anstrengungen beteiligt. – (rok, baf, sth, fr,

kuh)

Der „Grüne“ Späth: gewiefter Wahltaktiker, Konservativer neuen Typs oder was?

Lothar Späth hat gegenwärtig Pressekonjunktur. Nicht bloß wegen der Wahlen. Franz Alt in „Report“: „An diesem Politiker stimmen die alten politischen Klischees von rot und schwarz, von rechts und links sicher nicht mehr.“ (1) Ein grüner Schwarzer sei er, oder vielleicht auch ein schwarzer Grüner. Was Biedenkopf und seine „neue soziale Frage“ für die Gewerkschaften in den Siebzigern waren, soll Späth mit seinem Bündnis von Ökologie und Marktwirtschaft in den Achtzigern für die Grünen werden.

Zunächst stellt man überraschende Gleichklänge zwischen grüner Kapitalismuskritik und den Gesellschaftsutopien aus der Feder des angeblichen politischen Januskopfes Späth fest: „Nirgends steht geschrieben, daß die Aufklärung der Endpunkt der Philosophie, die Industriegesellschaft die Krone der Ökonomie und die 40-Stunden-Woche das Mindestmaß an Arbeit sei, dessen ein Mensch bedürfe.“ (2) Seine Alternativen? Statt „Aufklärung“ mehr ganzheitliche, wertbezogene Menschen- und Herzensbildung; statt starrer kollektivistischer Arbeitszeitregelung mehr Flexibilität, persönlichkeitsbildend, weil (nach frühem Feierabend) neue Felder sozialer Betätigung öffnend (z.B. freiwillige Sozialdienste für die unausgelastete Halbtagsfrau). Insofern nichts Neues. Was aber die „Industriegesellschaft“ angeht, erblickt Späth neue Ufer, die „postindustrielle Informationsgesellschaft“:

„... der Stellenwert der Arbeit wird sich erheblich wandeln. Für viele (*Herzvorh. d. d. Verf.*) wird die tägliche physische Arbeitsbelastung so verringert sein, daß es schlechterdings keinen Sinn mehr macht, „zu leben um zu arbeiten“. Da die Einkommensverhältnisse sich aber nicht in dem Maß weiterentwickeln, daß die Freizeit zu immer exotischeren Reisen oder aufwendigeren Hobbies genutzt werden kann, entwickelt sich ein Bedarf nach kreativen Tätigkeitsfeldern in der häuslichen oder kommunalen Umgebung ... Die einen werden dies in Form einer intensiven Hinwendung zur Familie tun, die anderen durch ... künstlerische Versuche, wieder andere durch Übernahme sozialpflegerischer oder umweltschützender Aufgaben ... (Es) entwickeln sich neue Berufsbilder – vom Informationsmakler bis zur Handwerkergemeinschaft, die in erster Linie Beratungsdienste zum Do-it-yourself verkauft, weil das traditionelle Leistungsangebot zu teuer geworden ist.“

(3)

Ob die Grünen oder ihre Wähler auf der Linie „arm aber glücklich“ wirklich für die CDU gewonnen werden können, kann hier offen bleiben. Daß die heute schon Armen, die dann zu den „wenigen“ gehören sollen, für die die Arbeit für die Kapitalisten immer noch den Lebenssinn ausmachen soll, in diesem Späth-Utopia das Schlaraffenland erblicken sollten, ist unwahrscheinlich und von Späth auch sicher nicht beabsichtigt.

Daß er jedoch seine science-fiction-Gesellschaft mit Energie und Tatkraft zu verwirklichen wünscht, steht fest: „Der erste Zeitraum, in etwa zu datieren bis 1995, konfrontiert uns mit Konfliktsituationen, die eindeutig übergangsbedingt sind. Von dem Maß, wie diese Konflikte bewältigt oder nicht bewältigt werden, wird der gesellschaftliche und individuelle Freiraum nach 1995 maßgeblich abhängen. Mit anderen Worten: In den nächsten 10 Jahren besteht ein starker politischer Steuerungsbedarf.“ (S. 54)

Was hier so leisetreterisch auf Katzenpfoten daherkommt, ist die Ankündigung der Verschärfung einer Sorte reaktionärer Politik, für die Späth als Vorreiter gilt: Reaktion auf der ganzen Linie, sei es bei der Ausländerpolitik oder dem Demonstrationsrecht. Und danach, in der „postindustriellen Informationsgesellschaft“? – „Die Politik muß in diesem Szenario einen wirtschaftlichen und institutionellen Grundrahmen sichern. Darüber hinaus ist sie als Innenpolitik weitgehend entbehrlich ... Pointiert gesagt: wir müssen bis zum Jahr 2000 für unsere innenpolitischen Probleme ein weitgehend sich selbst regulierendes und ausgleichendes System errichtet haben ...“ (S. 74 ff.) Dem Zukunftsdenker Späth mag dann nicht einmal mehr das erlaubt erscheinen, was heute als „pluralistische Demokratie“ und „Vielfalt der Interessen“ die Klassenherrschaft verschleiern soll. Wem hier mehr als nur Orwell und Friedhofsruhe einfällt, hat mindestens ins Schwarze getroffen. Ob Späth ein Grüner ist? Das sollte man am besten die Grünen fragen.

(1) In der Moderation zu einem Report-Beitrag von Hannelore Gaddatsch, „Lothar Späth – Vordenker der CDU oder Wolkenschieber“ am 1.11.83, Südwestfunk Baden-Baden (2) Lothar Späth, Vortrag aus Anlaß der 13. Bitburger Gespräche am 22.1.83 zu „Umweltschutz und Gemeinwohl“, S. 38. Die Seitenangaben der folgenden Zitate beziehen sich auf das unveröffentlichte Redemanuskript dieses Vortrags. Zu diesem Thema siehe auch: L. Späth, Ethische Anforderungen an Staat und Gesellschaft, Heft I der Schriftenreihe „Zukunft“ der Dräger-Stiftung, hrsg. v. L. Späth u. H. Dräger; L. Späth, Politische Mobilmachung – Partnerschaft statt Klassenkampf, 1976

Schwier verbietet GEW-Wandzeitung

Essen. Nachdem NRW-Kultusminister Schwier auf der Landesvertreterversammlung der GEW Anfang Februar die 35-Stunden-Woche für Lehrer strikt abgelehnt hatte, hat er jetzt das Aufhängen einer GEW-Wandzeitung zur 35-Stunden-Woche in den Schulen verboten. Schwier fordert anstelle der 35-Stunden-Woche für Lehrer Kürzung der Pflichtstundenzahl um eine Stunde und 4% Gehaltskürzung. Die GEW-Landesvertreterversammlung hatte die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich bekräftigt und Schwier mit Buh-Rufen und Pfiffen bedacht.

„Aussperrungsverbot“ auf Eis

Hamburg. Am 1.2. 1984 beantragte die Grün-Alternative Liste (GAL) in der Bürgerschaft ein Landesgesetz, das die Aussperrung von Arbeitern als Kampfmittel der Kapitalisten verbietet. Die GAL begründete den Antrag mit der Notwendigkeit, den Kampf für die 35-Stunden-Woche wirksam zu unterstützen. Die CDU war ge-

Das Bundespostministerium will 2000 Lehrlinge, nachdem sie ihre Lehre in technischen Berufen beendet haben, nicht weiter beschäftigen. Im Rahmen eines Jugendmonats führt die Deutsche Postgewerkschaft im Februar Protestaktionen durch und fordert die ausbildungsgerechte Übernahme (Bild). In Frankfurt prangerte die DPG an, daß von dem Teil der Jugendlichen, der übernommen wird, „fachliche und örtliche Mobilität“ verlangt wird und das Ministerium so diese Jugendlichen zwingt, jede Arbeit in jedem Ort der BRD anzunehmen.



gen den Antrag. Für die SPD sprach der Abgeordnete Rumpel, im Hauptberuf ÖTV-Sekretär. Man habe als SPD kein Vertrauen in ein gesetzgeberisches Verbot der Aussperrung, sondern vertraue auf die Stärke der Gewerkschaften, den Kampf um die 35-Stunden-Woche auch ohne gesetzliche Rückendeckung zu gewinnen. Dabei sei die SPD selbstverständlich für Aussperrungsverbot. Sprach's und plädierte für die Überweisung des Antrages in den Rechtsausschuß. Dort wird er nicht so schnell wieder herauskommen.

Nach neun Monaten U-Haft frei

Braunschweig. Überraschend wurden Rolf und Wolfgang am 3.2. nach knapp neun Monaten U-Haft vors Gefängnis gestellt. Die Behauptung des Staatsanwalts (StA) Reinhardt, die beiden hätten sich zu einem Explosionsverbrechen verabredet, ließ sich nicht mehr halten. Vor allem der Hungerstreik der beiden für ihre Zusammenlegung und die große Solidarität (über 50 Organisationen und Gruppen) haben die Freilassung bewirkt. Zu offen war der politische Charakter des Verfahrens geworden; mit „Gerechtigkeit“ hat die Freilassung nichts zu tun. Der StA hat Beschwerde eingelegt, weil ihm die Freiheit dieser politischen Gegner unerträglich ist. Sollte doch bereits die Haft die Identität der beiden zerstören und eine langjährige Bestrafung vorweg rechtfertigen. Staat und Justiz werden die Linke in Braunschweig mit diesem Verfahren nicht mundtot machen.

kursmasse abtreten. Im Vordergrund steht jetzt die „Retung der Arbeitsplätze“. Die IG Metall sammelt überregional. Nachdem erst ein Teil des Geldes direkt ausbezahlt wurde an die Arbeiter, wurde jetzt ein Verein gegründet, der mit Kapitalisten verhandelt, Betriebsteile zu übernehmen. Über den Verein der Mitarbeiter soll die Belegschaft beteiligt werden, die die bis jetzt gesammelten 40000 DM sowie Aufträge einbringt. Ein Unternehmensberater hat den profitablen Bereich Brikettierpressen übernommen, ca. 30 werden beschäftigt. Für den Hauptbereich Kranbau sucht die IGM Aufträge, u.a. von der Bundeswehr. Es heißt von Seiten der IGM, wenigstens das Vorgehen sei nicht einfach „Modellfall“.

Heuertarifverhandlungen gescheitert

Hamburg. Nachdem der Verband deutscher Reeder (VDR) auch in der 3. Verhandlungsrunde am 6.2.84 überhaupt kein Angebot vorgelegt hat, hat die Gewerkschaft ÖTV die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Die DAG will dies auch erklären, wenn die Reeder nicht bis 20.2. ein „verhandlungsfähiges Angebot“ vorlegen. Die ÖTV fordert für die rund 24000 Beschäftigten in diesem Bereich eine Heuererhöhung um 4,5% sowie einen Mindestbetrag zwischen 60 DM und 80 DM. Obwohl die Seeleute im letzten Jahr überhaupt keine Heuererhöhung bekommen haben, hetzt der VDR gegen die Forderung, daß sie „tiefgreifenden, nachhaltigen Schaden für die deutsche Seeschifffahrt“ bedeuten würde.

Nach Pleite Betrieb seit Wochen besetzt

Würzburg. Seit dem 21.12.83 halten die 120 Arbeiter der Fa. Gebr. Hofmann in Eibelstadt den Betrieb besetzt. Mit der Aktion wollen sie zum einen den Betrieb vor Ausräuberung durch die Gläubiger sichern und dadurch Lohnansprüche und Sozialplan. Zum anderen soll es ein Signal sein gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank (Hausbank der Firma) zahlte daraufhin auch die Novemberlöhne; die Arbeiter mußten allerdings ihre Ansprüche auf die Kon-



Mit einem seit dem Sturz des Faschismus beispiellosen autoritären Akt hat die italienische Regierung in geltende Tarifverträge eingegriffen: Per Dekret werden die Inflationszuschläge für 1984 auf höchstens 9 „Punkte“ begrenzt. Bei der von der Regierung „geplanten“ Inflation von 10% wären 10, bei der voraussichtlichen tatsächlichen Teuerung 12 Punkte fällig geworden. Die Lohnkürzung beträgt allein für 1984 163000 bzw. 224000 Lire (268 bzw. 368 DM). Die Regierung griff zum Dekret, nachdem sich der größte Gewerkschaftsbund CGIL mehrheitlich geweigert hatte, eine entsprechende Vereinbarung zu unterschreiben. Die sozialistische Minderheit in der CGIL (27%) und die zwei anderen Gewerkschaftsbünde CISL und UIL haben dagegen zugestimmt. Die Einheitsfront der Gewerkschaftsbünde ist darüber zerbrochen; die CGIL, in der seit Kriegsende Kommunisten, Sozialisten und andere Linke zusammenarbeiten, steht am Rande der Spaltung. An vielen Orten haben Vertrauensleutekörper einheitlich zu Demonstrationen und Streiks gegen das Dekret aufgerufen (Bild: Mailand). In Genua und Florenz kam es zu Generalstreiks.

ÖTV Hamburg: Kein Stellenabbau durch Rationalisierungsmaßnahmen

Hamburg. Die Beschäftigten in den Verwaltungen, insbesondere im Einwohnermelde- und Sozialbereich, müssen in den nächsten Jahren mit umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen über die Einführung von Datensichtgeräten rechnen.

Rund 200 Kollegen des Hamburger Einwohnermeldewesens sind in den nächsten Monaten von der Umorganisation betroffen. Die Streichung von 80 Planstellen beim Einwohnerzentralamt (EZA) ist schon vom Senat festgeschrieben.

Im EZA wird die Zentralkartei für alle Einwohner Hamburgs geführt. Sie ist eine personenbezogene, alphabetisch geordnete Handkartei, die nach Buchstabenblöcken in Einzelarbeitsplätze eingeteilt ist. In den untergeordneten Dienststellen, den Einwohnerämtern (EA) auf Stadtteilebene, wird die Kartei straßenweise geführt. Daneben werden weitere Dateien für periodisch anfallende Sonderaufgaben (z. B. Lohnsteuerkartenvergabe, Wahlen) geführt. Bisher wurde bei Veränderung der Personendaten, z. B. durch Neuankündigung, das vom Bürger handschriftlich ausgefüllte Formular von den Kollegen kontrolliert, bestätigt und mit einer von ihnen gefertigten Lochkarte an das EZA gesandt und dort verdoppelt. Ein Exemplar der Lochkarte blieb beim EZA, eines ging an das Einwohnermeldeamt zurück – alles umständliche, überwiegend manuelle Tätigkeiten. Die Umstellung mit Hilfe von Datensichtgeräten sieht jetzt das direkte Ablesen und Verändern der Daten im Zentralcomputer des EZA vor.

Im Gefolge der Umstellung wird es zu einer Verstärkung der Arbeitsteilung kommen. Nicht formularmäßig bearbeitbare Fälle werden als sogenannte „Schriftgutbearbeitung“ ausgesondert und einzelnen, erfahrenen Kollegen zugewiesen, die u. U. als einzige noch in den Genuß einer Höhergruppierung gelangen können. Einfache schriftliche und telefonische Anfragen werden andererseits auf eine Auskunftsstelle verlagert. Die dort Beschäftigten müssen dann nur noch ausschließlich Bildschirmarbeit leisten. Die Gefahr der Neubewertung der Arbeitsplätze in „einfache“ (Arbeit an Bildschirmgeräten, Auskunft) und „gehobene“ (Schriftverkehr) Tätigkeiten wird von den Kollegen zu Recht befürchtet.

Bis heute erfolgte von der Verwaltungsleitung noch keine besondere Prüfung wegen der Schädlichkeit der

Arbeit an den Datensichtgeräten; die Tarifbedingungen und -erfahrungen aus der Privatwirtschaft werden für ausreichend angesehen. Bezüglich der Räumlichkeiten erfolgte nur eine Ortsbesichtigung durch die Bauabteilung. Pro Person müssen acht bis zehn qm genügen, wobei einfach Abschnittsleiterzimmer und Frühstücksraum mitgezählt werden. Wie eng die Büromöbel gestellt werden müssen, ist alleine daraus ersichtlich, daß pro Schreibtisch Maße von 1,60 x 0,50 m und pro Tresen 3,00 x 0,50 m (Länge x Breite) angesetzt werden. Dazwischen werden die Bildschirmgeräte aufgestellt.

Als bisher einziges Bundesland hatte die Hamburger Senatsverwaltung bereits am 21.10.81 auf Druck der ÖTV einen Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Angestellten, die in der Verwaltung an Bildschirmarbeitsplätzen arbeiten, beschlossen. Da dieser Tarifvertrag aus gewerkschaftlicher Sicht heutzutage nicht einmal mehr notwendige Mindestbedingungen enthält, beschloß die ÖTV-Bezirkskonferenz Hamburg am 11.1.84 die Kündigung des Tarifvertrages zum nächstmöglichen Termin. Die Hamburger Regelungen sollen durch einen bundeseinheitlichen Tarifvertrag ersetzt werden.

Da die Mitbestimmungspflicht der Betriebs- und Personalräte bisher nur für einzelne Punkte der Rationalisierungsmaßnahmen und -absichten der öffentlichen Dienstherren gilt, gibt es auch fast keine direkten Eingriffsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung der neu mit EDV ausgestatteten Arbeitsplätze. So konnte in dem geschilderten



Umständliche manuelle Prüfungen der Einwohnerdaten in der Handkartei.

Beispiel des Einwohnermeldewesens sowie in den Bereichen der Bauämter, den Bauprüfungsabteilungen, den Katasterämtern und vor allem in den zentralen Schreibdiensten der Einsatz von Bildschirmgeräten und Schreibautomaten, verbunden mit Druckern und Arbeitsspeichern, nicht zurückgewiesen werden.

Die Personalräte aller sieben Hamburger Bezirksämter haben sich vorgenommen, genauestens um die Einhaltung der ÖTV-Mindestforderungen für Datensichtgeräte zu kämpfen: Keine Entlassungen und Herabgruppierungen! Keine Umsetzung gegen den Willen der Beschäftigten! Kein Stellenabbau! Keine Intensivierung der Arbeit! Regelmäßige fachärztliche Untersuchungen! Für abwechslungsreiche und qualifizierte Mischarbeitsplätze!

Um diese Forderungen tariflich abzusichern, führt die ÖTV zur Zeit auf Bundesebene mit der Arbeitgeberseite Verhandlungen über einen Tarifvertrag über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung. Die siebten Verhandlungen am 24./25.1.84 scheiterten. Die ÖTV gab daraufhin der Arbeitgeberseite eine Erklärungsfrist bis zum 17.2.84. In der darauffolgenden Woche wird die Große Tarifkommission der ÖTV weitere Schritte abstimmen.

– (veb)

Nixdorf

Lohnerhöhung gegen Arbeitszeitverkürzung

Paderborn. Für die Beschäftigten der Nixdorf-Computer AG wurden ab dem 1.1.1984 die Löhne und Gehälter „freiwillig“ um 3,5% erhöht. Doch nicht Sorge um die Reproduktionsbedingungen der Beschäftigten trieb den Kapitalisten zu dieser Maßnahme, sondern sie ist gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche gerichtet. Denn die Erhöhung wurde vorbehaltlich gezahlt. Sollte es in der laufenden Tarifrunde zum Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung kommen, „werden wir die in Ihren Bezügen enthaltene freie übertarifliche Zulage je Stunde Verkürzung der Wochenarbeitszeit um 2,5% der neuen Gesamtbezüge reduzieren“, heißt es in einem Schreiben an die Beschäftigten. Wer allerdings weiterhin 40 Stunden arbeiten will, für den soll der Vorbehalt fallengelassen werden. Unter den Beschäftigten ist dieses Spaltungsmanöver bisher auf keinen nennenswerten Widerstand gestoßen. Dies liegt sicherlich mit an dem niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad von 12% bei Nixdorf, aber auch die niedrige Lohntarifforderung der IG Metall erschwert eine Frontbildung gegen diesen Angriff auf das Tariffrecht.

Mit 3,3% liegt sie noch unter der erfolgten Erhöhung bei Nixdorf.

Betriebsräte und die IG Metall werfen Nixdorf Verstoß gegen das Tarifvertragsgesetz vor. Sie haben den Arbeitgeberverband Paderborn aufgefordert, „auf Nixdorf einzuwirken, daß diese schon eingeleiteten Maßnahmen zurückgenommen werden“.

Dies hat sich allerdings als Schuß nach hinten erwiesen. Nixdorf hat vom Arbeitgeberverband Schützenhilfe erhalten. Kapitalistensprecher Vockel äußerte sich dazu folgendermaßen: „Das Anleiten tarifunterwerfener Arbeitnehmer zu einem solchen Verhalten (sich nicht entsprechend der Tarifverträge verhalten) wäre gesetzwidrig“, aber trotzdem wird der Verband nicht tätig. Denn die Nixdorf AG habe glaubhaft gemacht, daß „von ihr solches Verhalten bisher nicht an den Tag

gelegt wurde und auch nicht beabsichtigt ist“. Schließlich wird Nixdorf hier an einem Punkt tätig, an dem der Gesamtverband Interesse hat. Nämlich der Beseitigung tariflicher Bestimmungen zugunsten individueller Regelungen. Für solches Engagement für Staat und Gesellschaft wurde Heinz Nixdorf im Januar die „Ludwig-Erhard-Medaille“ verliehen.

Der Bezirksleiter der IG Metall Kolks zu dem Vorgehen von Nixdorf: „Die Mitarbeiter mit detaillierten Lohn- und Gehaltskürzungen bei der Einführung der 35-Stunden-Woche zu erpressen, geht weit über die üblichen Anrechnungsvorbehalte der letzten Jahre hinaus.“ Um die Forderung der IG Metall zu stärken, haben die IGM-Betriebsräte den Kampf um die 35-Stunden-Woche in den Mittelpunkt der Betriebsratswahl gestellt. – (cfk)

Verfaßte Studentenschaft

Mit dem Strafrecht soll der AStA mundtot gemacht werden

Göttingen. Zwar ist es dem RCDS, der Studentenorganisation der CDU, zum nunmehr 16. Mal nicht gelungen, bei den Studentenparlamentswahlen in Göttingen zusammen mit anderen rechten Gruppen eine Mehrheit zu bekommen. Auch sind die Versuche der mit ihnen verquickten Burschenschaften, an der Universität öffentlich aufzutreten, vorerst gescheitert. Trotzdem oder gerade deshalb will die Reaktion jetzt die Lahmlegung der Verfaßten Studentenschaft als Organ studentischer Interessenvertretung in Niedersachsen durchsetzen.

Anfang Januar erklärte der AStA schriftlich gegenüber dem Präsidenten der Uni, daß er in Zukunft die gesetzli-

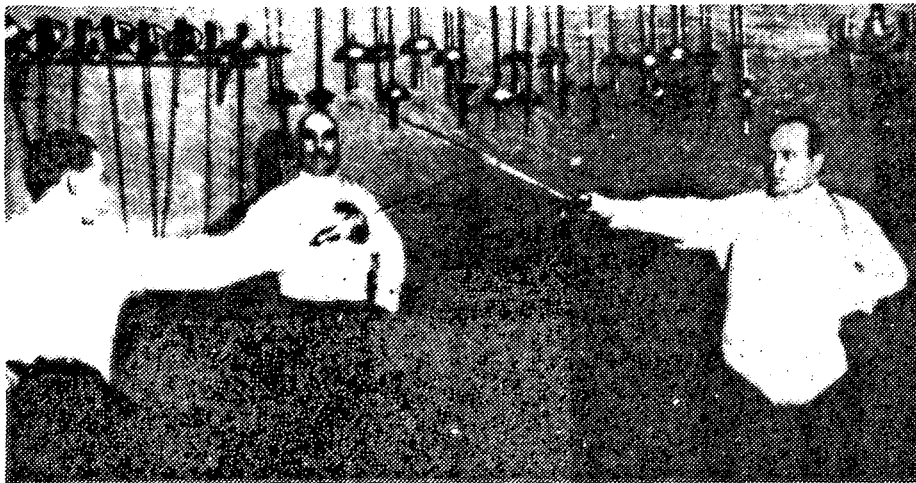
chen Bestimmungen einhalten wird und seine Stellungnahmen nur noch in Anknüpfung an hochschulpolitische Fragen abgibt. Ohne diese Erklärung wollte der Präsident 40000 DM Zwangsgelder (5000 DM Ordnungsgeld für jede Wahrnehmung einer politischen Äußerung), die in der Amtszeit der beiden letzten ASten aufgelaufen waren, vollstrecken lassen. Kaum war diese Erklärung abgegeben, erhob Anfang Februar die Staatsanwaltschaft Anklage gegen sieben ehemalige AStA-Referenten der Jahre 1980–1983 wegen Veruntreuung studentischer Gelder in Höhe von mehr als 20000 DM. Somit steht in Göttingen einer der größten Untreue-Prozesse gegen einen

AStA in Sachen Politisches Mandat bevor.

Nicht etwa, daß sich auch nur einer der Angeschuldigten mit einer Mark bereichert hätte. Die Anklageschrift wirft den Betroffenen vor, kriminell gehandelt zu haben, indem sie das getan haben, wofür sie gewählt worden sind, nämlich im AStA studentische Interessen zu vertreten. Die Finanzierung von Flugblättern, Plakaten, Filmen und Veranstaltungen aus Mitteln der Studentenschaft mit sogenanntem „allgemeinpolitischen Inhalt“ verstieße gegen den Aufgabenbereich des AStA nach § 50 Abs. 3 des niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG).

Im einzelnen listet die Anklageschrift 79 Fälle auf, in denen Gelder veruntreut sein sollen. Flugblätter zu Polizeieinsätzen und Prozessen, zu Hausbesetzungen, zum CDU/FDP-Regierungsantritt, Flugblätter und Plakate gegen einen Faschistenaufmarsch in Eschwege, Aufrufe zu etlichen Demonstrationen, Flugblätter zum Libanon, zur Türkei, Südafrika, Mittelamerika, eine Veranstaltung mit einem Sinn-Fein-Vertreter aus Irland. Unter Veruntreuung studentischer Gelder fällt ein AStA-Flugblatt, in dem Erhöhung des BAföG und Senkung des Rüstungshaushaltes gefordert wird, eine Dokumentation „Faschismus an der Georgia Augusta“ zum 50. Jahrestag der faschistischen Machtergreifung, der Abdruck einer Rede des ermordeten Erzbischofs von El Salvador, Romero, mit dem Titel „Die Inkarnation des Bösen und der Glaube an das Gute“ von der Fachschaft Theologie, ein Flugblatt der land- und forstwirtschaftlichen Fachschaften zur Produktionsgenossenschaft Bundschuh und gegen die Teststrecke von Daimler Benz. Schließlich wird auch ein Aufkleber mit der Aufschrift „Lieber ein Geschwür am After als ein teutscher Burschenschaftler“ wegen Veruntreuung von 36 DM verfolgt.

Wozu darf da ein AStA oder eine Fachschaft eigentlich noch Stellungnahmen abgeben? Wenn das Gericht im Sinne der Anklage entscheidet, dann ist die Verfaßte Studentenschaft auf kaltem Wege abgeschafft, bevor die CDU-Landesregierung noch das entsprechende Gesetzgebungsverfahren eingeleitet hat. Damit würde eine Entwicklung ihren vorläufigen Abschluß finden, die im Dezember 1981 damit begann, daß Teile der CDU die generelle Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft forderten. Aus der Zeit stammen die ersten Androhungen eines Zwangsgeldes für politische Äußerungen seitens des Universitätspräsidenten, die von 2000 auf 5000 eskalierten. Seit diesem Datum auch beschreiten Göttinger RCDS'ler und Burschenschaftler den gerichtlichen Klageweg und erstatten Strafanzeige, um die Ver-



Wir studentischen Zwangskörperschaftspflichtmitglieder haben 8 Markt AStA-Beitrag gezahlt. Damit macht die Behörde AStA antistaatliche Hetze. Dies ist zum Nachteil unserer Vermögensinteressen (nicht nur der 8 Mark!) und damit das Kriminaldelikt Untreue. Verletzt ist unser Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Am Ende hält man uns noch für Revolutionäre! (nach dem Bundesverwaltungsgericht)

tretungsorgane der Studentenschaft mundtot zu machen.

Im Zuge der Auseinandersetzung um Streik und Urabstimmung wegen der Stationierung der Mittelstreckenraketen versuchten RCDS'ler, gegen den AStA und die Fachschaften vorzugehen, indem sie beim Gericht den Streik für unzulässig erklären wollten, was allein deswegen nicht zustande kam, weil das Quorum für Streik nicht erreicht wurde.

Es hat sich ein Unterstützerkreis für die Angeklagten gebildet, dem alle fortschrittlichen Studentengruppen angehören. Unter dem Eindruck ziemlich verbreiteter Empörung hat sich sogar der bisherige Juniorpartner des RCDS, die Unabhängige Fachschafts-Offensive (UFO) vom RCDS distanziert und ist dem Unterstützerkreis beigetreten. Dieser fordert unter anderem die Einstellung der Prozesse und die ungehinderte Tätigkeit der Organe der Verfaßten Studentenschaft.

Bei dieser Auseinandersetzung mit dem Staat brauchen die Studenten Unterstützung. Obwohl der Staatsanwalt fast jede gegen den Staat gerichtete Stellungnahme als Untreue verfolgt, hat er alle Aufrufe des AStA zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen ausgespart. Er will keine schlafenden Hunde wecken. — (kek)

Hoesch Stahlwerke Spitzenposition bei Rationalisierung

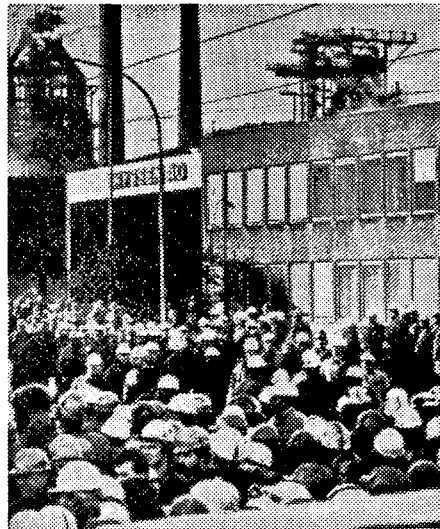
Dortmund. Vor drei Jahren noch galt Hoesch als der Pleitekandidat Nr.1 der westdeutschen Stahlmonopole. Inzwischen geht Hoesch dazu über, die Früchte der Rationalisierungsfeldzüge der letzten Jahre einzufahren. Ende letzten Jahres hat die Hoesch-Tochter Orenstein & Koppel 49,58% der Anteile der Maschinenfabrik PHB-Weserhütte gekauft. Während der Hoesch-Vorstand gegenüber der Hütten-Belegschaft zum Angriff auf den Sozialplan blies, konnte er für die PHB-Weserhütte ohne Schwierigkeiten 53 Mio. DM aufbringen. Dieser Kauf ist ein erster Schritt im Rahmen der Diversifizierungsabsichten von Hoesch-Chef Rohwedder, d.h. der weiteren Ausdehnung des Maschinenbau-Bereiches des Hoesch-Konzerns.

Grundlegend für diese Expansion ist die Tatsache, daß Hoesch in punkto Ausbeutung der Stahlarbeiter in den letzten Jahren selbst Thyssen überrunden konnte und heute eine Spitzenposition einnimmt. Von 1978 24600 Beschäftigten im Stahlbereich wurden annähernd 10000 abgebaut. Dadurch sparte Hoesch im Jahr rund 500 Mio. DM ein. Daß diese Einsparungen ver-

mehrte Schinderei bedeuten, zeigt die Entwicklung der Pro-Kopf-Rohstahlproduktion: Sie stieg von 207 t im Jahr 1978 auf 244 t 1982, während sie bei Thyssen von 230 t 1978 auf 212 t sank.

Um die Diversifizierungspläne und die Rationalisierung weiter vorantreiben zu können, hat der Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG am 10.2. der Ausgliederung des Stahlbereichs aus der Muttergesellschaft zugestimmt. Anders als bisher die Hoesch-Hüttenwerke und die Hoesch-Siegerland-Werke, die in einer Hoesch Stahl AG zusammengefaßt werden sollen, soll die Stahl AG als selbständige Gesellschaft funktionieren.

Gleichzeitig soll so erreicht werden, daß Hoesch die von der Bundesregie-



Duisburger Thyssen-Arbeiter protestieren gegen Entlassungspläne.

rung erwarteten Finanzhilfen auf absehbare Zeit nicht zurückzahlen muß. Hoesch erwartet allein 868 Mio. DM, 29% der insgesamt 3 Mrd. DM, mit denen die Bundesregierung die Umstrukturierung der westdeutschen Stahlmonopole subventionieren will. Zurückgezahlt zu werden brauchen diese Gelder nur, wenn die Empfänger-Gesellschaften Gewinne schreiben. Dies läßt sich durch die Bildung der Stahl AG leichter vermeiden.

Die weiteren Rationalisierungsabsichten — der Stahlbereich soll um noch einmal 1500 Beschäftigte verringert werden — werden ganz unnötigerweise noch dadurch erleichtert, daß der Betriebsrat der Kürzung des Sozialplans inzwischen zugestimmt hat. Ab 1.1.1984 werden die Lohnausgleichszahlungen von 93% auf 92% gesenkt, die Dynamisierung des Ausgleichs, d.h. die Anpassung an Lohnerhöhungen entfällt, bis der Ausgleich nur noch 87,5% beträgt. Zu befürchten ist, daß der Betriebsrat auch dem geplanten vorübergehenden Verleih von insbesondere Facharbeitern an andere Kapitalisten zustimmt. — (wof)

Ausbildungsprogramm Tarifverträge außer Kraft gesetzt

Braunschweig. Etwa 8000 Jugendliche hatten Ende 1983 in Niedersachsen keinen Ausbildungsplatz erhalten. Die Forderung des DGB für diese Jugendlichen, außerbetriebliche Maßnahmen auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes, d.h. mit in Tarifverträgen garantierten Rechten und Ausbildungsvergütungen, wurde von der CDU-Landesregierung abgelehnt. Kultusminister Oschatz machte die „z.T. sehr hohen Ausbildungsvergütungen“ verantwortlich. Schon bei 5000 Plätzen würden 85 bis 100 Mio. DM pro Jahr erforderlich sein.

Stattdessen wurde das „Ausbildungsprogramm Niedersachsen '83“, kurz apn, entwickelt. Ende letzten Jahres meldete das Landesarbeitsamt knapp über 3300 Teilnehmer, der Kultusminister selbst erwartet 5000. Der Schwerpunkt liegt auf kaufmännischen und Büroberufen. Offiziell, weil solche Plätze besonders von Mädchen nachgefragt würden, tatsächlich, weil es so erheblich billiger kommt als bei Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich. Maßnahmenträger, und damit Ausrichtung und Qualität der Ausbildung bestimmend, sind Privatschulen und Bildungswerke der Banken, Versicherungen usw. Die Kapitalisten können also die jugendliche Arbeitskraft ganz nach ihren Bedürfnissen zurechtbiegen, ohne dafür zu zahlen.

Die praktische Unterweisung wird meist in Blöcken in Betrieben durchgeführt, wobei die Schüler hier wie in der gesamten Maßnahme Schülerstatus haben. Damit setzt die Reaktion unter der Parole „Ausbildungsplätze schaffen!“ das Tarifvertragsrecht außer Kraft: Die Jugendlichen haben keine betrieblichen Vertretungsrechte, erhalten kein Ausbildungsentgelt und haben keinen Anspruch auf Leistungen der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Als „Aufwandsbeihilfe“ erhalten die Teilnehmer einheitlich 395 DM im Monat. So wird „Anspruchsdenken“ bekämpft, zumal die Voraussetzungen für apn mindestens BGJ bzw. Berufsfachschule oder Abitur sind.

Zugleich wird auf die richtigen Werte dressiert: Eigeninitiative — die Praktikumsbetriebe müssen selber gesucht werde; Mobilität — wer nicht gleich jeden Dreck nimmt, muß halt z.B. von Göttingen nach Emden; Konkurrenz — je nach schulischer Vorbildung wird in den Gruppen differenziert.

IGM und GEW haben apn abgelehnt, die DAG ursprünglich auch, inzwischen aber ist sie selbst Maßnahmenträger. — (ank)

Sozialer Wohnungsbau: Wohnmindeststandards weitgehend beseitigt

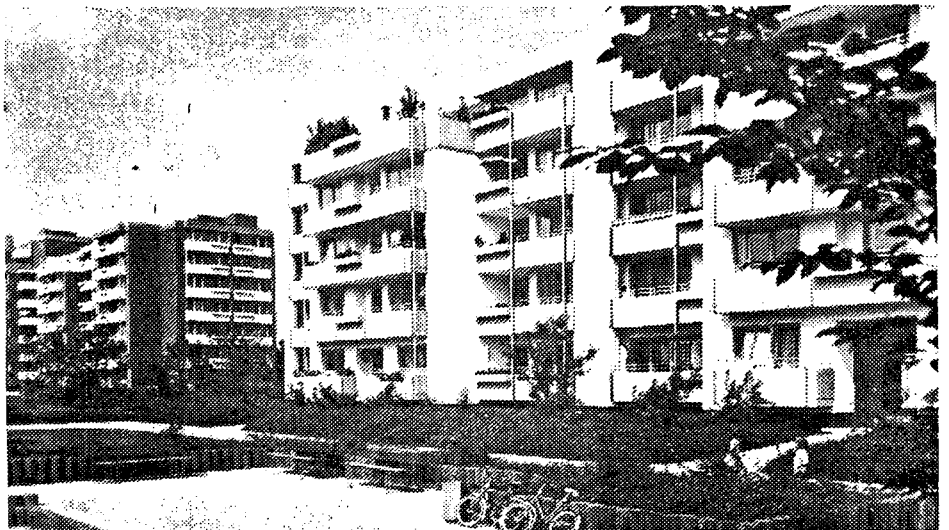
Braunschweig. Die CDU-Landesregierung Niedersachsen hat mit Runderlaß vom 1.11.83 fast alle Mindestbedingungen für den Bau von Sozialwohnungen zum 28.2.84 außer Kraft gesetzt. Bisher wurden nur Wohnungen gefördert, die 50 qm in der Regel nicht unterschritten (für Alleinstehende 40 qm, für Kinderreiche 85 qm), außerdem mußte das Wohnzimmer mindestens 20 qm groß sein (bei einer Person nur 18 qm), für jede weitere Person 1,5 bis 2 qm mehr, der Eßplatz mindestens 20 qm (18 qm für eine Person), das Kinderzimmer mindestens 12 qm (wenn nur eins vorhanden ist), sowie eine ganze Reihe sehr genauer Anforderungen an Mindeststellflächen, Spielplätzen, technischen Standards und vieles andere mehr. Zukünftig ist nur noch die Mindestgröße für Kinderzimmer mit 9 qm vorgeschrieben, sowie einige Angaben zu den Stellflächen und allgemeine Anforderungen. Gerade die Mindestbedingungen an „die Weiterentwicklung der Wohnansprüche“ (Runderlaß von 1978) wurden gestrichen, um auch Schlichtwohnungen fördern zu können. Die Landesregierung setzt damit auch die wenigen scheinbar im 2. Wohnungsbaugesetz gesicherten Mindestbedingungen weitgehend außer Kraft (§ 39 und 40).

Der aufgrund der verschärften Ausbeutung notwendige und erfolgreiche Kampf der Arbeiterbewegung um bessere Reproduktionsbedingungen führte in den 60er Jahren im sozialen Woh-

nungsbau zur Einführung technischer Mindestbedingungen, die bis Mitte der 70er Jahre schrittweise angehoben wurden. Sogar 1982 noch wurde in einer Studie über die auf 3,8 Mio. angestiegene Zahl der Schichtarbeiter, die mit ihren Familien fast ein Fünftel der Bevölkerung Westdeutschlands, ausmachen, offiziell auf deren erhöhte Wohnanforderungen gegenüber den bestehenden Mindeststandards hingewiesen (Bundesbaublatt 12/82, S. 863). Die erhöhten Anforderungen beziehen sich nicht allein auf den erheblich zu verbessernden Schallschutz, da bis zu 80% der befragten Schichtarbeiter an

Schlafstörungen leiden, sondern auch auf vergrößerte Wohnfläche und Ausstattung, da bis zu zehn Mal am Tag Mahlzeiten zubereitet werden müssen und Schichtarbeiter, Kinder und andere Familienangehörige voneinander isolierte, erweiterte Freiräume brauchen, um bei unterschiedlichem Tagesrhythmus genügend Entfaltungs- und Erholungsmöglichkeiten zu haben. Diese Tatsachen werden in den Fachdiskussionen gerne negiert, um die gesteigerten Wohnstandards als überhöht erscheinen zu lassen.

Aber das Hauptargument, mit dem die Standardsenkung betrieben wird, lautet: „Die sozialste Komponente ist in erster Linie nicht der hohe Standard, sondern die tragbare Miete.“ (Gespräch vom 30.9.81 beim Bundesbauminister) Da die Mieter die Mieten im sozialen Wohnungsbau der 70er Jahre nicht mehr zahlen können, weil die degressive Förderung eingeführt



Überzogene Standards bei Mietsozialwohnungen? Die Durchschnittsgröße beträgt ganze 62 Quadratmeter!

Wohngeld statt sozialer Wohnungsbau

„Weit besser wäre es freilich, wenn die Mieten im Sozialwohnungsbestand zügig an die Marktmieten angeglichen würden ... Diejenigen, die zur Zielgruppe der sozialen Wohnungspolitik gehören, könnten durchaus weiterhin in die Lage versetzt werden, sich Wohnraum zu tragbaren Belastungen zu verschaffen, wenn die Leistungen nach dem Wohngeldgesetz teilweise angehoben würden. Das wäre auch fiskalisch vertretbar, da mit dem weitgehenden Rückzug des Staates aus der Objektförderung Mittel frei würden ...

Der herkömmliche Sozialwohnungsbau könnte für einen sehr eng begrenzten Kreis von Wohnberech-

tigten, zum Beispiel Behinderte und Familien mit Kindern, fortgeführt werden. Auch wäre anzustreben, die Versorgung in erster Linie aus dem vorhandenen Bestand an Wohnungen sicherzustellen ...

Es wäre zu erwägen, dies dadurch zu erreichen, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, die bei einer Freigabe der Mieten für Sozialwohnungen Spielraum für eine neu definierte Aufgabe hätten, in begrenztem Umfang und unter Einschaltung der Kommunen zu einer Andienung gegenüber Mietern verpflichtet werden, die auf dem freien Wohnungsmarkt nicht zu zumutbaren Bedingungen zum Zuge kommen.“ (Jahresgutachten der Bundesregierung 83/84, S. 246 ff)

Dieses Konzept: Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus, dafür für

ganz wenige Mieter das Wohngeld ein bißchen anheben – wurde im Juni 1983 in München beschlossen als „Modellversuch“. Es ist mehr als nur ein Betrugsmanöver zur Einsparung von Kosten. Geworben wird damit, daß mit dem gleichen Aufwand, mit dem 340 Sozialwohnungen pro Jahr in München gebaut werden können, „für jährlich rund 23000 Haushalte eine angemessene Wohnungsvergorgung ermöglicht“ wird. Unter „angemessen“ wird 7 DM/qm und mehr verstanden!

Dazu ein Beispiel: Ein Zwei-Personenhaushalt mit einem Nettoeinkommen von 1200 DM und 616 DM Miete für eine 60 qm große Wohnung erhält bisher 79 DM Wohngeld im Monat, jetzt bekommt er durch die Zusatzförderung ganze 90 DM zusätzlich. Statt 331 DM hat jetzt jede Person 376 DM für den ganzen Monat zum Leben!

und der Lohn real gesenkt wurde, stellen sich jetzt die Politiker, die diese Maßnahmen durchgesetzt haben, scheinbar vor die unteren Einkommensgruppen, um ihnen zu „ihrem Glück“ zu verhelfen, indem sie jetzt auch den Wohnstandard senken. Richtig ist daran lediglich, daß aufgrund der Senkungen des Reallohns die Nachfrage nach mietgünstigem Wohnraum zunimmt und die untersten Einkommensgruppen nicht mehr in der Lage sind, auch nur die Anfangsmieten im sozialen Wohnungsbau von 5–7 DM/qm zu bezahlen. Sie weichen auf schlechte und kleine Altbauwohnungen aus. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Wohnung betrug in Westdeutschland 1978 81 qm, im sozialen Mietwohnungsbau aber trotz der hohen Mieten nur 61,9 qm. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person beträgt in Westdeutschland etwa 22 qm, aber im Sanierungsgebiet Köln-Mülheim/Nord wurden für deutsche Bewohner 8,5 qm und für die ausländischen Bewohner sogar nur 6,3 qm pro Person ermittelt.

Aber auch wenn eine Reallohnsenkung für die unteren Einkommensgruppen verhindert würde und wenn es gelänge, die bestehenden Mindeststandards im sozialen Wohnungsbau zu halten, wären die Wohnmindeststandards im sozialen Wohnungsbau nicht gesichert, weil die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus in vollem Gange ist. Der Bestand der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand ist von 25,8 (1968) auf 21,9% (1978) zurückgegangen. Inzwischen wurden durch die Zinsanhebungen und vorzeitige Rückzahlungen der Wohnungsbauförderungsmittel die Mietbindungsfristen teilweise aufgehoben, teilweise erheblich verkürzt. Die Mietbindung des

Aber selbst dies bisher nur, wenn sie zu den vier bis 14 Prozent der Sozialwohnungsberechtigten gehört, die überhaupt für höchstens drei Jahre einen Anspruch auf diese Leistung haben. Denn sie müssen mindestens fünf Jahre in München wohnen (sind 75%), über ein Jahr arbeitslos sein (16% der Arbeitslosen), überbelegt sein (20%), zu teuer wohnen (60%), mehr als 50 DM Anspruch haben (70%), tatsächlich eine Wohnung zum Umziehen finden (20%).

Mit anderen Worten: Glück haben, wenn sie zufällig alle Förderungsvoraussetzungen erfüllen. Innerhalb der drei Förderjahre müssen sie entweder ihre Einkommensverhältnisse so verbessert haben, daß sie die hohe Mietbelastung tragen können, oder sie müssen „auf weniger aufwendige Wohnungsteilmärkte ausweichen“.

größten Teils der Sozialwohnungen auch der 50er und 60er Jahre wird dadurch in den 90er Jahren auslaufen. Da aber 2,3 Mio. der 4 Mio. Mietsozialwohnungen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen gehören und deren Wohnungen (insgesamt 3,3 Mio.) ohnehin der Mietbindung an die Kostenmiete unterliegen, wird auch die Zukunft der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft erörtert. Ziel ist die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus bzw. die Aufgabe jeglicher Mietbindung. Das Wohngeld soll die Mieterhöhungsabsichten wieder einmal durchsetzen helfen (s. Kasten).

Quellenhinweis: Runderlaß v. 1.11.78 und 1.11.83; Baukostendämpfung: Dokumentation des Colloquiums am 22.6.82 in Bonn (Bundesbauminister); BDA-Forum 22.10.82, „Gemeinnützigkeit und Wohnungsbau“; Jahreshauptgutachten 83/84 des Sachverständigenrates vom 24.11.83, BT-Drs. 10/669; K. Dorhöfer, Erscheinungen und Determinanten staatlich gelenkter Wohnungsverordnung in der BRD, Berlin 1978, TU-Berlin; Neues Münchner Fördermodell für sozial schwache Mieter, Beschluß des Stadtrates vom 29.6.83 – (jeb)

Kernenergie Baustopp für das KKW Isar 2 bei Ohu

Regensburg. Am 16.1. entschied das Verwaltungsgericht Regensburg, der „Anfechtung der 1. Teilgenehmigung zur Errichtung des Kernkraftwerks Isar 2“ durch die Bäuerin F. Beck stattzugeben. Der Prozeß war mit Unterstützung des „Bürgerforums Landshut und Umgebung“ geführt worden. Mit dem Urteil wurde auch die Standortgenehmigung aufgehoben.

Auf die Einwendungen der Betreiber der Anlage, durch die Verzögerung des Baus würden ihnen Unkosten von monatlich 55 Mio. DM entstehen, entgegnete das Gericht, dies sei „das eigene wirtschaftliche Risiko, das unter keinen Umständen ... berücksichtigt werden darf“. Die Richter griffen vor allem an, daß die Genehmigungunterlagen völlig unübersichtlich seien und daß auch nicht ersichtlich sei, welche Unterlagen überhaupt geprüft und gebilligt worden seien. Vorwurf an das Bayerische Umweltministerium (Genehmigungsbehörde): Mit einer „unbestimmten Pauschalerklärung ... gibt sie (die Genehmigungsbehörde, d. Verf.) zu erkennen, daß sie den Inhalt des Genehmigungsbescheides, soweit er sich auf die Beschreibung des Genehmigungsgegenstandes bezieht, nicht überblickt“. Das Gericht kritisierte, daß die „Versagung der Öffentlichkeitsbeteiligung“ bei der Änderungsgenehmigung rechtswidrig sei. Wichtige Sicherheitsbestimmungen waren dort fallengelassen worden, u.a. die Ausschlagsicherungen an den Hauptkühlmittelleitungen und die Abschirmwände vor den Druckspeichern.

Bei dem Antrag der Klägerin auf „Aussetzung der sofortigen Vollziehung“ der atomrechtlichen Genehmigung stellte sich das Gericht die Frage, „ob eine sichere und möglichst billige Energieversorgung nicht mehr gewährleistet ist, wenn die Bauarbeiten erst in drei oder vier Jahren fortgeführt werden können“. Die Kammer verneinte dies. Die von den Betreibern errechnete Deckungslücke in der bayerischen Stromversorgung überzeugte das Gericht nicht. Die Richter ließen auch das Argument, daß das KKK 2 die Abhängigkeit vom Öl reduziere, nicht gelten, da „der Anteil des Öls bei der Stromerzeugung im abgelaufenen Geschäftsjahr nur noch 1,5% betrug“. Auch die Erklärung der Betreiber, durch Atomstrom werde die Energie billiger, erkannte die Kammer nicht an: „Gerade durch den Bau des KKK 2 wird Ende der 80er Jahre eine Überkapazität geschaffen, die sich auf die Kostenstruktur ungünstig auswirkt ...“. Die von den Betreibern angeführte Reduzierung von Schadstoffen durch Stilllegung von Kohlekraftwerken hielt der gerichtlichen Überprüfung nicht stand, da diese aufgrund der Abnahmepflicht für Kohle nicht stillgelegt werden können.

Gegen das Urteil haben das Bayerische Umweltministerium und die Bayernwerk AG Beschwerde und Berufung vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingelegt. Ihren Antrag, die Bauarbeiten einstweilig fortzusetzen, bis über diese Verfahren entschieden ist, lehnte das Verwaltungsgericht Regensburg am 13.2. ab.

Quellenhinweis: „Mündliche Begründung bei der Entscheidungsverkündung“ – (mpu)

Ausländer Abschiebepolitik gegen Ausländer in München

München. Die Stadtrats-CSU will den Ausländeranteil weiter senken. Bemängelt wird insbesondere die Quote der Nichterwerbstätigen (50%) und der Anteil von Ausländern an den Sozialhilfeempfängern (23%). Der Kreisverwaltungsreferent Gauweiler warnt vor der „Harlemisierung“ ganzer Stadtviertel, während Sozialreferent Stützle Heimat und Rasse bedroht sieht. Entsprechend ist die Ausländerpolitik des Stadtrats v.a. in den letzten zwei Jahren gekennzeichnet durch extreme Auslegung und Ausnutzung der Bonner Gesetzgebung. Die Aufenthaltserlaubnis wird für immer kürzere Fristen ausgestellt und zunehmend gar nicht erteilt – oft mit fadenscheinigsten Argumenten (z.B. „möglicher zukünftiger Konkurs der Firma“). Teilweise

wurden Antragsteller zur Verpflichtung genötigt, keine Angehörigen nachkommen zu lassen.

Generell wird unterstellt, daß Ausländer in ihren Anträgen unrichtige Angaben machen – weshalb ein Schnüffelapparat eingesetzt wird. So hat OB Kiesel das Kreisverwaltungsreferat angewiesen, nur in Ausnahmefällen von einer Überprüfung der Wohnverhältnisse von Ausländern durch das Wohnungsamt abzusehen; die Vorlage des Mietvertrags reicht also nicht aus. Die Zahl der Überprüfungen hat sich seit 1981 jährlich verdoppelt. Zwecks Ausforschung von „Datenfälschung“, „Scheinehen“ zwischen Türken und Deutschen etc. hat die Ausländerbehörde eine „Sonderkommission“ eingerichtet – auf Dauer und mit der Zielsetzung, Daten für aufenthaltsbeendende Maßnahmen zu produzieren. Im Zuge des „rechtlichen Gehörs“ wird dort verhört und werden gegenseitige Belastungen versucht.

Ein Fall von „Fälschung“ hat über 1000 Ausweisungen gebracht: Türkische Dolmetscher haben *ohne Wissen* der Antragsteller Meldedaten von nachgezogenen Kindern vordatiert, um eine Warteregung zu umgehen, die in keinem Merkblatt stand. Nicht nur die Antragsteller wurden ausgewiesen, sondern z.B. ein Vater, der Geld für die Bezahlung des teuren Dolmetschers gegeben hatte. Permanenter Druck soll hinaussekeln. So erhielten an die 1000 Asylbewerber, die schon lange in München wohnten, letztes Jahr die Aufforderung, sich im Lager einzufinden. Jetzt sieht Gauweiler in Zuzugssperren neue Eingriffsmöglichkeiten.

Quellenhinweis: Ausländerarbeit der Landeshauptstadt München und Vollzug des Ausländerrechts, Beschluß des Kreisverwaltungsausschusses vom 13.2.83; Informationen zur Ausländerarbeit, Hrsg. Koordinierungsgremium für Ausländerfragen in München – (kaz)

Schleswig-Holstein Chauvinistisches von der Kieler Schülerunion

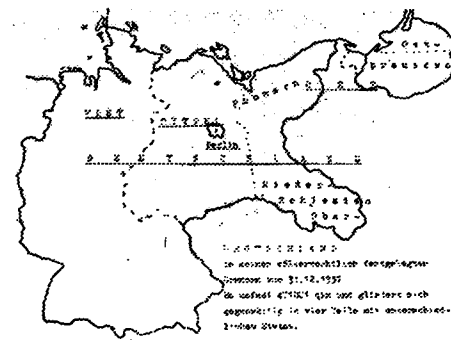
Kiel. Man ist das „Offenhalten der deutschen Frage“, das „Deutschland endet nicht an Oder und Neiße“ von Seiten der Reaktion schon fast gewohnt. Jetzt hat sich die Kieler Schüler Union mit einem eigenen Flugblatt zu dieser Frage geäußert, in dem sie alle Argumente der Reaktion zusammenfaßt.

Bezeichnenderweise entfahren ihr dabei einige Ergüsse, die „seriöse“ Reaktionäre so nicht zu äußern wagen – die Jung-Reaktionäre müssen wohl noch lernen, wie man Kriegsgeschrei hinter Phrasen von „friedvollem Nebeneinander“ verbirgt. So schreiben

sie denn aus der „Nationalzeitung“ des Herrn Frey ab:

„In der nationalsozialistischen Zeit wurden polnische Gebiete von Hitler (von wem?) geraubt. Es wurden auch Polen während der NS-Zeit getötet, allerdings töteten die Polen ebenfalls Deutsche 1945 ...“ „Wir“ sind also quitt – wenn ihr „uns“ „unsere“ Ostgebiete wiedergebt, heißt das.

Die Perversion, die Ausrottungspolitik der Nazis, der jeder fünfte polnische Staatsbürger zum Opfer gefallen ist, mit einigen Deutschen, die während des Vorrückens der sowjetischen und polnischen Truppen 1945 zu Tode gekommen sind, gleichzusetzen, wird den Schülerunionisten offenbar nicht bewußt.



Die „Deutschlandkarte“ aus dem Schülerunion-Flugblatt.

An anderen Stellen befinden sich die Artikelschreiber schon eher auf dem Boden der freiheitlich-grundordnungsmäßigen Reaktion. Sie argumentieren etwa, man dürfe eine DDR-Staatsbürgerschaft niemals anerkennen, weil „wir“ sonst einen „geflüchtete(n) Mitteleutschen“ ... „als Ausländer abschieben ... müßten“ – weil „wir“ das ja mit allen Ausländern machen „müssen“.

Auch daß sich diese jungen Reaktionsäre (die im übrigen den Namen DDR nie ohne die bekannten Tüttelchen schreiben) gegen die Verwendung des „abwertende(n) Kürzel(s) „BRD““ wenden, erfreut nicht nur offene Faschisten. Schließlich fordern sie, die Geschichtsklitterung, die sie als „deutsche Fragen“ bezeichnen, verstärkt in den Schulen zu behandeln und fangen mit dem Abdruck des Deutschlandliedes an, in dieser Richtung wirksam zu werden. Insgesamt zeigt das Flugblatt eine gewisse Naivität, die die Junge Union dazu bringt, Dinge auszusprechen, die sich taktisch klügere Reaktionäre lieber nur denken. Dennoch mag es durchaus auf Schüler, deren Kenntnisse der deutsch-polnischen Geschichte nicht allzu groß sind einen gewissen Eindruck machen und für die Rekrutierung weiteren Nachwuchses der Reaktion tagen. – (hgh)

Neo-Nazis Kandidatur zu Kommunalwahlen in Würzburg

Würzburg. Zu den bayerischen Kommunalwahlen am 18. März wollen in Würzburg die Neo-Nazis der verbotenen ANS/AAR mit einer schnell neu gegründeten Liste „Unabhängiger Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit“ (UWK) kandidieren.

In Würzburg existiert seit 1978 der zweitälteste ANS-Verband „Traditionsgau Mainfranken“ mit ca. zehn Mitgliedern. Sie rekrutieren sich aus der Wiking-Jugend und der Jugendorganisation der NPD. Vor dem ANS/AAR-Verbot wollte der „Gauführer“ Jürgen Bock mit einer AAR-Liste kandidieren. Schon am 29.12.83 kündigte der ANS-„Führer“ Kühnen auf einer Pressekonferenz in Würzburg die Zusammenziehung „aller Kräfte“ an. Der UWK wurde gegründet mit gleichen Kandidaten und fast identischem Programm; nur die Forderung nach Aufhebung des NSDAP-Verbots wurde weggelassen. Sie war ein Verbotgrund gewesen.

Programmatisch wendet sich der UWK gegen „Umweltzerstörung, Ausländerflut und fortdauernden Kulturzerfall (Negermusik)“, Propagandaschwerpunkt auf der Straße ist die Ausländerhetze, mit der die Faschisten hoffen, die erforderlichen 200 Unterschriften zusammenzukratzen. Die Forderungen decken sich mit den offiziellen Regierungsplänen: Abschiebung von Arbeitslosen, Verschärfung der Asylgesetze, Aufenthaltserlaubnis nur mit zweijähriger Gültigkeit.

Seit Anfang des Monats leitet Kühnen persönlich mit einigen norddeutschen Faschisten den mit Terror gemischten Wahlkampf. Im Autonomen Kulturzentrum drohte er in Begleitung seiner Schlägerbande, der nächste „Besuch“ werde nicht mehr so glimpflich abgehen, wenn die massive Gegenpropaganda nicht eingestellt werde.

Betont langsam rückte die herbeigerufene Polizei an und kam erst herein, als Kühnen ging. Dagegen löste sie einige Tage vorher sofort eine Fahndung aus, als vier Punkter den Nazis mit einer Gaspistole auf die Pelle rückten.

Eine breite Aktionseinheit aus Jusos, DKP, Grünen, Volksfront, GEW u.a. verteilt Flugblätter, macht Info-Stände und fordert mit einer Unterschriftensammlung den Wahlausschuß auf, die Neo-Nazis nicht zur Wahl zuzulassen. Aktivster Teil sind die Punkter, die während der ganzen Wochen in der Stadt Flugblätter verteilen, von den Faschisten deshalb auch heftig attackiert werden. – (diw)

Wo nicht fast kostendeckend gefahren werden kann, sei eigentlich kein Bedarf

Friedrichshafen. Frage: Inwieweit seid ihr auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen?

Thomas (Schüler): Ich wohne in Eriskirch und fahre täglich sieben km mit dem Bahnbus zum Wirtschaftsgymnasium nach Friedrichshafen. Ich fahre morgens 6.30 Uhr los, bin 6.45 Uhr am Stadtbahnhof und gehe dann noch ca. eine Viertelstunde bis zur Schule. Um 7.15 Uhr beginnt die Schule.

Frage: Warum so früh?

Thomas: Man sagt, die Schulanfangszeiten seien extra vorverlegt worden, damit die Busse für Berufstätige und Schüler nicht zweimal fahren müssen. Aber genaues weiß ich nicht. Wenn ich mal die erste Stunde frei ha-

Ich fahre mit meinem Vater und im Sommer mit dem Rad. Obwohl St. Georgen ein Stadtteil von Friedrichshafen ist, zu Fuß ca. eine halbe Stunde von der Innenstadt entfernt, fährt dorthin nur der Bus nach Tettang, und das auch nur alle Schaltjahre.

Frage: Ihr habt den Rufbusprobetrieb mitverfolgt. Was ist gut am Rufbus, was ist schlecht?

Walter: Der Rufbus ist einiges besser, weil er die am Rande liegenden Stadtteile direkt verbindet. Mit dem Bahnbus mußte ich immer erst, wenn ich von Manzell nach Jettenhausen wollte, in die Stadt zum Bahnhof fahren. Konnte dort, wenn es schlecht lief, eine halbe Stunde warten, bis ein Bus nach Jettenhausen rausfuhr. Mit dem

jetzt besser, seit ein Teil des Rufbusses auf Linienbetrieb umgestellt wurde, und auch die Fahrtenwünsche einer bestimmten Linie zugeordnet werden. Der Bus macht jetzt höchstens noch kleine Umwege, um Leute mitzunehmen.

Margit: Ich wäre froh, wenn der Rufbusprobetrieb auch auf St. Georgen ausgedehnt worden wäre. Denn was einmal eingeführt worden ist, kann nicht so schnell wieder abgebaut werden. Aber wie es jetzt aussieht, bleibt die Verbindung so beschissen, wie sie ist. Im Jugendhaus haben wir Unterschriften gesammelt, daß wenigstens um 10 Uhr, wenn das Jugendhaus dicht macht, ein Bus Richtung Tettang fährt.

Walter: Beim Rufbus war eine entscheidende Verbesserung, daß er auch spät abends fährt. Die letzte Fahrt muß um 22 Uhr 40 angetreten sein.

Frage: Lagen diese Verbesserungen an der speziellen Rufbustechnologie, oder hätten sie auch durch einen Ausbau des Linienbetriebes erreicht werden können?

Thomas: Sicher könnten die Verbesserungen auch mit dem Linienbus durchgeführt werden. Es müßten mehr Haltestellen eingerichtet werden und der Bus in einem Takt von einer halben, aber mindestens dreiviertel Stunden fahren.

Frage: Das Verkehrsministerium in Bonn erklärt, das Rufbusprojekt sei gescheitert, weil damit nie Kostendeckung erreicht werden könne.

Walter: Kostendeckung nur mit enormen Fahrpreiserhöhungen. Noch mehr wären gezwungen, sich ein Auto zuzulegen, noch mehr Luftverpestung, usw. Das ginge vor allem gegen Jugendliche und Alte, die sind unbedingt auf den Nahverkehr angewiesen. Und es geht gegen alle, die sich kein Auto leisten können, das wäre also äußerst unsozial.

Thomas: Volle Kostendeckung ist sicher auch beim Linienbetrieb nicht möglich. Das müßte man mal genauer analysieren. Aber sicher liegt im Bodenseekreis die Unterdeckung auch an der Lage. Friedrichshafen direkt am See und dahinter ein riesiges Hinterland. Ich stelle mir vor, daß in Ballungszentren eine gute Kostendeckung erreicht werden kann. Damit könnte dann die Unterdeckung in ländlichen Gebieten ausgeglichen werden. Im Bodenseekreis müßte man sicher wieder bessere Aufklärung und Werbung betreiben, wie anfangs beim Rufbus.



Manchmal kann man eine halbe Stunde warten, bis der Anschlußbus kommt.

be und pünktlich zur zweiten da sein will, muß ich auch schon um halb sieben losfahren, sonst komme ich zu spät.

Walter (Bäckerlehrling): Natürlich fährt um drei Uhr morgens noch kein Bus. Ich fahre die sieben km immer mit dem Rad. Das ist bei Regen ganz schön beschissen. Den Rufbus benütze ich, wenn ich nachmittags nach der Arbeit noch etwas unternehmen will. Z.B. gehe ich fast jeden Dienstag ins Jugendhaus.

Margit (Lehrling): Ich wohne in St. Georgen und bin froh, daß ich zur Arbeit nicht auf den Bus angewiesen bin.

Rufbus fahre ich direkt, das spart natürlich viel Zeit.

Thomas: Als der Rufbus eingeführt wurde, wohnte ich noch in der Vorstadt. Gut war, daß es viele Haltestellen gab und man nicht kilometerweit laufen mußte. Gut war auch, daß man sich jederzeit einen Bus rufen konnte. Schlecht war, daß man manchmal elendlang warten mußte, bis der Fahrtenwunsch entgegengenommen wurde und bis dann ein Bus kam. Oft auch noch unpünktlich.

Walter: In der ersten Rufbuserprobung mußte man manchmal ganze Stadtrundfahrten mitmachen. Das ist



Entgegennahme von Fahrtwünschen in der Steuerzentrale mit Eingabe in den Rechner.

Mehr Fahrgäste gewinnen, das würde auf jeden Fall auch den Kostendeckungsgrad heben.

Frage: Volle Kostendeckung hieße auch weitere Erhöhung der Fahrpreise. Wäre das zumutbar?

Margit: Das ginge auf keinen Fall. Ich zahle jetzt schon zwei DM, wenn ich in die Innenstadt will.

Walter: Auch für den Rufbus muß man jetzt den gleichen Tarif, wie für

den Bahnbus zahlen. In der ersten Zone 2 DM, in der zweiten 2,40 DM. Das ist schon arg viel.

Thomas: Ich zahle jetzt schon 41 DM für die Monatskarte, nachdem die Bahn im Januar von 34 DM erhöht hat. Aber mit dieser Monatskarte darf ich nur auf der Strecke zwischen Wohnung und Schule fahren.

Frage: Was meint ihr dazu, daß Direktflugverbindungen nach Stuttgart, Zürich, Berlin, Bremen jährlich mit 600000 DM subventioniert werden, aber möglichst der Zuschuß für den öffentlichen Nahverkehr gestrichen werden soll?

Thomas: Diese Direktflugverbindungen sind für den normalen Menschen Unsinn. Das ist nur gut für die Industrie. Und die könnte soviel für den Flug zahlen, daß die Kosten abgedeckt sind.

Walter: Es ist ganz klar, daß Dornier und ZF, die auch für die Meeresforschung produzieren, scharf darauf waren, daß ein Direktflug nach Bremen geht. Also wenn das subventioniert wird, ist es berechtigt zu fordern, daß ein halbwegs anständiger Nahverkehr subventioniert wird.

Margit: In Konstanz z.B. wird mit dem Gewinn aus dem stadt eigenen Fahrbetrieb der Nahverkehr subven-

tioniert. Friedrichshafen ist eine der reichsten Städte in der BRD, weil sie die zwei Betriebe ZF und Zeppelin Metallwerke besitzt, die ihre Gewinne in die Zeppelinstiftung abführen. Aber statt einen anständigen Nahverkehr zu finanzieren, bauen die doch lieber diesen protzigen Kongreßpalast.

Frage: Wie müßte eurer Meinung nach der Nahverkehr aussehen?

Walter: Gut wäre ein Linienverkehr wie jetzt zur Innenstadt, bloß häufiger und Rufbusverbindung zwischen den einzelnen Stadtteilen.

Thomas: Die Beibehaltung des Rufbusses, wenigstens in einigen Bereichen wäre notwendig, weil mit diesen Kleinbussen auf den unterschiedlichen Bedarf reagiert werden kann. Das wäre z.B. für das neue Berufsschulzentrum sehr wichtig. Im Sommer fahren sehr viele mit dem Fahrrad. Aber im Winter käme es auf das Wetter an, wieviele einen Bus brauchen. Der Fahrer müßte dann je nach Bedarf, also wieviele Leute dastehen, neue Busse anfordern können. Es wäre z.B. gut, wenn wir zwei Hohlstunden hintereinander haben und in die Stadt wollen, wenn wir dann ab einer gewissen Personenzahl, sagen wir fünf oder sechs Leute, einen Rufbus anfordern könnten.

Namen wurden geändert - (anh, jük)

„... realistisch am tatsächlichen Bedarf orientiert ...“

Als 1977 mit dem Rufbusprobebetrieb im Bodenseekreis begonnen wurde, erklärten die Rufbus GmbH (die Betreiberin), die Firma Dornier (die das System entwickelte) und das Bundesforschungsministerium (das die Erprobung fördert): Mit Rufbus kann endlich auf die Bedürfnisse der Bevölkerung eingegangen werden. Der Zulauf blieb auch nicht aus.

Der Nahverkehr im Bodenseekreis war bis dahin fürchterlich dürrig und schließlich erschien es sehr praktisch, jederzeit einen Bus anfordern zu können, der einen ohne Umsteigen ans Ziel bringt. Doch bald traten die ersten Schwierigkeiten auf. Der Rufbus wurde bekannt als Reiseunternehmen in Sachen Stadtrundfahrten und der Satz „wenn Regen und Markt auf einen Tag fallen, bricht das System zusammen“, wurde sprichwörtlich. Die Rufbus GmbH erklärte dann, die Leute sollten doch bitte Verständnis dafür haben, daß eine nagelneue Technik noch etwas unausgereift sei. Daß es schlichtweg an den zu wenigen Bussen lag und daran auch die raffinierteste Raumfahrttechnik nichts ändern würde, verschwieg man tunlichst. Es war ja ein Teil des Erprobungsprogramms,

mit weniger Bussen, als im Linienbetrieb je möglich, auszukommen.

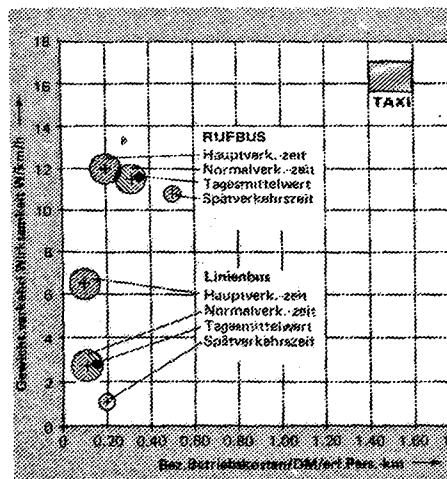
Die Leute hatten Verständnis, denn trotz der Schwierigkeiten war der Rufbus besser, als die magere Bahnbusversorgung. Mit viel Aufwand wurde dies auch vom Batelle-Institut in Fahrgastbefragungen festgehalten und als Bestätigung ausgegeben, daß die Bevölke-

rung die neuartige Technologie akzeptiert. Das ganze wurde als besonders fortschrittlich, als „Einbeziehung der Bevölkerung“, ebenfalls vom Bundesforschungsministerium finanziert.

In der zweiten Erprobungsphase setzte man nicht etwa mehr Busse ein. Es wurde großteils auf Linienbetrieb umgestellt und die Fahrpreise drastisch erhöht. (s. Stichwortseite) Die Fahrgäste blieben weg, was das Landesministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr hämisch als Beweis nahm: Wir haben doch schon immer gesagt, „daß der tatsächliche Bedarf an Nahverkehrsleistungen im ländlichen Raum oft überschätzt wird“.

Der Vorschlag: Linienbetrieb à la Hohenlohemodell (s. Stichwortseite), allerdings um noch einiges ausgedünnt, so daß kleine Orte nur viermal am Tag angefahren werden. Das wäre dann fast 100% kostendeckend.

Lawinenartige Kapitalkonzentration der Maschinenbauindustrie führte zur Zusammenballung der Arbeitsstellen in Friedrichshafen. Die letzte Kreisreform brachte Zentralisation der Behörden, die Schulreform Konzentration des Schulwesens in Friedrichshafen und Tettnang. Aber ein Nahverkehrssystem, das die Folgen etwas erträglicher macht, sei zu teuer.



Dornier rechnete mit eifrig fahrenden, aber gedulden Leuten.

Rufbus

Die Idee: Der Bus fährt nicht nach einem Fahrplan auf einer festen Strecke. Der Bus wird über Telefon, speziell dafür



Im Rufbusbetrieb fahren 14-stitzige Kleinbusse.

eingerrichtete Rufsäulen oder Dauerauftrag angefordert. Der Auftrag wird von den Telefonistinnen entgegengenommen und über Computer einem bestimmten Bus zugeordnet. In den Bussen sind kleine Terminals, über die der Fahrer den Befehl erhält, welche Strecke er fahren muß.

Der Rufbus fährt:

Mo – Sa: 6.30 bis 22.45 Uhr

So: 8.00 bis 22.45 Uhr

Im Linienbetrieb:

Mo – Sa: 6.30 bis 9.00 Uhr

Mo – Fr: 15.00 bis 19.00 Uhr
halbstündlich, nach Markdorf stündlich.

Fahrpreise (in DM)

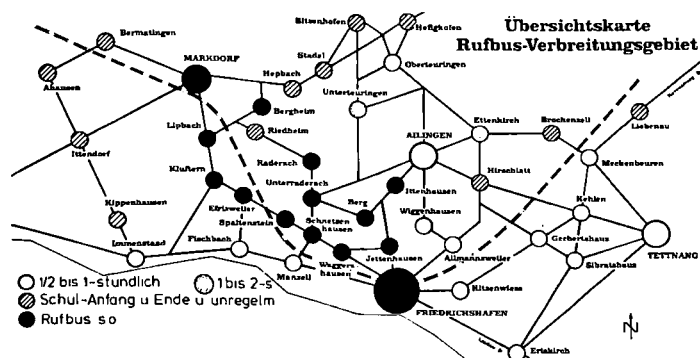
Richtung	A	B	C
Innenstadt (bis 5 km)	1,60	37,00	31,00
Schnetzhausen (5 km)	2,00	42,00	35,00
Kluftern (10 km)	2,30	67,00	50,00
Lippbach (11 km)	2,60	74,00	55,00
Markdorf (15 km)	3,00	88,00	66,00

A = Einzelfahrschein für Erwachsene, Kinder von 4 bis 10 Jahren die Hälfte. Mehrfahrkarten gibt es nicht.

B = Erwachsene, Monatskarte

C = Schüler Monatskarte

Nachdem beim ersten innerstädtischen Rufbusprobebetrieb Lock-Fahrpreise von 1 DM verlangt wurden, sind die Fahrpreise jetzt der km-Staffelung der Bundesbahn angepaßt.



Nahverkehr der Stadtwerke Konstanz

Die Stadtwerke sind ein stadteigener Betrieb. In die zwei Hauptrichtungen fahren Busse von 5 Uhr bis 21 Uhr viertelstündlich, dann bis 24 Uhr halbstündlich. Sonntags erst ab 12 Uhr viertelstündlich. Die anderen Linien werden von 5.30 Uhr, bzw. 6.30 Uhr alle halbe Stunde bedient. Bis 24 Uhr werden verschiedene Linien zusammengefaßt und stündlich befahren. Der längste Weg, den man zu einer Haltestelle gehen muß, ist 400 m.

Eine Fahrkarte, gültig für das gesamte Netz, kostet im 40er Mehrfahrtenblock 90 Pf., für Kinder 50 Pf. Die Monatskarte für Erwachsene kostet 49 DM, für Schüler 31 DM, mit eingetragener Strecke von der

Wohnung bis zur Schule 18 DM.

Der Busbetrieb ist zu 72% kostendeckend. Konstanz hat kein Hinterland, nur vier Orte außerhalb müssen angefahren werden. So kommt ein günstiger Schnitt von zahlenden Fahrgästen und gefahrenen km und eine für die Fahrpreise relativ hohe Kostendeckung zustande.

Die 1,6 Mio. DM Unterdeckung werden aus dem Gewinn des stadteigenen Fahrbetriebes zugeschossen. (Jahresumsatz: Bus 5,9 Mio. DM, Fähr 14,6 Mio. DM) Da der Busbetrieb stadteigen ist, seien Fahrpreiserhöhungen höchstens alle zwei Jahre und dann nicht mehr als zehn Prozent politisch durchsetzbar.

Nahverkehrsmodell Hohenlohekreis

Seit 2. September 79 läuft im Hohenlohekreis parallel zur Rufbuserprobung ein Modell mit reinem Linienbetrieb, das auch zum Ziel hat, die volle Kostendeckung im ländlichen Nahverkehr durchzusetzen. Während der Erprobung wurde die Zahl der Linien von 47 auf 39 reduziert. Samstags fahren nur noch 28 statt bisher 40 Linien und sonntags nur noch neun statt zwölf. Die Zahl der ständig eingesetzten Busse wurde von 75 um 14% auf 65 gedrückt. Es werden nur noch 80% der Wohnplätze mit Nahverkehr bedient, sonntags nur noch 30%. Die kleinen Orte

werden nicht mehr angefahren.

Während der Erprobung wurden die Fahrpreise im Schnitt um 44% angehoben, am stärksten bei den Monatskarten. Der Einzelfahrschein für eine von fünf Zonen kostet jetzt 1,50 DM, die Monatskarte 50 DM. Mit diesen Ausdünnungen und Fahrpreiserhöhungen wurde die Kostendeckung von 71,2% auf 84,3% gesteigert. Bei einem Jahresumsatz der Busbetriebe von 9,8 Mio. DM muß der Kreis 1,5 Mio. DM zuschießen. Dazu erhält er vom Land einen Förderbetrag von 266000 DM.

Einschränkung der Mittel für den Nahverkehr

Die Verkehrsministerien von Bund und Baden-Württemberg wollen, daß künftig die Landkreise die Verantwortung für den Busnahverkehr tragen, aber nicht als eigenständige Verkehrsunternehmen auftreten. Sie sollen die Beförderungsleistung gegen Zahlung einer Kilometer-Pauschale von der Bundesbahn und verstärkt von privaten Busunternehmen, die die Bahn in der Kilometer-Pauschale noch unterbieten können, ankaufen. Die Landkreise koordinieren die Fahrpläne und legen die Fahrpreise fest.

Damit stünde die Bahn nicht mehr im Sperrfeuer der Kritik

bei Linienstillegungen. Es ist dann die Frage, ob sich die Landkreise, die von allen staatlichen Untergliederungen finanziell am schlechtesten ausgestattet sind, diese Linie zum angebotenen Preis leisten können.

Das kommt besonders zum Tragen, wenn jetzt die Bundesbahn alle unrentablen Strecken von der Schiene auf die Straße verlegt. Für den Bus trägt der Kreis die Verantwortung und bekommt so den Zuschußbetrieb Nahverkehr aufgeholt. Das Land fördert den Nahverkehr nur mit insgesamt 15 Mio. DM.

Lohn und Arbeitsbedingungen

Beim Rufbus sind die Fahrer etwa zur Hälfte bei der Bundesbahn und bei privaten Firmen angestellt. Beim ersten Probebetrieb klagten viele Fahrer der Bahn, daß sie laufend vor dem Dilemma stünden, entweder die Fahraufträge oder ihre tariflichen Pausen nicht einhalten zu können. Jede kleine Fahrverzögerung gehe zu Lasten ihrer Pausen.

Dieses Problem gibt es bei den Fahrern der Privatfirmen nicht. Sie halten manchmal selbst die gesetzlichen Pausen nicht ein.

Es ist noch nicht untersucht, wie der Druck auf Lohn und die Arbeitsbedingungen aussieht. Anhaltspunkte bietet ein Gespräch mit einem Fahrer einer Privatfirma, der im Werkverkehr für einen Friedrichshafener Betrieb eingesetzt ist. Seine Kollegen/innen arbeiten größtenteils für Rufbus.

Er verdient mit 2400 DM brutto in etwa gleichviel, bzw. wenig wie seine Bahnkollegen, aber für einen 10-Stundentag. ¼ Stunde unbezahlte Mittagspause, sonst keine festen Pausen. Unterbrechungen ergeben sich zwischen den Fahrten, aber da muß er beim Bus bleiben und über Funk erreichbar sein. Überstundenzuschläge gibt es für die zwei täglichen Überstunden keine. Höchstens für Zusatzdienst bei Vertretungen. Da kann es aber vorkommen, daß man erst zwei Stunden, bevor man antreten muß, Bescheid bekommt.

In diesem Kleinbetrieb ist niemand gewerkschaftlich organisiert. Es gibt keinen Betriebsrat.

Quellenhinweis: Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 8/1860, 3422, 3441, 3844; Aufsätze von H. Gerland, Dornier GmbH Friedrichshafen; Batelle Institut, Mitwirkung der Bürger beim Probebetrieb des Rufbusses im Bodensee-Kreis; Kommunalentwicklung BW, Hohenlohe Modell, Stadtwerke Konstanz: Unterlagen zur Bürgeranhörung, Jan. 1981

Frankreich: Bergleute gegen Intensivierung

Fünf französische Gewerkschaftsbünde, darunter die von der KPF unterstützte CGT und die sozialistische CFDT, hatten für den 20. und 21. Februar alle Arbeiter in den Kohlebergwerken zum Streik aufgerufen. Dieser Aufruf wurde fast vollständig befolgt. Die Gewerkschaften wenden sich gegen das Vorhaben der Regierung, die Hälfte der Kohlebergwerke stillzulegen und in den übrigen die Intensivierung der Arbeit voranzutreiben. Bis 1988 will die Regierung die Belegschaften von jetzt 56000 auf die Hälfte reduzieren. Ältere Arbeiter sollen vorzeitig in Rente geschickt und den ausländischen Arbeitern, v.a. Algerier und Marokkaner, die Arbeitsgenehmigung entzogen werden. Die Regierung begründet ihr Vorgehen damit, daß die meisten Bergwerke unrentabel und ständig steigende Subventionen nötig seien, damit die französische Kohle konkurrenzfähig sei, sie will die staatlichen Zahlungen bis 1988 auf jährlich 6,5 Mio. FF (1,94 Mio. DM) beschränken. Die Gewerkschaften fordern die Weiterzahlung der staatlichen Subventionen und ein

Protesttag gegen Gewerkschaftsverbot

Einen allgemeinen Protesttag gegen das Verbot gewerkschaftlicher Betätigung führen die britischen Gewerkschaften der Regierungsangestellten am 28.2. durch. Anlaß ist die Anweisung von Innenminister Howe, nach der Beschäftigte im Abhörzentrum Cheltenham bis zum 1.3. verbindlich erklären müssen, daß sie keiner Gewerkschaft mehr angehören. Erklären sie das nicht, verlieren sie ihre Arbeit, wenn sie nicht um Versetzung nachsuchen. Für den Verzicht auf gewerkschaftliche Rechte zahlt die Regierung jedem Beschäftigten 1000 Pfund (etwa 3800



DM). Am 21.2. behauptete Margret Thatcher im Parlament, mehr als die Hälfte aller 7000 Beschäftigten hätten inzwischen unterschrieben. Da etwa 2000 keiner Gewerkschaft angehören, heißt das,

daß die Mehrheit der *Gewerkschaftsmitglieder* noch nicht unterzeichnet hat. Das gaben die Gewerkschaften auch selbst bekannt. Während sie für den 28.2. Streiks vorbereiten, boten die Gewerkschaften Thatcher ein Stillhalteabkommen an: Im Gegenzug für das Recht auf gewerkschaftliche Organisation würden sie sich verpflichten, in Zukunft ihre Mitglieder zu keinerlei Maßnahmen aufzufordern, die den ununterbrochenen Betrieb der Abhörstation in Frage stellen könnte. In Cheltenham hört die britische Regierung sowohl Rundfunk- wie auch militärische Sender ab. Die Anlage arbeitet eng mit den Geheimdiensten zusammen.

Verbot der Einfuhr von Kohle aus „Niedriglohnländern“, ausdrücklich wandten sich CGT und CFDT gegen die französischen Kohleimporte aus Südafrika.

Spanien: Demonstration gegen NATO

50000 Personen demonstrieren am 19.2. mit einem Marsch von Madrid zum 20 km entfernten US-Luftwaffenstützpunkt Torrejon gegen die NA-

TO. Aufgerufen hatte ein Anti-NATO-Komitee, dem sich andere Organisationen anschlossen, aber nicht die sozialistische Regierungspartei PSOE. Auf der Abschlußkundgebung forderte der Sprecher den Austritt Spaniens aus der NATO über die Abhaltung eines Volksreferendums. Spanien ist seit 1982 in der NATO aufgenommen, die Regierung hat die militärische Integration bis zu einem Entscheidungsreferendum 1985 aufgeschoben.

Südafrika: Thloloe vorerst freigelassen

Der azanische Journalist und Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft der schwarzen Journalisten in Südafrika, Thloloe, ist aus dem Gefängnis Robben Island entlassen worden, ebenfalls drei mit ihm Angeklagte. Sie waren im Juni 1982 verhaftet und im vergangenen Jahr zu jeweils 30 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil sie Literatur des verbotenen Pan Africanist Congress (PAC) besessen und vertrieben hatten. Nun mußte der Oberste Gerichtshof dieses Urteil aufheben, weil die Anklage auf einem seit 1980 ungültigen Gesetz beruhte. Das Gesetz zur „Inneren Sicherheit“ ist durch ein neues abgelöst worden. Das Gericht prüft jetzt, ob eine erneute Anklage auf Grund des neuen Gesetzes noch möglich ist. Bis diese „Prüfung“ beendet ist, hat das Regime Thloloe unter Hausarrest gestellt, außerdem muß er sich täglich bei der Polizei melden.

Gegner der Preiserhöhungen verhaftet

Die marokkanische Regierung hat mehrere hundert Schüler und Studenten verhaften lassen wegen „Verstoßes gegen die Ordnung des Staates und unerlaubten Demonstrationen“. Die Verhafteten gehören fast alle der Jugendorganisation der Sozialistischen Union der Kräfte des Volkes an. Vier Verhaftete wurden am 17.2. in einem Schnellgerichtsverfahren zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt.

USA will namibische Grenze selbst überwachen

Die US-Regierung hat während der Verhandlungen zwischen der angolischen und der südafrikanischen Regierung am 17. Februar angekündigt, daß sie mit eigenen Soldaten an der Überwachung der Grenze zwischen Angola und Namibia teilnehmen will. Die südafrikanische Regierung hatte die Bildung einer gemeinsamen Kommission mit Ango-

la vorgeschlagen, die den vollständigen Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola überwachen soll. Diese Kommission soll, nach Vorstellungen der südafrikanischen Regierung, in Zukunft auch die „Einhaltung des Friedens“ an der Grenze zwischen Namibia und Angolas überwachen. Damit will sie verhindern, daß die namibische Be-

freiungsorganisation SWAPO Angola weiterhin als Stützpunkt für den bewaffneten Kampf gegen die Besetzung Namibias durch Südafrika benutzen kann. Im Gegenzug bot die südafrikanische Regierung Angola an, daß auch die Truppen der von Südafrika unterstützten Unita, die gegen die angolische Regierung kämpft, nicht mehr unter dem Schutz südafrikanischer Truppen im Süden Angolas operieren dürften. Der Vertreter Angolas hat dem Vorschlag einer gemeinsamen Kommission, die „die von beiden Seiten eingegangenen Verpflichtungen überwachen, untersuchen und über eventuelle Verletzungen berichten soll“, zugestimmt, lehnt aber eine direkte Beteiligung der USA an der Überwachung des südafrikanischen Truppenabzugs ab. Die südafrikanische Regierung forderte außerdem, daß Angola die Sperre für Elektrizitätslieferungen aus dem Werk am Cunene-Staudamm an Namibia aufheben solle, Angola lehnte dies ab. Bild: Angolaner fliehen vor den Truppen Südafrikas.



VR Polen

Preiserhöhungen für Lebensmittel bei stärkerem Verschleiß der Arbeitskraft

Das Institut für Binnenmarkt und Konsumtion in Katowice veranstaltete Anfang dieses Jahres eine Umfrage: „Wie schätzen Sie die Gestaltung der materiellen Lage ihres eigenen Haushaltes im Verlauf des nächsten Jahres ein?“ Von den Befragten antworteten 8,7%, daß die Lage sich verbessert, 28%, daß sich nichts ändert, 28,3%, daß ihre Situation sich verschlechtert. Ein Viertel sah sich nicht imstande, die Entwicklung vorauszusehen. Auf die entsprechende Frage nach der Entwicklung des ganzen Landes hofften 31%, daß sie sich verbessert, 29,8% konnten die Entwicklung nicht absehen, und nur 12,7% erwarteten eine Verschlechterung.

In diesem Umfrageergebnis spiegelt sich das zunehmende Auseinanderklaffen der Entwicklung der Produktion und der persönlichen Einkommen, also den Möglichkeiten zur Reproduktion. Bislang liegt die statistische Er-

tätssteigerung ausschließlich der positiven Gestaltung der Handelsbilanz mit dem kapitalistischen Ausland zugute gekommen ist. Die VR Polen erreichte 1982 einen aktiven Saldo von 107 Mrd. Złoty. 1983 werden es voraussichtlich 135 Mrd. Złoty sein, die zur Tilgung für Kredite verwendet werden müssen.

Mit den zum 31. Januar 1984 in Kraft getretenen Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel zwischen 10 und 15% verschärft sich dieser Widerspruch für die arbeitenden Klassen weiter. Dazu kommt, daß einige Lebensmittel wie Getreide und Kartoffeln zwar reichlicher vom Staat aufgekauft worden sind, daß jedoch hochwertige Lebensmittel wie Schlachtvieh und Eier weniger zur Verfügung stehen. Vermutlich warten die Bauern, angestachelt von der katholischen Kirche, ab, bis sie ihre Ersparnisse, vermehrt durch Kredite aus dem von den westlichen katholischen Kirchen zusammengebrachten Unterstützungsfonds für private Bauern, Handwerker und kleine Gewerbetreibende, zu günstigen Bedingungen investieren können.

Jedenfalls die polnischen Bischöfe bemühten sich seit Monaten um staatliches Wohlwollen für dieses Projekt. Zwar bemängelten sie Ende des Jahres, daß die angekündigten Konsultationen vor den Preiserhöhungen nicht durchgeführt worden seien. Die Regierung schätzte den Einfluß der von ihr geschaffenen neuen Gewerkschaften selber so niedrig ein, daß sie selbst diese nicht um ihre Meinung befragte. Jedoch gegen die Preiserhöhungen selbst erhoben die Bischöfe ihre Stimme nicht. Noch am 26. Januar beschloß die Bischofskonferenz eine Erklärung zu Gott, der Welt und den Anliegen des polnischen Staates, in der sie u.a. feststellte, die Geburtenrate sei zu niedrig, das Vorgehen der staatlichen Zensur gegen kirchliche Publikationen zu scharf, gegen „unmoralische und pornographische Publikationen“ dagegen zu milde. Sie befürworteten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR Polen zwecks Zustandekommen einer „Normalisierung auf dauerhaften Rechtsgrundlagen, die das Wohl von Kirche, katholischer Gesellschaft und Staat sichern“. Kein Wort findet sich von den Interessen der Arbeiter und ihrer Organisationen, gerade daß den noch inhaftierten Funktionären der „Solidarität“ noch zugebilligt wird, daß sie „einer guten Sache zu dienen glaubten“. Daß die Sache in Wirklich-

keit schädlich fürs Ganze, unterstellen die Bischöfe zugleich.

Recht offen bekunden die Bischöfe ihre Bereitschaft, die Regierung bei der schärferen Vernutzung der Arbeitskraft bei weiter sinkenden Reproduktionsmöglichkeiten zu unterstützen. Die staatliche Plankommission empfiehlt derzeit eine Planvariante zur Annahme, durch die der Überschuß in der Handelsbilanz gegenüber den kapitalistischen Ländern um weitere 46 Mrd. Złoty angestrebt wird für das Jahr 1984. Die Bischöfe finden nichts dabei: „Das Wohl des Landes erfordert eine gemeinsame Anstrengung, die Freisetzung bestehender Energien, Initiativen und – gemeinsam mit der Staatsmacht – die Überwindung der Krise.“

Die Reste der Gewerkschaft „Solidarität“ im Untergrund stellen keine Kraft dar, die im Kampf gegen die Verschlechterung der materiellen Lage der Arbeiter eine Richtung weisen könnte. Bekannt geworden sind von ihr lediglich Enthüllungen über die Verseuchung der Umwelt. In diesen Fragen ist ihr die Regierung jedoch schon letzten März zuvorgekommen mit dem Einsetzen einer Untersuchungskommission.

Quellenhinweis: Panorama 7/84 v. 12.2.84; Polnischer Wirtschaftsanzeiger, 31.1.84; Die Zeit v. 3.2. 1984; Herder-Korrespondenz 1/84; FAZ v. 3.2. 1984 – (anl)



Erste Einkäufe zu neuen Preisen

fassung der Produktionsentwicklung der Monate Januar bis November 1983 vor. Danach stieg die industrielle Produktion im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 7,4%, geringer in der Bauindustrie, stärker in der verarbeitenden Industrie. Dieses Ergebnis wurde jedoch mit 44000 Arbeitskräften weniger erreicht. Das bedeutet eine Abnahme der Beschäftigung um 1%. Dabei hat sich die Lebenslage der Bevölkerung nicht verbessert. Zwar stiegen die Einkommen durchschnittlich um 27%, die Ausgaben übertrafen sie jedoch mit einer Steigerung von über 32% gegenüber dem Vorjahr. Man muß feststellen, daß die Produktivi-

Großbritannien 4,5% Lohnerhöhung für Gemeindearbeiter

Eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 4,5% boten die britischen Gemeindebehörden den Gewerkschaften der eine Million Gemeindearbeiter am 21.2. an. Die unteren Lohngruppen sollen 5% erhalten. Das Angebot liegt unter der offiziellen Inflationsrate von 4,8%, aber weit über der von der Regierung Thatcher im letzten Jahr festgelegten Lohnleitlinie von 3% für den gesamten öffentlichen Dienst.

Die verschiedenen Gewerkschaftsvorstände empfahlen den Mitgliedern die Annahme des Angebots. Die Erhöhung wird rückwirkend ab November 1983 gezahlt – denn seitdem ist der bisherige Tarif ausgelaufen. Die Gemeindearbeiter, unter ihnen die Müllarbeiter, Putzfrauen, Boten, Küchenkräfte in Schulen etc., sind in der Mehrzahl Frauen. Nach der letzten offiziellen Statistik verdienten Putzfrauen im April 1983 im Durchschnitt 81,80 Pfund in der Woche (etwa 1340 DM im Monat brutto). Der Durchschnittslohn aller weiblicher Beschäftigten lag bei 108,80 Pfund (etwas 1780 DM im Monat).

Der jetzige Abschluß verbessert die Lage der Hilfsarbeiter im öffentlichen Dienst nicht, er verhindert gerade die

weiter angestrebte Verschlechterung. Für die Regierung Thatcher ist er auch kein Erfolg. Sie hatte ihre Lohnleitlinie mit erheblichen finanziellen Strafen gegen die Gemeinden, die mehr ausgeben als ihnen aufgrund der Regierungsleitlinien erlaubt war, durchsetzen wollen. Das Konzept ist gescheitert. Der Großlondoner Stadtrat z.B. mußte im letzten Jahr 100 Mio. Pfund wegen „Überschreitung des Ausgaberahmens“ an die Regierung zahlen. Aber fand Unterstützung mit seinem Protest nicht nur bei Labour-kontrollierten Gemeinderäten, sondern auch bei der von konservativen Gemeinden beherrschten Städte- und Gemeindevereinigung. Pläne der Regierung, den Gemeinden die Steuerhoheit über Grundsteuern endgültig zu nehmen, sind danach vorerst auf Eis gelegt worden.

Der Gemeindeabschluß wird Folgen für den gesamten öffentlichen Dienst haben, bei dem jetzt Verhandlungen anstehen, u.a. bei den 250000 Krankenwagenfahrern und 600000 Regierungsbeschäftigten. Im Vorfeld dieser Verhandlungen hat die zentrale Programmkommission der Konservativen Partei neue Gewerkschaftsgesetze gefordert, nach denen in „wichtigen Einrichtungen“ (u.a. auch Krankenwagen, Gas, Wasser) Streiks generell verboten sein sollen.

Quellenhinweis: Financial Times, versch. Ausgaben; Labour Research 11/83 bis 1/84 - (hef)

EG Militärische Welt- raumpläne

Zahlreich sind die Presseberichte, die über „Killer-Satelliten“ der „beiden Supermächte“ spekulieren, dagegen herrscht über entsprechende Planungen der westeuropäischen Imperialisten weitgehend Stillschweigen. So fand sich meist nur eine kleine Notiz zu folgendem Teil der Rede, die der französische Staatspräsident Mitterrand am 8. Februar vor dem niederländischen Parlament hielt:

„Wenn man in einer Zukunft, die näher ist, als man glaubt, nicht ins Hintertreffen geraten will, muß man seinen Blick schon über die Atomwaffen hinaus richten. Ich nenne nur ein Beispiel: die Eroberung des Welt-raums. Wenn Europa in der Lage ist, eine bemannte Station in den Welt-raum zu bringen, die ihm erlaubt, jede mögliche Bedrohung zu beobachten, zu übermitteln und damit zu verhindern, dann wird es einen großen Schritt auf seine eigene Verteidigung hingetan haben ... Eine europäische Weltraumgemeinschaft wäre meiner Meinung nach die beste Antwort auf militärische Realitäten von morgen.“

Tatsächlich verfügen die europäischen Imperialisten inzwischen über entscheidende Voraussetzungen für militärische Weltraumvorhaben. Seit Gründung der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) 1975, an der außer den EG-Staaten noch Spanien, Schweden, die Schweiz sowie Österreich als assoziiertes Mitglied beteiligt sind, wurden folgende Vorhaben verwirklicht:

Die westdeutschen Imperialisten haben gemeinsam mit den französischen eine Trägerrakete („Ariane“) entwickelt, die Fernmelde-, Beobachtungs- und Navigationssatelliten befördert. In der BRD befindet sich das Europäische Satellitenkontrollzentrum (ESOC), das als zentrale Leitstelle für die Überwachung der Satelliten dient. Die ESOC hat ein Netz von Bodenstationen in Australien, der französischen Kolonie Guayana, wo sich auch die Starteinrichtung für die Ariane-Rakete befinden, in Kenia, Belgien, Italien, der BRD und Spanien. Die Gründung einer Organisation für Wetterbeobachtung durch Satelliten hat die ESA im Mai 1983 beschlossen; mit dem Meteorat existiert seit längerem ein Satellit zur weltweiten Wetterbeobachtung. MBB entwickelte modernste elektronische Weltraumkameras, die eine höhere Auflösung und Bildschärfe als die bisherigen Kameras haben. Von Zeiss stammt eine Kamera, die rasche Herstellung von Geländekarten erlaubt; mit Mikrowellenradar ist eine Erdbeobachtung auch durch Wolken hindurch möglich. Schließlich besitzen die westeuropäischen Imperialisten seit November 1983 erste Erfahrungen des bemannten Weltraumflugs.

Mitterrands Vorschlag, eine europäische Weltraumstation für militärische Zwecke einzurichten, ist also durchaus realistisch. Sie würde den westeuropäischen Imperialisten die Führung größerer Kriege wenn nötig auch ohne Beteiligung der USA ermöglichen.

Quellenhinweis: Franz. Botschaft Bonn, Staatsbesuch des franz. Staatspräsidenten in den Niederlanden; BmFT, Pressemitteilungen - (alk)

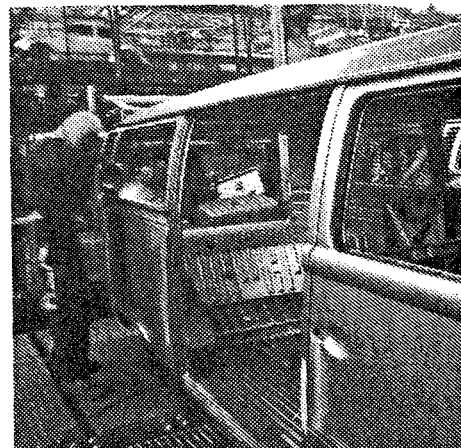
Mexiko Lohnsenkungen für die Schuldenzahlung

Die mexikanische Regierung hat gegen die sechs im „Kongreß der Arbeit“ zusammengeschlossenen Gewerkschaftsbünde durchgesetzt, daß die Mindestlöhne um lediglich 30,4% steigen. Dies bedeutet weitere reale Lohnsenkungen für die mexikanischen Arbeiter. Die Inflationsrate bei Lebensmitteln betrug 1983 knapp 100%, für 1984 strebt die Regierung eine Rate von 60% an. Die Regierung mußte allerdings zugestehen, daß sie im Juni erneut über eine

Erhöhung des Mindestlohns verhandelt. Seit dem 1. Februar beträgt der Mindestlohn in Mexiko-Stadt und in der Grenzzone zu den USA für einen Acht-Stunden-Tag 680 mexPesos (12,20 DM), in anderen Regionen zwischen 495 und 625 Pesos. Die Gewerkschaften schätzen, daß ca. 60% der mexikanischen Arbeiter nicht mehr als den Mindestlohn erhalten. Etwa 70% der ungelernten Arbeiter erhalten weniger als den Mindestlohn, denn das Gesetz über den Mindestlohn gilt nur für Arbeiter mit unbefristeten Arbeitsverträgen.

Gleichzeitig mit der Vereinbarung über den Mindestlohn schloß die Regierung einen Vertrag über die Erhöhung aller Löhne und Gehälter für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und den staatlichen Industrieunternehmen ab, ebenfalls in der Höhe von 30,4%. Diese Vereinbarung ist richtungweisend für alle anderen Industriezweige. 40% aller Arbeiter und Angestellten sind im öffentlichen Dienst und in der staatlichen Stahl-, Bau- und Erdölindustrie beschäftigt.

Die Lohnsenkung gehört zum Schuldensanierungsplan, den die us-amerikanischen und westeuropäischen Banken über den Internationalen Wäh-



Ein Drittel der Arbeiter bei VW-Mexiko sind Zeitarbeiter. Sie erhalten nicht einmal den Mindestlohn.

rungsfonds gegenüber der mexikanischen Regierung im September 1982 durchgesetzt haben. Die Auslandsverschuldung von Staat und Staatsunternehmen beträgt z.Zt. 86 Mrd. US-Dollar, die Regierung hat sich bei den Umschuldungsverhandlungen verpflichtet, 1984 32,65 Mrd. Dollar Zinsen und Tilgung zu zahlen, davon allein 21 Mrd. Dollar für Zinsen. Aufgebracht werden sollen diese Gelder aus den Exporten der Staatsunternehmen (vor allem Erdölexporte in die USA) und der ausländischen Unternehmen, durch Einschränkungen des Staatshaushaltes und durch weitere Kredite in Höhe von 7,9 Mrd. Dollar im Jahr 1984.

Die Regierung will die Staatsausgaben um nominal 74% erhöhen, nach

ihren Angaben ist das eine reale Reduzierung um 18%, die Subventionen für Nahrungsmittel sollen um real 40%, die Ausgaben für Erziehung und Sozialwesen um real 25% gesenkt werden. Die generellen Importbeschränkungen hob die Regierung für Maschinenimporte und Halbfertigwaren teilweise auf. Damit gab sie einer Forderung der ausländischen Kapitalisten nach, die die vollständige Beseitigung der Beschränkungen verlangt hatten.

Quellenhinweis: Nachrichten für Außenhandel v. 23.1. und 16.2.84; Wall Street Journal, Ausgaben 1984; Lateinamerika-Nachrichten Dezember 1983 und Januar 1984 – (uld)

Azania BMW-Kapitalisten unterdrücken Streik

„Ende vergangener Woche setzte sich das Management mit Hilfe von in den Wohngebieten der Schwarzen verteilten Flugblättern über die Gewerkschaft hinweg mit der Belegschaft in Verbindung und einigte sich über eine Wiederaufnahme der Arbeit auf der Basis des geltenden Tarifvertrags“, berichtete das „Handelsblatt“ am 9.2. frohlockend über die Niederschlagung des Streiks von 1 500 azanischen Arbeitern bei BMW Südafrika. Zehn Tage lang hatten die Arbeiter gestreikt, um eine Erhöhung ihrer elenden Löhne von bislang 2,40 Rand die Stunde (ca. 5,35 DM) auf 480 Rand im Monat, das entspricht ca. 2,77 Rand oder 6,18 DM pro Stunde, zu erreichen. Wahr ist an der vom „Handelsblatt“ berichteten angeblichen „Einigung“ zwischen den BMW-Kapitalisten und den von ihnen ausgebeuteten azanischen Arbeitern lediglich, daß Flugblätter verteilt wurden. Die Verteilung erfolgte mittels Hubschraubern, aus denen die Flugblätter über den Wohngebieten der schwarzen Arbeiter abgeworfen wurden, berichtete die Gewerkschaft NAAWU, die den Streik organisiert hatte.

Tatsächlich haben die BMW-Kapitalisten den Streik der azanischen Arbeiter gewaltsam niedergeschlagen. Gleich nach Streikbeginn sperrten sie sämtliche Arbeiter vom Werksgelände aus und nahmen ihnen so die Möglichkeit, sich zu versammeln. Sodann leiteten sie gegen 19 schwarze Arbeiter, darunter 9 Vertrauensleute der Gewerkschaft NAAWU, Disziplinarverfahren ein. Da ein Großteil der schwarzen Arbeiter von BMW Südafrika in dem nahegelegenen „Homeland“ Bophuthatswana wohnen, nach den südafrikanischen Arbeitsgesetzen also als „Ausländer“ gelten, bedeutete das für diese Arbeiter nicht nur die Drohung der Entlassung, sondern auch die Drohung, nach der Entlassung keinen Ausbeuter zu finden

und im „Homeland“ mit ihren Familien hungern zu müssen. Als selbst diese Drohung gegen 19 Arbeiter nicht reichte, um die Arbeiter zum Abbruch des Streiks zu zwingen, dehnten die BMW-Kapitalisten diese Disziplinarverfahren auf 150 weitere Arbeiter aus und verteilten dann ihre Flugblätter.

Inzwischen sind 12 azanische Arbeiter wegen ihrer Teilnahme am Streik entlassen worden, die Disziplinarver-



Die BMW-Kapitalisten beuten 2500 Arbeiter in ihrem Werk in Südafrika aus.

fahren gegen die übrigen Arbeiter nur „auf Eis gelegt“. Die BMW-Kapitalisten weigern sich weiterhin, die NAAWU anzuerkennen, obwohl inzwischen 70% der Lohnabhängigen bei BMW in der NAAWU organisiert sind. Auch der „Tarifvertrag“ der BMW-Kapitalisten ist nicht mit der NAAWU abgeschlossen, sondern mit einem der von dem südafrikanischen Kolonialregime eingerichteten „Industrial Councils“, d.h. faktisch mit den – bei BMW völlig unbedeutenden – Gewerkschaften der weißen Siedler. Die IG Metall hat gegen dieses Vorgehen der BMW-Kapitalisten bislang nicht protestiert.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 9.2.84; BMW-Geschäftsbericht 1982; telefonische Auskunft der IG Metall Auslandsabteilung, Ffm – (rül)

Türkei Wirtschaft „öffnet sich dem Ausland“

Am 10.2.84 nahm der Bundestag den Bericht der Bundesregierung entgegen, in dem die Linie der westdeutschen Bourgeoisie bezüglich der Türkei für das nächste Jahr festgesteckt wird. Außenminister Genscher im Türkei-Bericht: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt kann festgestellt werden: Die Entwicklung in der Türkei hat eine neue Stufe erreicht.“ Gleichzeitig stellt er fest, daß die Entwicklung in der Türkei teilweise hinter den „Erwartungen des

Deutschen Bundestages zurückgeblieben“ sei, Fortschritte aber bei dem Prozeß der „Demokratisierung zu verzeichnen“ seien. Der Türkeibericht kommt spät, statt dessen wurde aber schon am 3. November, noch vor den Parlamentswahlen in der Türkei, mit der türkischen Regierung ein Finanzhilfeabkommen abgeschlossen, bei dem westdeutsche Gelder wie bisher vornehmlich in den Energiesektor investiert werden. Der andere Teil der Türkei, „hilfe“, die NATO-Verteidigungshilfe, wird, darüber läßt Genscher keinen Zweifel, Mitte des Jahres 1984 bewilligt werden.

Die „neue Stufe der Entwicklung“ in der Türkei läßt sich an den Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung Özal deutlich erkennen. Den ausländischen Kapitalisten wird jede Erleichterung für Kapitaleinfuhr zuteil. Unter bestimmten Bedingungen können die Imperialisten Sonderabschreibungen von 60 bis 100% vornehmen. Werden Investitionen in volkswirtschaftlich wichtigen Bereichen getätigt, so ist teilweise eine Steuerbefreiung der Gewinne bis zu 100% zugesagt. Die Liste der einfuhrverbotenen Waren wurde von der Özal-Regierung drastisch reduziert. Auf einige Waren müssen die Importeure nun eine Importabgabe zahlen. In der Regel beträgt sie 15%, aber für Waren wie Montageeile für die Kfz-Industrie, für Erdölprodukte, Traktoren, Erntemaschinen, pharmazeutische Rohstoffe u.a. mehr wurde die Importabgabe auf 1% des Einfuhrwertes reduziert. Ganz ohne Importabgabe darf Zigarettenpapier eingeführt werden. Eine auf Marlboro gezielte Maßnahme, die das Papier brauchen, damit sie, wie geplant, die Zigarettenproduktion in der Türkei beginnen können.

Schon seit längerem versuchen die Imperialisten, die Währungshoheit des türkischen Staates einzuschränken. In der Diskussion um die Einführung von Freihandelszonen hatten die Imperialisten verlangt, daß die Geschäfte in den Freihandelszonen in Dollar getätigt werden sollen. Jetzt ist die Özal-Regierung ein Stück weiter gegangen: Ein neues Gesetz wurde vorgelegt, nach dem jeder türkische Staatsangehörige ein Devisenkonto eröffnen darf und sich die Zinsen des angelegten Geldes in Devisen auszahlen lassen kann. Für die einzelnen Währungen werden unterschiedliche Zinsen gewährt, für den Dollar die höchsten. Dem Devisenhandel wird keinerlei Beschränkung mehr auferlegt. Was die Imperialisten für die Freihandelszonen angekündigt hatten, gilt damit für die ganze Türkei. Tatsächlich eine „neue Stufe der Entwicklung“.

Quellenhinweis: Türkeibericht der Bundesregierung in BT-Drucksache 10/998; Nachrichten für Außenhandel v. 13.1. und 6.2.84; Türkei-Infodienst 16.1., 30.1. u. 13.2.84 – (eve)

US- und EG-Imperialisten – Rückzug, um erneutes Eingreifen vorzubereiten

Die libanesisische Regierung, im Herbst 1982 unter dem Schutz britischer, französischer, italienischer und US-amerikanischer Truppen installiert, existiert nicht mehr. Die libanesisische Armee ist zerfallen, lediglich die in sie übergetretenen christlichen Milizen unterstützen noch den verbliebenen Staatspräsidenten Gemayel. Die europäischen und die US-amerikanischen Imperialisten wollten mit ihren Truppen im Libanon erstens einen Schutzschild vor die israelische Armee legen, damit diese vor den zermürenden Guerillaangriffen der Palästinenser und der libanesischen oppositionellen Milizen geschützt war, und zweitens im Libanon eine Regierung und Armee installieren, die den Staat Israel anerkennt. Damit hätten sie nach Ägypten einen weiteren arabischen Staat, der auch noch gemeinsame Grenzen mit dem zionistischen Siedlerstaat hat, zur Anerkennung Is-

raels getrieben. Außerdem wollten sie den vollständigen Abzug der Palästinensertruppen aus dem Libanon erreichen, um die PLO zwingen zu können, einer „Palästina-Lösung“ zuzustimmen, die den Siedlerstaat Israel unangestastet läßt.

Dieses Unternehmen scheint im ersten Anlauf gescheitert. Der US-Präsident Reagan hat die Verlegung des größten Teils der US-Truppen aus dem Libanon auf die US-Schiffe vor der libanesischen Küste bekanntgegeben, die italienischen Soldaten sind bis auf 100 bereits abgezogen, die britischen Soldaten sind aus Beirut auf Schiffe in den nordlibanesischen Hafen Jounieh gezogen. Zweierlei ist festzuhalten: Von einem vollständigen Abzug der imperialistischen Truppen kann keine Rede sein. Die britischen, italienischen und US-Truppen haben alle Kontingente zwischen 100 und 300 Soldaten in

Beirut gelassen, mit der Begründung, „die Botschaften“ müßten geschützt werden, die USA haben zudem 200 Ausbilder bei Resten der libanesischen Armee belassen. Die französischen Truppen, mit 1200 Soldaten jetzt das stärkste Kontingent, bleiben in Beirut. Nach einer Erklärung des französischen Ministerpräsidenten Mitterrand sollen sie dort ohne Befristung bleiben. Auch kann keine Rede davon sein, daß die Imperialisten auf ein militärisches Eingreifen im Libanon verzichten. Die USA haben, nachdem Reagan die Verlegung der Soldaten bekannt gegeben hat, wiederholt Stellungen der Syrer und der oppositionellen Kräfte des Libanon von ihren Kriegsschiffen im Mittelmeer aus bombardiert.

Die US- und europäischen Imperialisten haben sich aus Beirut zurückgezogen, weil sie einen verlustreichen Straßenkampf mit den Milizen der oppositionellen Kräfte im Libanon vermeiden wollen. Eher nehmen sie eine Dreiteilung des Libanon in Kauf, als daß sie Kräfte in die libanesisische Regierung lassen, die gemeinsam mit Syrien den israelischen Expansionsvorhaben Schranken setzen könnten. Alle bisher im Libanon mit Truppen anwesenden

Äußerungen der libanesischen Opposition zu ihren Zielen

Im folgenden einige Auszüge aus Interviews mit Vertretern verschiedener libanesischer Organisationen, die sich einig sind gegen die israelische Besatzung im Südlibanon, die Anwesenheit imperialistischer Truppen in Beirut und gegen die bisherige Verfassung, die den christlichen Kapitalisten die Vorherrschaft garantiert. Einheitliche Ziele besitzen diese oppositionellen Kräfte allerdings nicht.

Fahri Farho, Leiter der Internationalen Abteilung der Fenasol (größte libanesische Gewerkschaftsorganisation):

„Fenasol, als eine Organisation, die einen großen Teil der libanesischen Arbeiterbevölkerung vertritt, ist ein untrennbarer Bestandteil der gesamten libanesischen nationalen Bewegung. Sie glaubt, daß innerhalb des Landes eine breite politische, wirtschaftliche und soziale Reform nötig ist, um die Rechte aller sozialen Schichten und religiösen Bekenntnisse der Bevölkerung auf der Grundlage von Demokratie, Gleichheit und Verhandlungen zwischen allen vorhandenen Kräften im Libanon zu sichern ... Natürlich erfordert jede Lösung den Rückzug aller israelischen Besatzungstruppen und aller anderen ausländischen Kräfte, d.h. der sogenannten internationalen Friedenstruppen ... Die Einheit und Unabhängigkeit des Libanon kann nicht von unserem Einvernehmen

mit den brüderlichen arabischen Ländern getrennt werden, mit denen unser Land die gleiche Zukunft, Interessen und Ziele teilt ... Die Gewerkschaften, abgesehen von ihrem nationalen politischen Kampf für Unabhängigkeit, kämpfen für die Rechte der Arbeiter ...

(Flash, Ztg. des Weltgewerkschaftsbundes, 3.2.84)

Hussain Moussawi, Führer der Amal Islamische Bewegung

(auf die Frage, warum die Amal an der Front zur Nationalen Rettung, NSF, nicht teilnimmt): „Das sind vorwiegend dieselben Gründe, warum wir nicht an der Nationalen Bewegung teilgenommen haben. Wenn diese Front wirklich ernsthaft gegen Israel und die Unterdrücker vorgeht, dann wird da jede Zusammenarbeit zwischen uns existieren wie in der Vergangenheit ... Wir können nichts akzeptieren, was nicht mit den Gesetzen des Koran übereinstimmt. Die NSF umfaßt kommunistische und weltliche Kräfte, so daß die ideologischen Differenzen grundlegend sind ... Wir glauben an die Ausbreitung der islamischen Revolution und wir werden ein Teil von ihr sein ... Ich glaube nicht, daß die, die nach nationaler Versöhnung rufen, damit etwas anderes als leere Worte meinen. Wie kann irgendein vernünftiger Mensch an Versöhnung glauben mit diesen Leuten und ihrer Kreuzfahrmentalität? Versöhnung mit denen, die die Massaker von Sabra und Chatila begin-

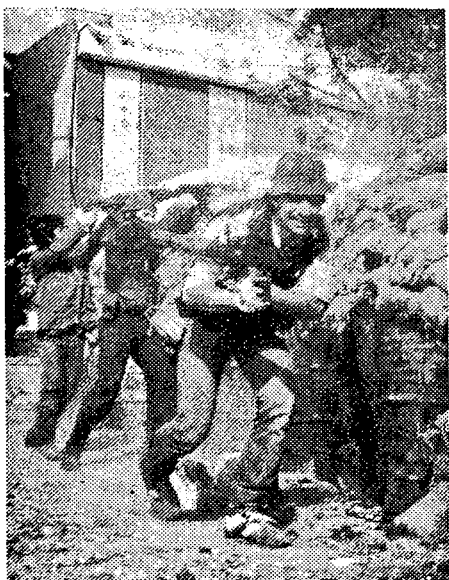
gen? ... (Die Beziehungen zu Syrien) sind eine strategische Beziehung. Sie ist nicht im Interesse jener, die meinen, sie müßten Israel angreifen, um einen syrischen oder palästinensischen Abzug zu erreichen.“

(The Middle East, Okt. 1983)

Walid Dschumblatt, Führer der drusischen Milizen, Vorsitzender der Progressiven Partei:

„Wir fühlen uns nicht schlecht. Wir haben eine wichtige Region der Berge befreit und kontrollieren die südlichen Zugänge nach Beirut ... Es ist definitiv ein Gleichgewicht erzielt worden, doch die Falangisten kontrollieren noch immer Teile des Landes, seiner Verwaltung und seiner Institutionen. Wir müssen deshalb das System insgesamt umstrukturieren, um die Ergebnisse der falangistischen Staatsführung zu beseitigen ... Wir müssen die Reichtümer umverteilen, an andere Klassen und in andere Gebiete. Wir brauchen eine neue ökonomische Zielsetzung, so daß alle Klassen und Regionen des Libanon profitieren können ... Die Israelis wurden von den Amerikanern in diese Dummheit (die Besetzung des Südlibanons, d.V.) getrieben und jetzt zahlen sie den Preis dafür. Wir haben nichts dagegen, ihnen Sicherheitsgarantien für ihre nördliche Grenze zu geben ... Wir haben mit den Palästinensern in West-Beirut und dem Südlibanon gelebt und gesehen, wie schwer sich ihre Präsenz gegen das libanesischen Volk gekehrt hat ...“

Interview in taz, 18.2.84



Milizen der Amal in Beirut: Sie erober-ten Westbeirut von der libanesischen Armee zurück.

Imperialisten haben erklärt, daß nun andere Mittel als bisher genutzt werden müßten, um den Libanon zu befrieden. Sie erörtern dabei verschiedene Möglichkeiten ihres Eingreifens. Die US-Zeitungen „Times“, „Newsweek“ und das „Wall Street Journal“ weisen übereinstimmend darauf hin, daß ein vollständiger Rückzug aus dem Libanon einem Sieg Syriens gleichkomme, das in einem Freundschafts- und Verteidigungsabkommen mit der Sowjetunion verbündet ist. Einen solchen Sieg, erklärte im „Wall Street Journal“ ein Col. Summers, Offizier im Korea- und Vietnam-Krieg und Direktor am „U.S. Army War College“ (Kriegshochschule der US-Armee) „dürfen wir nicht zulassen“ und er fordert: „Die U.S. müssen ihre Fähigkeiten, einen Krieg richtig zu führen, erhöhen.“ Die US-Regierung läßt zur Zeit weitere Kriegsschiffe überholen und ausrüsten, mit dem ausdrücklichen Ziel, sie alsbald im Mittelmeer einzusetzen.

Die EG-Imperialisten beraten zur Zeit auf verschiedenen Einzelkonferenzen und auf der Außenministerkonferenz in Brüssel ihr weiteres Vorgehen. Die französischen Imperialisten sind im Weltsicherheitsrat der UNO dafür eingetreten, die bisherige „multinationale Friedenstruppe“ durch eine UN-Friedenstruppe zu ersetzen. Diese Truppe soll nicht nur in Beirut wirken, sondern im ganzen Libanon und alle anwesenden Truppen „ersetzen“. Die Truppe soll, ähnlich wie schon auf der Sinai-Halbinsel vorwiegend aus europäischen und US-amerikanischen Soldaten bestehen. D.h. die französischen Imperialisten, ehemals Kolonialmacht im Libanon, treten nunmehr als die neuen Verwalter des Libanon auf: Sie beantragen eine „Friedenstruppe“ für

den Libanon und auch noch gleich den Abzug der syrischen und israelischen Truppen aus dem Libanon. Die im Libanon stehenden syrischen Truppen sind dort auf Grund einer Vereinbarung mit der libanesischen Regierung von 1975 und mit Unterstützung der arabischen Liga. Die Anwesenheit der israelischen Truppen im Libanon ist von den Imperialisten zwar in der Öffentlichkeit mehrfach kritisiert worden, ernsthafte Maßnahmen gegen ihren Brückenkopf haben sie aber nie unternommen.

Der bayerische Ministerpräsident Strauß hat nach seiner Syrien-Reise erklärt, Syrien wolle den Libanon nicht annektieren und damit mindestens eine offiziöse Begründung in die Öffentlichkeit gebracht, die die Forderung nach einem schnellen Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon nahelegen soll, etwa in dem Tenor: „Ja, wenn sie nicht annektieren wollen, dann können sie doch gleich abziehen.“ Wenn nicht, dann sollen sie die imperialistischen „Friedenskräfte“ schon zu spüren bekommen.

Am Montag, den 20.2., haben der Außenminister Frankreichs Cheysson und Bundesaußenminister Genscher eine Sonderkonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Shamir in Brüssel durchgeführt, um das Vorgehen der EG im Libanon zu beraten. Der israelische Ministerpräsident habe dort den Wunsch vorgetragen, so berichtet der „Kölner Stadt-Anzeiger“, daß die EG „einen Beitrag zur Befriedung des Libanon“ leisten solle. Die Bundesregierung arbeitet daran, Bittsteller für einen militärischen Beitrag der BRD im Nahen Osten zusammenzutreiben, die sie dann als Verantwortliche für ein solches Eingreifen in der Weltöffentlichkeit darstellen kann.

Inzwischen haben Regierungsvertreter u.a. Frankreichs, Kanadas, Australiens und der BRD Konferenzen mit den jeweiligen Militärattaches der libanesischen Botschaften in diesen Ländern durchgeführt, berichtete das „Wall Street Journal“ am 21.2. Gemayel hat bei diesen Konferenzen anfragen lassen, ob diese Staaten bereit seien, sich an einer „wirksamen Friedenstruppe“ zu beteiligen.

In der neuesten Ausgabe der „Europäischen Wehrkunde“ breitet der Generalleutnant a. D. Carl-Gero von Ilse-mann den heftigen Wunsch der BRD-Imperialisten nach eigener Teilnahme an solchen „Beiträgen“ aus:

„Gefahrenherde künftiger Kriege bestehen sicher eher als in Europa in Nah- und Mittelost, in Afrika ... Gefährlich wäre ein Überspringen des Kriegsfunkens von dort nach Europa. Doch dürfen die Europäer ihre Hände nicht in Unschuld waschen, wenn es gilt, anderenorts heraufziehender Kriegsgefahr zu begegnen. So ist z.B.

nicht auszuschließen, daß eines Tages auch Truppen der Bundeswehr zur Friedenssicherung und -regulierung außerhalb unseres Erdteils, etwa im Dienst der UNO, eingesetzt werden.“

Unterdessen machen sich die israelischen Kettenhunde der Imperialisten daran, ihren Beitrag zur Vernichtung der libanesischen Opposition zu leisten. Für dieses Eingreifen kamen die Verlegungs- und Rückzugsankündigungen der Imperialisten äußerst passend. Und sie haben die Unterstützung der US-Imperialisten für dieses Vorgehen. Direkt nach dem Beginn des Abzugs eines Teils der imperialistischen Truppen aus Beirut hat die israelische Armee begonnen, syrische, drusische und schiitische Stellungen südlich und östlich von Beirut zu bombardieren. Die USA gaben daraufhin 250 Mio. Dollar für israelische „Verteidigungsanstrengungen“ frei. Seit Montag fahren israelische Panzer Patrouillen nördlich des Awali-Flusses, 40 israeli-



Die USA evakuiert ihre Botschaftsangehörigen. Die US-Kriegsschiffe sollen bleiben.

sche Panzer haben 25 km südlich von Beirut Stellung bezogen. Obwohl mehrfach von der israelischen Regierung dementiert, vermelden drusische, schiitische und syrische Radiosender starke Panzerkonzentrationen an der israelischen Nordgrenze. Die israelische Regierung hat erklärt, sie werde keine „Gefährdung der Nordgrenze“ Israels dulden, und sie werde die Besetzung des Südlibanon „unbefristet“ aufrechterhalten, d.h. so lange, bis sicher sei, daß von hier aus „keine terroristischen Angriffe mehr auf Israel unternommen würden“.

Quellenhinweis: Newsweek, Times, v. 20. Februar 1984; Wall Street Journal v. 6. bis 21.2.84; Wireless Bulletin from Washington v. 15.2.84; Kölner Stadt-Anzeiger, FAZ, v. 6. bis 21.2.; Le Monde v. 19.2.84; C.-G. v. Ilse-mann, Militärische Aussichten in den nächsten dreißig Jahren, in: Europäische Wehrkunde Nr. 2/84, S. 82 ff. – (uld, alk)

Aktionen zum 51. Jahrestag des Machtantritts der Faschisten

Die vielfältigen Aktionen zum 51. Jahrestag der Machtübergabe an die deutschen Faschisten wurden getragen von Gewerkschaften, VVN Bund der Antifaschisten, Kommunisten, Volksfront und zahlreichen Friedensinitiativen. Die letzteren hatten für den 30.1. zum 2. Widerstandstag gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen aufgerufen.

Die Teilnehmer an Demonstrationen und Kundgebungen setzten den Kampf gegen die Reaktion fort, die das Wissen der Arbeiterklasse über die Ursachen des Faschismus verschütten will. Sie unternahmen große Anstrengungen, Kenntnisse über den Faschismus und seine Werkzeuge und über die Kräfte, die ihn unter Einsatz ihres Lebens bekämpften, zu verbreiten. Die Demonstrationen traten an verschiedenen Orten Provokationen von neonazistischen Organisationen entgegen.

Die Parteien des Kapitals traten bei den Aktionen nicht in Erscheinung. Sie arbeiten an einem ideologischen Konsens, um erneut gegen die organisierte Arbeiterbewegung loszuschlagen. Elemente ihres Konzepts, mit dem sie ungehemmt die Traditionen der Faschisten fortführen, stellten sie auf ihrer Bundestagsversammlung zu Ehren von Heuss fest. Die Grünen nahmen an dieser Sammlungsveranstaltung nicht teil. Der Streik von 91 Westberliner Hochschullehrern traf die Bourgeoisie empfindlich, stellte sich doch das Berufsbeamtentum als nicht geschlossen einsetzbare Kraft gegen die Arbeiterklasse dar. Im folgenden einige Beispiele für die Aktionen von Zehntausenden. - (anl)



Hessen, Mörfelden: Widerstand gegen Startbahn West/ Demonstration in Stuttgart.

30.1.84. Baden-Württemberg. Die Aufgaben, die sich im Kampf gegen die Reaktion stellten, zeigten in aller Schärfe die Faschisten. Sie führten am 28./29.1. in Karlsruhe eine bundesweite Funktionärskonferenz zu den Europawahlen durch. Ein Saalverbot durch

den OB hob das Oberverwaltungsgericht Mannheim mit der Begründung auf, der DGB gewährleiste den friedlichen Ablauf einer Gegendemonstration, die dann 150 durchführten. Am Jahrestag beteiligten sich 1500 Menschen an der Karlsruher Demonstration, initiiert von Friedensinitiativen. In Heidelberg fand neben einer Demonstration mit 500 Teilnehmern u.a. eine symbolische Umbenennung des Wilhelm-Platzes in Georg-Lechleiter-Platz statt, in Mannheim eine Kranzniederlegung am Lechleiter-Platz (80 Teilnehmer), in Freiburg eine Demonstration (450) vorbei an Mahnwachen und in Stuttgart eine Kundgebung (1200) und Lichterkette zwischen Mahnmal und amerikanischer Botschaft.

30.1.84. Schleswig-Holstein. In Neumünster findet eine gemeinsame Veranstaltung von SPD, IG Metall, VVN und Alternativer Liste Neumünster statt. Das Thema der Veranstaltung ist: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! In den Referaten wird vor allem auf die Ursache von Kriegen eingegangen und der Zusammenhang mit den aktuellen Kriegsvorbereitungen hergestellt. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall führt in seinem Referat aus, daß hinter den Kriegen das Interesse des Kapitals nach mehr Profit, nach Rohstoffen usw. steckt. Die VVN weist nach, daß die Revidierung der Ergebnisse des

Staatstragende Parteien

Mit der Propaganda einer neuen „Schicksalsgemeinschaft“ befaßt

Die staatstragenden Parteien hatten im vergangenen Jahr aus Anlaß des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Faschisten vor allem die Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg beklagt und Revision der Ergebnisse verlangt. Zu diesem Zweck entfalten sie nun eine Propaganda für eine Gemeinschaft, die alle Klassengegensätze verwischen soll.

Kohl: „Man kann sich nicht lossagen“

Der Beitrag der Unionsparteien zum 30. Januar war Kohls Israelreise. Kohl ließ sich dabei von dem Leiter der als Verbindung zwischen Unionskreisen und offenen Faschisten wirkenden „Deutschland-Stiftung“, Kurt Ziesel, begleiten. Dieser hatte schon 1934 „das Emporkommen des jüdischen Untermenschentums“ verdammt und das „viehische Morden und sinnlose Rasen eines entfesselten Pöbels, hinter dem der Anpeitscher, der internationale Jude, grinsend hockt“, und zählt, so Kohl am 9.2. vor dem Bundestag, seit 1959 zu Kohls persönlichen Bekannten. In Israel verkündete Kohl sodann vor Abgeordneten des zionistischen Parlaments ein faschistisches Geschichtsbild. Kohl wörtlich: „... über 60 Prozent der heute in der Bundesrepublik lebenden Deutschen sind nach Hitler geboren und aufgewachsen – aber es ist wie in der eigenen Familie: ob man

mit all dem einverstanden ist, was die, die vor einem waren, getan haben oder nicht, man kann sich nicht lossagen, man trägt das Blut der Familie, die Erbanlage. Alles das fließt auch in eine spätere Generation ein.“ Die „deutsche Nation“ als Blutgemeinschaft mit gemeinsamen Erbanlagen, von denen man sich nicht lossagen kann: Das ist die Rechtfertigung der weiteren Verfolgung der Ziele des reichsdeutschen Imperialismus durch die westdeutschen Imperialisten heute. So betont Kohl imperialistische Kontinuität. Auch seine Drohung an die Arbeiterklasse ist schroff. Sie soll der Kapitalistenklasse unter dem schmutzigen Vorwand, alle seien eine „Familie“, vollständig unterworfen werden. Kohls Beitrag zum 51. Jahrestag des Machtantritts der Faschisten besteht in der Wiederaufnahme zentraler Elemente der faschistischen Propaganda in die offizielle Regierungspropaganda der BRD.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Protokoll der Sitzung vom 9.2.1984



Nordrhein-Westfalen: Links: Die nach dem Faschistengeneral von Seeckt benannte Straße in Essen wird nach einem Widerstandskämpfer umbenannt. Rechts: Aktion in Bielefeld.



zweiten Weltkrieges (Wiedervereinigung) nur durch Krieg möglich ist. Alle anwesenden Organisationen wollen zusammen gegen die Kriegsvorbereitungen weiterarbeiten.

28.1.84. Bayern, Würzburg. Anlässlich des „Zweiten Wi-

derstandstages gegen die Stationierung“ hatten die Würzburger Friedensinitiativen zu einer Demonstration aufgerufen. Zum Jahrestag der faschistischen Machtergreifung 1933 sollte sie gegen ähnliche Tendenzen mahnen. 300 folgten am 28.1.84 dem Aufruf.

Festakt für die Knebelung des Volkes

Einen demonstrativen Festakt für die Verfassung und ihre Organe setzte am 31.1. der Deutsche Bundestag gegen die Anstrengungen von Gewerkschaften und antifaschistischen Kräften, am 30.1. gegen den Faschismus und die Rüstungspolitik der Regierung zu demonstrieren. Als Anlaß diente der 100. Geburtstag des ersten Bundespräsidenten, Theodor Heuss. Nicht nur „zur Erinnerung“, sondern zur Anwendung verteilte Bundestagspräsident Barzel den Abgeordneten zwei Heuss-Reden, seine letzte Reichtagsrede vom 11. Mai 1932 und seine erste Rede im Parlamentarischen Rat vom 9. September 1948, unter Hinweis auf „fast wörtlich übereinstimmende Mahnungen“, nämlich „daß dieser gegenwärtige Staat gar keinen Grund hat, auf einmal sentimental zu werden, sobald er es mit seinen erklärten Feinden zu tun hat“ (Heuss). Heuss formulierte die Präambel des Grundgesetzes, mit der die Bourgeoisie die Wiedervereinigung aller Deutschen im Reichsgebiet von 1937 als Verfassungspflicht setzte. Heuss förderte den Aufbau der Bundeswehr, die Wehrpflicht und das Verbot der KPD.

Der FDP-Vorsitzende Genscher pries ihn besonders als Lehrer mit einer „tiefen Zuneigung zur Jugend“. 1932 führte Heuss u.a. aus: „Generationenkampf hat es immer

gegeben, aber was heute so furchtbar ist, das ist, daß es ein Kampf ... geworden ist, wo der Sohn mit dem Vater um den Arbeitsplatz kämpft. Das ist die ganze schwere Tragik, in die wir helfend einzugreifen haben, weil wir auch sehen, welches Zerschlagen seelischer Werte betrieben wird, indem man aus dieser Not der deutschen Jugend ein agitatorisches Gewerbe macht. Diese Überlegungen stehen für uns im Hintergrund, wenn wir alle Bemühungen um die Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes unterstützen.“ Daß Heuss den Ermächtigungsgesetzen zugestimmt hatte, nutzte Genscher als Beweis, daß die Teilhabe am Faschismus verbindendes Schicksal der Angehörigen aller Klassen sei: „Und so trat er als Präsident dem Volk nicht als ein Richter, sondern als Schicksalsgefährte gegenüber.“

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung vom 1.2. 1984; Theodor Heuss, Erinnerungen 1905 - 1933, Tübingen 1963

Brandt und die „europäischen Bürgerkriege“

Der SPD-Parteivorsitzende Brandt hat sich im vergangenen Jahr mehrfach zu den Lehren, die die SPD aus der faschistischen Machtergreifung zu ziehen habe, geäußert, u.a. auf dem Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Druck und Papier am 16.10. 83. Dort stellte er die gewiß wichtige Frage: „Wie war es nur möglich, ... daß sich die

Linke – und das hieß in allem wesentlichen: die Arbeiterbewegung – 1933 so fertigmachen ließ?“ Die Antwort, die er gibt, scheint für die Sozialdemokratie zunächst bitter: Der Verzicht der SPD, gleich nach dem Regierungsantritt der Faschisten gegen diese zu kämpfen, habe bedeutend dazu beigetragen. Immerhin, mag mancher denken. Die Konsequenzen freilich, die Brandt der Arbeiterbewegung in der BRD empfiehlt, sind beunruhigend. Brandt zitierte den Schwur der KZ-Häftlinge von Buchenwald „Nie wieder soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen“ und verlangte: „Ich finde, wir sollten noch etwas mehr als bisher darüber nachdenken, was der Satz bedeuten soll ...“ Wohin dieses Nachdenken führen soll, erläuterte Brandt dann auf dem SPD-Parteitag im November '83. Er erklärte, der erste und der zweite Weltkrieg seien „zwei gewaltig-schreckliche europäische Bürgerkriege“ gewesen, „die in die Teilung des Kontinents und darin mündeten, daß sich die beiden neuen Weltmächte auf deutschem Boden schwerstbewaffnet“ gegenüberstehen. Demagogisch überführt Brandt damit die Kriegsverantwortung der deutschen Imperialisten in die der „europäischen Bürger“ und verwandelt die expansiven Interessen der BRD-Imperialisten in solche der USA und der UdSSR.

Quellenhinweis: SPD-Pressedienst Nr. 620/83; Protokoll des a.o. Parteitags der SPD v. 18. - 19.11. in Köln - (rül, anl, uld)

Machtübergabe

Die deutsche Bourgeoisie hat Hitler mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien an die Macht gebracht, um in einem neuen Anlauf die Vorherrschaft in Europa zu erringen. Sie forderte die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, die scharfer Ausbeutung und neuerlichem Krieg im Wege stand. So schrieb Ende 1932 führende Industrielle an den Reichspräsidenten Hindenburg, er solle ein Kabinett Hitler bilden, eine „vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängige Regierung“. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt, konservative Minister beteiligten sich an der Regierung. Die Faschisten begannen ihren Terror gegen die Arbeiterbewegung. Sie inszenierten am 27.2. einen Brand im Reichstag, beschuldigten die KPD und verhafteten dann mehr als Zehntausend. Dennoch erhielt die NSDAP bei den Wahlen am 5.3. nicht die absolute Mehrheit, KPD und SPD konnten ihre Stimmenzahl nahezu halten. Die konservativen und liberalen Parteien verhalfen den Faschisten trotzdem zur uneingeschränkten Macht: Am 23.3. stimmten sie dem „Ermächtigungsgesetz“ zu, mit dem Hitler ohne Parlament regieren konnte. Die nötige 2/3-Mehrheit war gesichert: Alle Abgeordneten der KPD, bei der SPD ein Teil, waren verhaftet oder auf der Flucht.

Quellenhinweis: R. Kühnl, Der deutsche Faschismus - (alk)

30.1.84, München. Die Münchner Friedensinitiativen führten zum 30. Januar eine Veranstaltung durch mit dem Titel: „Wir vergeben ihnen nicht, denn sie wissen, was sie tun“. Die szenische Lesung wurde von ca. 300 Zuhörern besucht. Inhalt war, welche Kräfte in der BRD die Kriegsvorbereitungen betreiben.

30.1.84, Regensburg. Es fand eine Podiumsdiskussion (Grüne, Demokratische Sozialisten, Pax Christi, Postgewerkschaft u.a.) statt mit 100 Teilnehmern. Thema: Welche Schlüsse sind aus dem Machtantritt der Nazis 1933 zu ziehen.

28. - 30.1.84, Niedersachsen, Hannover. Im Rahmen der Aktionen zum 51. Jahrestag der Machtübernahme durch den Hitlerfaschismus fand am Wochenende die Friedensversammlung Hannover statt, um die zukünftige gemeinsame Zusammenarbeit zu klären.

Ca. 600 haben insgesamt teilgenommen. Inhaltliche Schwerpunkte in den Diskussionen waren u.a. - Rüstung und Soziales, - NATO-Strategien, - Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg. Breitestes Interesse fand die Arbeitsgruppe NATO-Strategien, wo schwerpunktmäßig die Forderung nach Austritt aus der NATO diskutiert wurde. Für die kommenden Monate sind folgende Arbeitsschwerpunkte beschlossen worden: Vorbereitung und Durchführung des Ostermarsches '84, Vorbereitung auf den militärischen Teil der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung in Hannover, Diskussion über eine Volksbefragung '84, Aktionen zum Tag der Europawahl, zum Hiroshimatomag und zum Antikriegstag. Am 30.1. versammelten sich ca. 800, die in drei Demonstrationen zogen in die Innenstadt kamen, zur Abschlussskundgebung.

Westdeutsche Presse zum 30. Januar 1984

Ohne die zahlreichen Aktionen in der BRD hätte das Gros der westdeutschen Presse vollständig zum Jahrestag der Übergabe der Regierungsgewalt an die Faschisten geschwiegen. Den einzigen Kommentar, den wir finden konnten, bietet die FAZ (s.u.)

Neue Osnabrücker Zeitung, 31.1.84: „Anhänger der Friedensbewegung haben am Montag vorübergehend die Kreiswehrratsämter in Dortmund und Aachen blockiert ... Wie Sprecher erklärten, wollte die Friedensbewegung mit ihrem zweiten bundesweiten ‚Widerstandstag‘ auf die ‚ungebremste Aufrüstung‘ in Ost und West aufmerksam machen. Der 30. Januar, der 51. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, sei als ‚Aktionstag‘ gewählt worden, um der Forderung Ausdruck zu verleihen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe ...“

Frankfurter Rundschau, 31.1.84: „Am zweiten bundesweiten ‚Widerstandstag‘ der Friedensbewegung veranstalten Anhänger der Bewegung am Montag in mehreren hundert Städten Blockaden, Konferenzen, Kundgebungen, Mahnwachen, Fackelzüge und Lichterketten. Die Friedensbewegung wählte für diese Aktion bewußt den 30. Januar, den 51. Jahrestag der Machtübernahme Hitlers, wie ein Sprecher des Koordinationsschusses am Montag in Bonn vor Journalisten mitteilte ...“

Stuttgarter Zeitung, 31.1.84: „Unbeeindruckt von Sanktionsdrohungen staatlicher und universitärer Stellen haben 90 West-Berliner Hochschullehrer am Montag ihr Vorhaben verwirklicht, zum 51. Jahrestag von Hitlers ‚Machtergreifung‘ aus Protest gegen die Hochrüstung für einen Tag ihre Tätigkeit in Lehre und Forschung einzustellen ...“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1.84: „Gegen die Berliner Professoren, die am 30. Januar die Arbeit niedergelegt haben ..., sollten Disziplinarverfahren eingeleitet werden ... Denn es nicht zu tun, hieß, diesen eintägigen Beamten-‚Streik‘, dem die Streikenden selbst durch die Wahl des Datums - Jahrestag der Berufung Hitlers zum Reichskanzler - das Gewicht einer ernsthaften Gewissensaktion gegeben haben, als entschuld-bare Entgleisung abzutun.“ - (uld)

„Gehorsam“ und „nationale Geschlossenheit“ werden praktisch und theoretisch entfaltet

Bundeskanzler Kohl verlangt von der bürgerlichen Presse unbedingten Gehorsam. Nach seinem Israelbesuch erklärte er am 2. Februar zur Presseberichterstattung in Sachen Kießling: „Eigenartig, wenn man mitten in schwierigen Gesprächen in Israel steht und die zugereisten Landsleute, die die Reise beschreiben, vor allem ein Thema haben, nämlich den Vorgang um den General Kießling. Wenn Sie das von draußen gesehen haben, konnten Sie vor der Wahrung der Pressefreiheit nur gelegentlich den Kopf schütteln.“ (1)

Viele Tageszeitungen hoben hervor, daß nach den bekannt gewordenen „Eigenmächtigkeiten“ von Wörner eine Entlassung üblich sei. Kohl setzt andere Maßstäbe. Er beließ Verteidigungsminister Wörner im Amt, und General Kießling geht zum März in den Ruhestand. Seitdem herrscht Ruhe, und die Presse beschränkt sich auf die Berichterstattung über die Sitzungen des Untersuchungsausschusses. Bundeskanzler Kohl verlangt Gehorsam und nationale Geschlossenheit. Er droht der Justiz in Sachen Lambsdorff. Er werde Lambsdorff auch bei der Eröffnung eines Hauptverfahrens im Amt belassen.

Über diese Praxis der Regierungspolitik finden auch theoretische Erörterungen statt. Einiges Material ist dazu erschienen. Wir wollen uns auf die kürzlich erschienene Schrift „Politik und Publizität“ von Helmut Schelsky konzentrieren. (2) Der Autor beruft sich in seiner Schrift direkt auf den faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt und dessen 1927 erschienene Schrift „Der Begriff des Politischen“. Darin entwickelt Carl Schmitt eine „Freund-Feind-Theorie“. Interessensgemeinschaften, die für ihre Ziele eintreten, sind der „Feind“ der Volksgemeinschaft: „Feind ist also nicht der Konkurrent oder der Gegner im allgemeinen. Feind ist auch nicht der private Gegner, den man unter Antipathiegefühlen haßt. Feind ist nur eine wenigstens eventuell, d.h. der realen Möglichkeit nach kämpfende Gesamtheit von Menschen, die einer ebensolchen Gesamtheit gegenübersteht. Feind ist nur der öffentliche Feind, weil alles, was auf eine solche Gesamtheit von Menschen, insbesondere auf ein ganzes Volk Bezug hat, dadurch öffentlich wird.“ (Hervorhbg. im Orig.) (3)

Dazu zählte Carl Schmitt die Gewerkschaften, die Kirchen,

die Parteien, die „Klasse im marxistischen Sinn“, die die „politische Einheit“ zerstören und eine innerstaatliche Befriedung verhindern. Vor allem wandte er sich gegen die Errichtung eines „proletarischen Staates“. Deshalb begrüßte er auch 1933 das Verbot von KPD, SPD und den Gewerkschaften und lieferte eine staatsrechtliche Begründung für das Ermächtigungsgesetz:

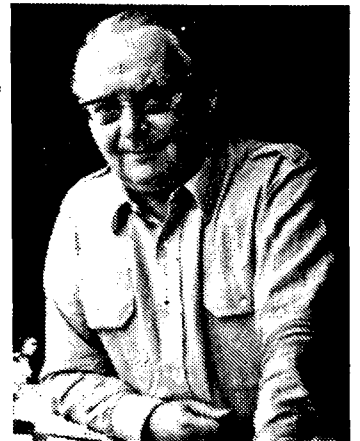
„Dieses sog. Ermächtigungsgesetz ist vom Reichstag nur im Vollzug des durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933 erkennbar gewordenen Volkswillens beschlossen wor-

den. Die Wahl war in Wirklichkeit, rechtswissenschaftlich betrachtet, eine Volksabstimmung, ein Plebiszit, durch welches das deutsche Volk Adolf Hitler, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, als politischen Führer des deutschen Volkes anerkannt hat.“ (4)

Schelsky greift Schmitts Theorie auf, daß Interessensgemeinschaften die Volksgemeinschaft „existentiell“ gefährden und knüpft daran an. Der Autor erklärt, daß das „von vielen bejahte Nationalbewußtsein (ein Volk – ein Reich) im Faschismus zur bloßen Ideologie“ verkümmerte. Die „nationale Gesinnungsgemeinschaft“ wurde durch Presse und Medien, vor allem den „Volksempfänger“, zur „ideologischen Meinungsgemeinschaft“ gemacht. Damit findet Schelsky einen Schuldi-

CARL SCHMITT
PROFESSOR STAATSRAT · PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN

VÖLKERRECHTLICHE GROSSRAUMORDNUNG



Rechts: Helmut Schelsky. Links: 1939 erschien diese Schrift. Sie legalisierte die Kriegsziele des Hitler-Faschismus.

Der nationalsozialistische Rüstungsminister Speer zeigt Reue – über die Niederlage

Der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg hat Albert Speer am 1.10. 1946 wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 20 Jahren Haft verurteilt. Speer war seit 1932 Mitglied der NSDAP, seit 1934 Architekt der Führungsspitze der NSDAP, kurz danach Abteilungsleiter in der Deutschen Arbeitsfront und Beauftragter für den Städtebau im Stab von Heß; seit Anfang 1942 Generalinspekteur für das Bauwesen des Dritten Reiches, Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Generalbevollmächtigter für Bewaffnung und Mitglied der Zentralen Planung. Speer hat als Rüstungsminister von 1942 bis Anfang 1943 eine Verdoppelung der deutschen Rüstungsproduktion organisiert – durch den Einsatz von Hun-

dertausenden KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern aus den von den deutschen Imperialisten besetzten Gebieten, Ausdehnung der Zwangsverpflichtungen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der Rüstungsproduktion usw. Er war in der faschistischen Reichsregierung ein für die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten wichtiger Minister, da während des Krieges die Produktion staatlicher Kontrolle unterlag.

Er hat mit seinen Aussagen im Nürnberger Prozeß und in drei autobiographischen Büchern der deutschen Bourgeoisie einen großen Dienst erwiesen: – Er hat verbreiten können, er habe, obwohl Mitglied der Regierung, dort vor allem als technisch und organisatorisch begabter Fachmann gewirkt, er sei sich über die Konsequenzen seines Handelns

nicht bewußt gewesen, und vor allem sei er für vieles nicht verantwortlich, bereue aber alles, ob ihm bekannt oder nicht. – Speer hat in allen seinen Veröffentlichungen und Aussagen dafür gewirkt, daß die politischen und wirtschaftlichen Ziele der deutschen Bourgeoisie, mit deren Durchsetzung der faschistische Staatsapparat befaßt war, als spezielle Interessen der Führungsspitze der Faschisten erschienen. – Und: die Niederlage der deutschen Imperialisten im zweiten Weltkrieg sei vor allem der Verböhrtheit der faschistischen Führungsspitze zu verdanken. Dazu Speer in seinem letzten Buch „Der Sklavenstaat“:

„Unersetzliche Führungskräfte, die gerade unter den deutschen Juden zu einem hohen Prozentsatz vertreten waren, gingen der deutschen Kriegswirtschaft durch den radikalen Antisemitismus verloren ... Aber von der Intelligenz ganz abgesehen, war es angesichts unse-

res Mangels an Arbeitskräften absurd, daß mehrere Millionen Arbeiter getötet wurden, anstatt sie der Produktion zuzuführen.“

Speer rechnet sich hoch an, alles getan zu haben, um Millionen Häftlinge und Gefangene so lange „der Produktion zuzuführen“, bis sie entkräftet starben oder ermordet wurden. Systematisch verwischt er die Beteiligung der deutschen Kapitalisten an den Zwangsarbeitsmaßnahmen und seine eigenen Spuren. So daß am Ende stehenbleiben soll: Wenn schon einer der höchsten Minister der faschistischen Regierung nicht verantwortlich war, wer dann, außer denen, die tot sind? Das Argument ist bekannt. Speer hat es mit Förderung der Verleger Wolf Jobst Siedler und Joachim C. Fest mehrfach ausbreiten dürfen.

Quellenhinweis: A. Speer, Der Sklavenstaat, Ullstein 1984, 9,80 DM; ders., Erinnerungen, Frankfurt 1969; Das Urteil von Nürnberg, dtv-dokumente Nr. 2902, 6,80 DM; M. Schmidt, Albert Speer, Das Ende eines Mythos, München 1982 – (uld)

gen, die „Publizität“. Das ist keine Kritik, sondern eine theoretische Begründung, warum der Nationalismus an der Errichtung des Hitlerfaschismus nicht schuld sein soll. Somit liefert er heute den reaktionären und konservativen Kräften Anhaltspunkte für die Errichtung einer Politik der „nationalen Geschlossenheit“:

„Das Nationalbewußtsein der Deutschen ist abgebaut wie in keinem anderen Staat der Welt, trotz der Präambel des Grundgesetzes ... Der sog. ‚Grundkonsens‘ ist auf allen Ebenen ‚des Politischen‘ weitgehend zerstört.“ – Die „nationale Gesinnungsgemeinschaft“ und der „Volkswille“, die Schelsky errichtet sehen will, werden heute nicht mehr nur von Interessengruppen behindert, sondern von einer „IV. Gewalt“, der „Publizität“, unterdrückt und bestimmt:

„So ist der ‚Volkswille‘ der Bundesrepublik längst der publizitätsgesteuerte *Meinungswille* der wahlberechtigten Staatsbürger geworden, der sich nicht von ‚unten nach oben‘, sondern durch den Zugang zu dem Herrschaftsmittel ‚Publizität‘ von ‚oben nach unten‘ bildet.“

Durch „Publizität“ wird in der Öffentlichkeit über Politik zu viel gesprochen und diskutiert. Die Versprechen der Regierung würden nicht mehr geglaubt. Das Volk würde nicht mehr gehorchen. Schelsky meint, die „Publizität“ fördert die Profilisierungssucht

der Politiker und behindert die Verständigung der bürgerlichen Politiker untereinander: „Einigkeit in Schicksalsfragen der Nation (werden) immer mehr unterhöhlt, also das Gemeinwohl geschädigt.“ Das würde „Feinden“ großen politischen Spielraum verschaffen: Die „staatsverneinende Partei“, die GRÜNEN, würde dem „Rechtsstaat“ den Boden entziehen.

Der Autor faßt seine Überlegungen zu einem weitreichenden Unterdrückungsplan zusammen: „Die grundgesetzlich verbürgte Meinungsäußerungsfreiheit (würde) gemeinwohlthuend begrenzt und auf einen machtpolitisch beschränkten Bereich zurückgeführt ... Fordert diese Freiheit der Publizistik nicht längst eine fällige Festlegung ihrer Rechte und Pflichten?“

Die Pflicht der „Publizität“ ist der unbedingte Gehorsam: Fragen dürfen nicht mehr gestellt werden, die bestehende bürgerliche „Pressefreiheit“ wird abgeschafft. Eine öffentliche Kontrolle von Parlamenten und Regierungen soll untersagt werden. Eine nationale Geschlossenheit und eine Diktatur der Regierung sollen errichtet werden. Faschistische Herrschaftsmethoden werden popularisiert.

(1) Kölner Stadt-Anzeiger am 03.02.84; (2) Helmut Schelsky, Politik und Publizität, Seewald-Verlag, 1983, zitiert nach: Der Staat 3/83, Zeitschrift für Staatslehre; (3) Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen, West-Berlin 1963, S. 29; (4) Walter Hofer, Der Nationalismus, Dokumente 1933–1945, S. 57. Weitere Quellen: Politische Berichte 5, 9/1983; Carl Schmitt, Völkerechtliche Großraumordnung, Berlin 1941 – (jdd)

Im Namen der „Menschenwürde“ – Freiheit für Kriegsverbrecher

Die „Würde des Menschen“ soll auch für die „alten und kranken Männer“, gemeint sind die letzten noch inhaftierten Kriegsverbrecher, gelten, so wird's in einer im Dezember 1982 vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Entschließung gefordert. Sie war auf Initiative der Abgeordneten Erhard und Dr. Mertes, unterschrieben von weiteren 131 Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU eingebracht worden unter Berufung auf die Neufassung des Strafrechts, wonach lebenslänglich Verurteilte wegen Mord und Völkermord nach 15 Jahren entlassen werden können.

Der CDU/CSU-Abgeordnete Weiß fragte im letzten Jahr an, ob die Bundesregierung auch mit Nachdruck tätig wird. Der zum Staatsminister avancierte Dr. Mertes antwortete im De-

zember 1983: Die Bundesregierung „nutzt jede geeignete Gelegenheit“, um die Frage bei den entsprechenden Regierungen anzusprechen. So für Hess zuletzt beim Kanzlerbesuch in Moskau. Im Fall Walter Reder, 2. Weltkriegs-Offizier und in Italien inhaftiert, gäbe es zusätzliche Schwierigkeiten. Reder ist österreichischer Staatsbürger. Bemüht um Rehabilitation ist die CDU/CSU bis hin zum Kanzler nicht nur im Fall der „alten Männer“, bei Kohls Besuch in Israel saß in der Kanzlermaschine der für Publikationen in neonazistischen Blättern bekannte Altfaschist Ziesel. Kohl gegenüber Angriffen im Bundestag dazu: „Über das, was Sie hier vortragen, ist die Geschichte in Wahrheit längst hinweggegangen.“

Quellenhinweis: Plenarprotokoll 10/53; Bundestagesdrucksache 10/819 – (düb)

Rezensionen von Taschenbüchern zum Faschismus

E. Fraenkel: Der Doppelstaat, Fischer Taschenbuch, Ffm 1984, 9,80 DM. Der Autor, bis 1967 Professor an der FU Berlin, veröffentlichte „The Dual State“ zuerst 1941 in den USA, wohin er 1938 emigriert war. Das „3. Reich“ wird charakterisiert als Verbindung von „Maßnahmenstaat“ und „Normenstaat“. Den „Maßnahmenstaat“ kennzeichnet die nicht mehr ans Gesetz gebundene Unterdrückung der Arbeiterschaft, den „Normenstaat“ der Schutz von Gewerbefreiheit und Privateigentum. Mit der Konzeption des Doppelstaates versucht der Autor, bürgerliche Soziologie und Marxismus miteinander zu versöhnen. Der Faschismus wird als letztlich ziellose Bewegung verstanden, die eher zufällig den Interessen der deutschen Reichsbourgeoisie entspricht. – (wop)

Joseph Wulf, Das Dritte Reich und seine Vollstrecker, Ullstein, 16,80 DM. Wulf schreibt gegen die Lüge „Wie die Schafe zur Schlachtbank“. Vom 19.4. bis 24.5. 1943 dauerte die Vernichtungsaktion der letzten 56065 von rund einer halben Million ursprünglich im Warschauer Getto lebenden Juden unter Leitung des SS-Brigadeführers Stroop. Den erbitterten bewaffneten Widerstand verarmlosen die von Stroop verfaßten Tagesmeldungen. Sie sind um Berichte der jüdischen Kampforganisationen, Informationen aus einem im Getto angelegten Archiv und Biographien der an der Vernichtung Beteiligten ergänzt. – (düb)

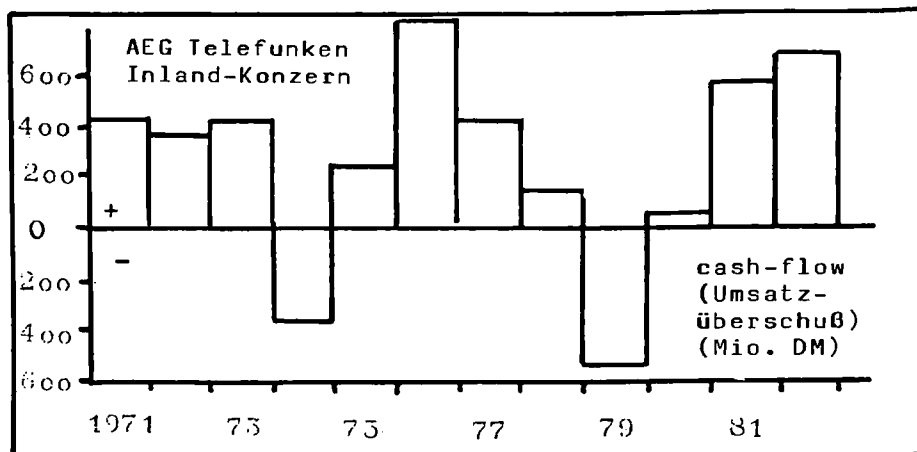
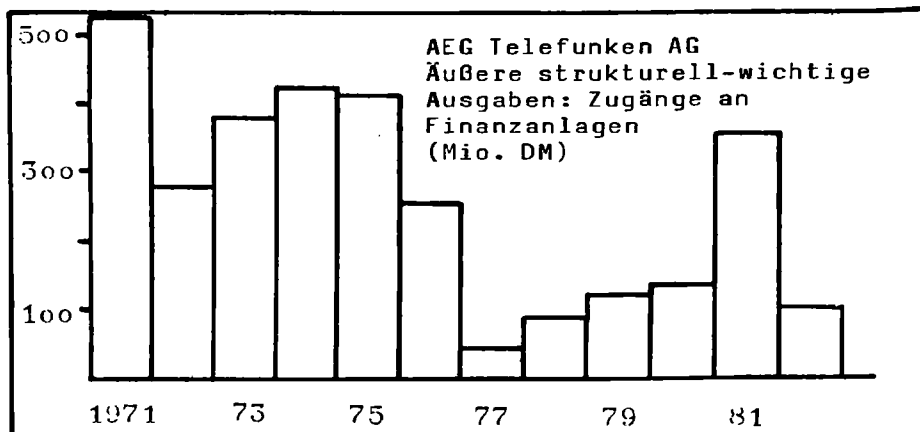
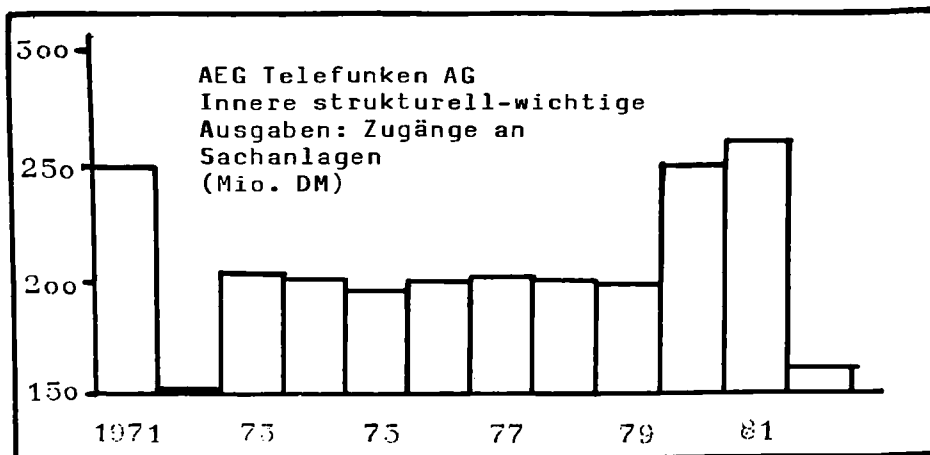
Günther Schwarberg: Der Juwelier von Majdanek – Geschichte eines Konzentrationslagers. 1984, Goldmann Stern-Bücher, 9,80 DM. „Ein Tag wie der heutige sollte uns veranlassen, darüber nachzudenken, daß die Mörder noch immer unter uns sind, daß neue sich formieren und daß das Wort ... ‚Der Feind steht rechts‘ noch nichts an Aktualität verloren hat.“ Für die Richtigkeit dieser Worte des jüdischen Nebenküglers Oppenheimer im Majdanek-Prozeß vor dem OLG Düsseldorf (1976–81) liefert dieses Taschenbuch reichlich Belege. Es dokumentiert die fortwährende Zusammenarbeit von Staatsapparat, alten und neuen Faschisten. – (pel)

Joe J. Heydecker, Das Warschauer Getto – Fotodokumente eines deutschen Soldaten aus dem Jahr 1941. dtv 10247, 138 S., 12,80 DM. Wie Heinrich Böll in seinem Vorwort feststellt, erscheint dieses Buch etwa 40 Jahre zu spät. Gut, daß es überhaupt erschien, denn Heydecker entlarvt im vorangestellten Textteil eindringlich die Mitwisserschaft derer, die sich gern als „einfache Soldaten“ deklarieren. – (bah)

Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod? Eine Dokumentation. Hrsg. von Geert Platner und Schülern der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kassel, dtv Taschenbuch 10119, 12,80 DM. Mit knappen Kommentaren versehen, legen Kasseler Realschüler nach 2-jähriger Arbeit mit diesem Buch eine Dokumentation vor, mit der sie beweisen, wie Schüler im Dritten Reich zu Rassismus und Krieg erzogen wurden. Nach zahlreichen Interviews und Studium von faschistischen Schulbüchern ziehen sie die Konsequenz, gegen jede Art von Faschismus antreten zu müssen und gegen die „Ordnung der Welt“ mißtrauisch zu sein. Im Gegensatz dazu stehen die abgedruckten Antworten bürgerlicher Politiker, wie sie denn Schule im Faschismus erlebt haben. So hat Helmut Kohl auch gute Erinnerungen, denn „unsere Hauptsache war damals das Lernen, Lesen, Schreiben, Rechnen.“ – (sul)

Kunst im 3. Reich – Dokumente der Unterwerfung, Verlag 2001, 3,90 DM. Das Autorenkollektiv analysiert in Auseinandersetzung mit der gängigen bürgerlichen Distanzierung von Nazi-Kunst als Nicht-Kunst, „Bilderstürmerei“, „totalitärer Auftragskunst“ die Kontinuität reaktionär-verspießelter bürgerlicher Kunstproduktion bis hin zur entfalteten faschistischen Kunst. Die Untersuchungen zeigen, wie bei den Nazis das tradierte Landschaftsbild zum „Muttergrund“, das trivialisierte (unrealistische) Portrait zum gesteigerten Ausdruck der „Urpflichten“ von Mann und Frau, des „kämpferischen Geistes und der Fruchtbarkeit“ wird. – (gkv)

D. Struss: Das war 1944, Heynes Jahrgangsbücher, München 1983, 9,80 DM. „Bekanntes und Unbekanntes, Amüsantes und Ärgerliches ...“ verspricht der Klappentext. „Amüsantes“ übers Pudding-Kochen aus Werbetexten. „Grundsätzlich sei empfohlen: Spar jederzeit Strom, Gas und Kohlen.“ Manchmal blitzt die Faschistenfreundlichkeit des Autors auf: Über die Versuche des russischen Generals Wlassow, im Krieg eine faschistische Hilfstuppe aufzubauen, heißt es „... zu spät, er kann nur noch 2 Divisionen aufstellen“. – (wop)



"Bilanzpolitik" heißt die Kunst, den Jahresabschluß so zu gestalten, daß Forderungen von Beschäftigten abgewehrt und die Unternehmenspolitik gerechtfertigt werden kann. Gegen solcherart "Sachzwänge" und zum "Ausloten" von Handlungsspielräumen der Beschäftigten nutzt die Untersuchung der Ausgabenpolitik eines Unternehmens. Klammert man die für das laufende Geschäft benötigten Ausgaben aus, verbleiben die strukturell-wichtigen Ausgaben. Damit wird über Art, Größe und Aufbau, also die Struktur des Unternehmens, entschieden. Innere strukturell-wichtige Ausgaben (z.B. Zugänge Sachanlagen) belegen rentable Geldanlage im Betrieb, äußere (z.B. Zugänge Finanzanlagen) führen zum

Entzug von Mitteln. Ob nun die Einnahmen in Erwartung künftiger Gewinne von Banken oder aus dem Unternehmen selbst kamen, spielt für die Art der Ausgaben (strukturell-wichtige oder für Beschäftigteninteressen) keine Rolle. Der cash-flow (Umsatzüberschuß = Jahresüberschuß + Abschreibungen + Zuführung zu Pensionsrückstellungen) drückt die Eigenfinanzierungsmöglichkeit aus und bildet (z.T.) die Summe, die zur Finanzierung strukturell-wichtiger Ausgaben zur Verfügung steht. Die Untersuchung für AEG dokumentiert, daß angesichts der Ausgaben für profitliche Zwecke ein Verzicht der Belegschaften auf Durchsetzung ihrer Interessen gänzlich unangebracht wäre.

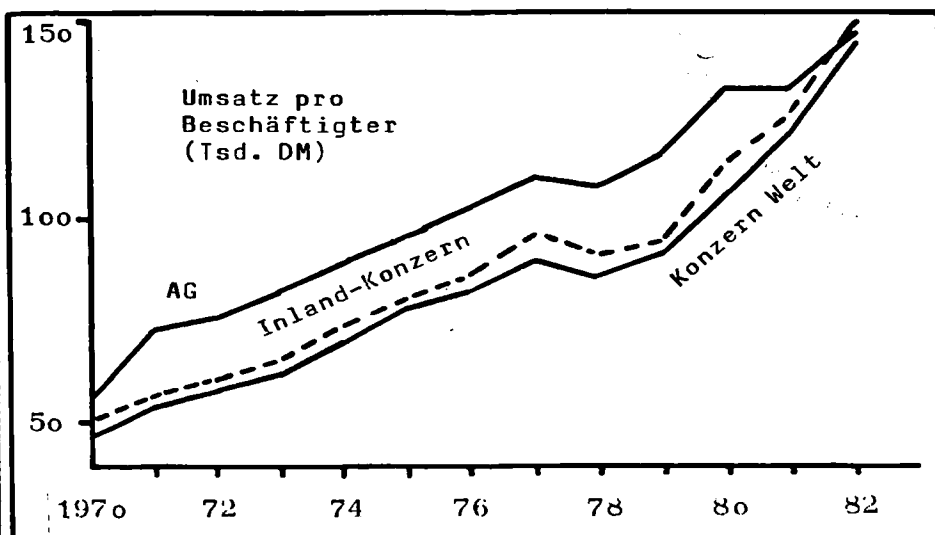
AEG - "Krisenmanagement" zum Nutzen des Kapitals

1945 wird eigens ein Vorstandsstab gebildet, um gegen die Übernahme von AEG-Fabriken durch die Belegschaften vorzugehen. 1950 kann die Konzernführung wieder "leistungsfähige Fabriken" in "allen alten Arbeitsgebieten" vermelden. Nach Jahren der Rekonstruktion und Ausweitung des Konzerns wird auf die verschlechterten Verwertungsbedingungen ab 1966/67 mit zunehmender Kapitalzentralisation reagiert. Zur Stärkung der Expansionsbasis werden zudem reihenweise Fabriken und Konzerne aufgekauft, von 1967 bis 1971 kommen allein 50 unter AEG-Kontrolle. Mit Verkauf der Hochtief-AG 1971 beginnt die "Konzern-Krise": beim KKW- und EDV-Geschäft die Konkurrenzschlacht verloren, die ehemals florierenden Konsumgüterindustrien stagnieren, Finanzschulden wachsen. Die 1975 von einem Bankenkonsortium vorgenommene Kapitalerhöhung wird an Rationalisierungsbedingungen geknüpft. Vorstandsvorsitzender Cipa: "Gebiet für Gebiet werden wir die Verzinsung der eingesetzten Mittel überprüfen und uns aus den Gebieten zurückziehen, die auf die Dauer keine ausreichende Verzinsung bringen." 1982 statuieren die Banken ein Exempel, sie lassen die Zahlungsunfähigkeit des Konzerns erklären, bei 3 Mrd. DM Verbindlichkeiten ein Leichtes. Neues Tempo ist gefordert, die Kredite zur Vergleichsfinanzierung werden erst nach Vorlage eines "Sanierungsprogramms" gewährt. "Maroder Verlustbringer AEG"? Von 1949 bis 1977 hat sich der Gesamtkonzern 9,8 Mrd. zusätzliches Kapital angeeignet, 1,1 Mrd. sind als Dividende gezahlt worden. Die gesamte Wertsumme, die in diesem Zeitraum für Unternehmenspolitik oder Dividenden verwendet worden ist, hat 4,4 Mrd. DM betragen, bezogen auf das 1949 vorhandene Aktienkapital eine jährliche Verzinsung von 180 Prozent. Trotz "Konzernkrise" hat sich das Eigenkapital von 1968 bis 1977 von 2,48 auf 4,36 Mrd. DM fast verdoppelt. Und auch das "selbstlose Bankenopfer" hat sich gelohnt. Von 1974 bis 1980 wurden vom Inland-Konzern rund 2 Mrd. DM Zinsen kassiert. Abstoßen der "Verlustbringer", Konzentration auf "Wachstumsbranchen" soll dies Geschäft fortsetzbar machen. "Es geht wieder aufwärts", konnte Vorstandsvorsitzender Dürr der Jahreshauptversammlung 1983 vermelden, die Börse notierte steigende Kurse. Die AEG werde in den nächsten Jahren wieder "ein international tätiger Elektrokonzern" sein, der "auf einigen wichtigen Gebieten führende, zukunftssträchtige Positionen einnimmt."

Die Kosten der Konzernpolitik für die Beschäftigten

Nimmt man den Pro-Kopf-Umsatz als Indiz für die "Rentabilität des Geschäfts", zeigt sich schon recht deutlich der Beweggrund, "Konzernsanierung" zu betreiben, um die höchsten Umsatzraten im gesamten Konzern durchzusetzen. Ebenfalls zeigt sich auch der "Erfolg" der Konzernführung. Einige Schlaglichter zur Auswirkung des "Krisenmanagements" auf die Beschäftigten:

Ab 1980 wird bei Telefunken in Celle die Halle III/IV umgebaut und Bestückungsautomaten aufgestellt. "Durch den Umbau sind die Arbeitsplätze jetzt so eingerichtet, daß eine Unterhaltung während der Arbeitszeit unmöglich gemacht wird. Man kann sich wegen des Lärms an den Automatenstraßen und der Förderanlage...nur durch lautes Schreien verständigen... Unmöglich wird auch eine kurze Unterhaltung während der Arbeitszeit durch die hohe Stückzahl gemacht. Um die geforderte Leistung zu bringen, arbeiten einige Kolleginnen/Kollegen sogar die Pause durch... In fast allen Bereichen wird über Personalmangel geklagt. Muß eine Kollegin oder ein Kollege aus einem bestimmten Grund Urlaub haben oder möchte er die Arbeit mal ein paar Stunden früher beenden, ist es möglich, daß dem Betroffenen dies verwehrt wird. Da wird dann ganz frech gesagt, daß zu wenig Personal da ist... Falls aber mal keine



Arbeit da ist...; dann erfolgt eine Umfrage der Vorgesetzten, wer Tarifurlaub oder unbezahlten Sonderurlaub haben möchte." (CZ).

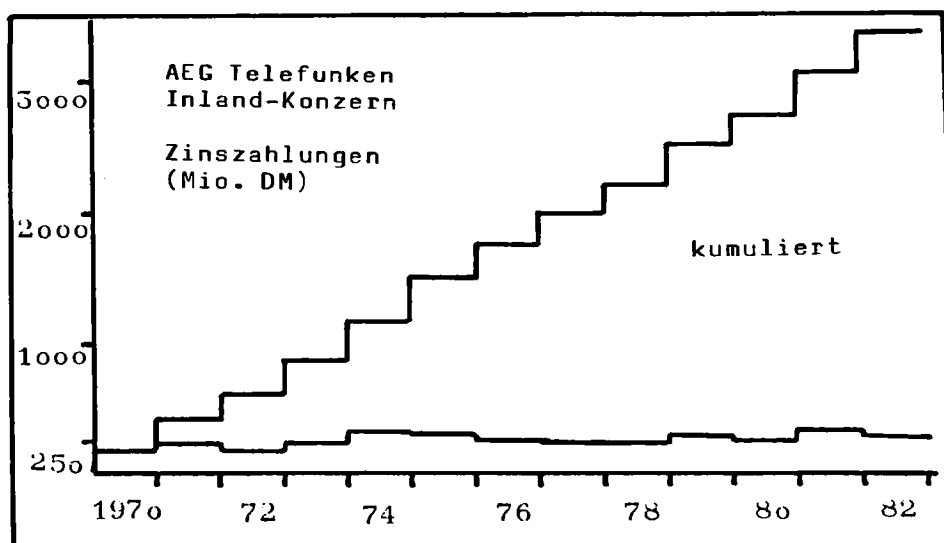
"Überwiegend sind durch diese Bestückungsautomaten die Arbeitsplätze in der Lohngruppe 2 weggefallen... die Plätze im Pal-Einbau, im Pal-Secam, die sind auch entfallen und dadurch auch vorwiegend die Lohngruppen 3, 4 und 5." Von der Geschäftsleitung wird versucht, "die Lohngruppe 9 der Fehlerbestimmer und -bestimmerinnen am Gerät zu drücken. Es wurde schon von der Lohngruppe 8 gesprochen, die bestenfalls zuzugestehen wäre. Wenn das geschieht, fällt automatisch auch die Lohngruppe 8 der bisherigen Chassis-Fehlerbestimmer...

er...runter auf 7... Für den Fehlerbestimmer z.B., der momentan in Lohngruppe 9 beschäftigt ist, wären es ca. 220.- DM brutto die er im Monat weniger hätte." (CZ).

Eine Betriebsrätin von AEG-Hameln: "Bei 97% der Frauen in den Lohngruppen 1 bis 3 und 87 Prozent der im Akkord arbeitenden Frauen kann man schon seinen Profit machen... Ich stelle fest, daß der Anteil der im Akkord arbeitenden Frauen immer größer wird. Nehmen wir die "Ausbeuterlohngruppe" 1 im Verhältnis zur Zahl der insgesamt Beschäftigten im gewerblichen Bereich. Diese stieg von 1977 bei uns von 35% auf 43%... was hier geschieht, ist Lohnraub am gewerblichen Arbeitnehmer." (Tarifnachrichten).

Wer die "Geschicke" bestimmt - Einfluß der Banken

"Der AEG-Vorstand beruft sich... darauf, daß ihm alles, was er jetzt tut, vom Bankenkonsortium vorgegeben wird. Er sagt, er habe von diesem Gremium den Auftrag, alle Betriebe zu schließen, die rote Zahlen schreiben. Das zeigt, daß die wahre Macht zur Bestimmung der Geschicke dieses Unternehmens auf ein sehr ominöses Gremium verlagert wird", so IGM-Aufsichtsratsmitglied Kittner während des Vergleichsverfahrens. Bereits die Kapitalerhöhung 1975 wurde durch ein Bankenkonsortium finanziert. Zur Sicherung der Rendite übernimmt der Vorsitzende der Dresdner Bank persönlich den AEG-Aufsichtsratsvorsitz. Obwohl "breit gestreutes" Grundkapital, geben die Banken auf den Hauptversammlungen mit Hilfe des Depotstimmrechts den Ton an. Für die Masse der Kleinaktionäre besitzen die Banken das Stimmrecht. Über die 1975 ausgegebenen und lange bei den Banken festliegenden Aktien war die Möglichkeit gegeben, schon mit geringen Verkäufen den Börsenkurs zu drücken -



als Nachdruck für Bankerinteressen. Nicht zuletzt reichten die Bankverbindlichkeiten von mehr als 3 Mrd. DM aus, 1982 über den Vergleich ein umfassendes Rationalisierungskonzept durchzusetzen. Ablesbar an den Zinseinnahmen, hat sich das Engagement für die "Lenker der Unternehmensgeschicke" auch reichlich vergoldet.

Quellenhinweis: G. Hautsch,

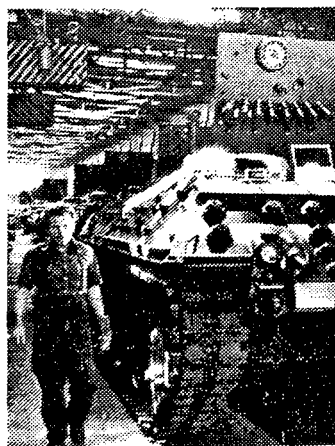
Das Imperium AEG-Telefunken, Ffm 1979; AEG-Bilanzen seit 1970; metall 6/83, 16/83; gewerkschafter 1/82; Die Zeit 27.8.82; FR 16.6.82, 11.8.82; Celler Zündel 7/81, 10/82; metall-Tarifnachrichten Nds. 6.11.80; Briefs, Krack u.a., Gewerkschaftliche Betriebspolitik und Information, Köln 1983 - (gka)

Kreditwesengesetz

Die westdeutschen Banken sollen weiter expandieren



Knapp drei Monate nach dem Beinahe-Zusammenbruch der SMH-Bank hat die Bundesregierung einen „Gesetzentwurf zur Änderung des Kreditwesengesetzes“ verabschiedet. Die Bankenaufsicht der BRD wird damit auf die Auslandsniederlassungen westdeutscher Banken ausgedehnt, die Vorschriften für große Kredite schärfer gefaßt. Die Bundesregierung will auf diese Weise die internationale Expansion westdeutscher Banken fördern und sichern.



Kriegsvorbereitung

Bundesregierung feilt an der Sicherstellung einer „Wehrwirtschaft“

Die „Europäische Wehrkunde“ berichtete von einer Tagung über „Wehrwirtschaft“, bei der Bundeswehrbeauftragte, Kapitalisten und Kommunalbehörden sich einigten, Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkriegs genauer auszuwerten. Die BRD-Imperialisten haben bereits ein beachtliches Gesetzeswerk geschaffen, mit dem eine Umstellung der Friedens- auf eine Kriegswirtschaft

möglich ist: Das Ernährungssicherstellungsgesetz soll die Bauern zur zwangsweisen Ablieferung von Lebensmitteln verpflichten, das Gesundheits-sicherstellungsgesetz dient der Zwangsrekrutierung von Ärzten und Krankenschwestern. Blum hat ein Arbeitszeitgesetzentwurf vorgelegt, nach dem Tarifverträge aus „zwingenden Gründen der Verteidigung“ hinfällig werden.

Niedrigstentlohnung

Aufbau der Sozialstationen setzt neue Maßstäbe



Seit 1982 werden in Westberlin Sozialstationen aufgebaut. Sozialsenator Fink rühmt sich, für 10000 „neue Arbeitsplätze“ zu sorgen. Die CDU rühmt Fink als Mann, der „der Szene“ die Stirn zu bieten vermöge. In seinem jüngst veröffentlichten Buch unterstreicht Fink diese politische Zielsetzung: „Keine Angst vor Alternativen“. Beschäftigte

berichten über diese „Alternativen der Beschäftigung“: Zumutungen in den Anforderungen, von denen die industriellen Kapitalisten mit ihren Vorstellungen von „Flexibilisierung“ bisher noch träumen, und eine Entlohnung, die jeder Beschreibung spottet. Private und öffentliche Dienstleistungen und Handel erscheinen dafür bahnbrechend.

Grönland

EG läßt Austritt zu, legt Bedingungen fest

Die Außenminister der EG haben beschlossen, daß Grönland Anfang 1985 endlich aus der EG austreten darf, wenn es dem vorgeschlagenen Verfahren zustimmt. Die Außenminister boten Grönland eine Erhöhung der Zahlungen für die Fischfänge in grönländischen Gewässern um 20% auf 60 Mio. DM an, wenn Grönland die geforderten Fangmengen freigibt. Grönland soll als „überseeisches Gebiet“ der EG assoziiert sein.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhäfte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Hefen, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhäfte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – *Nachrichten, Analysen, Protokolle* – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft, Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhäfte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenhäfte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenhäfte: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnements Nachrichtenhäfte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 10419-507,
Bankleitzahl 37010050